

Heft 178

Ausgabe 3 | 2010

ISSN 0170-461

K 53 61

5,00 Euro

spow



Arbeits-Sinn

**Zur Bedeutung von Autonomie,
Anerkennung und Sicherheit durch Arbeit**

Michael Vester, Christel Teiwes-Kügler
**Moderne Arbeitnehmer in der Krise:
zunehmende Kompetenzen – wachsende
Unsicherheit**

Alexandra Scheele
**Arbeit in der Krise. Oder von der Notwen-
digkeit, Alternativen zu diskutieren**

Thomas Bär
**Entstehung psychischer Erkrankungen in
der Arbeitswelt**

Till van Treeck
Ein neuer Stabilitätspakt für den Euro

Kurzum | von Thomas Westphal

Sparen ist eine Tugend! Sparen ist das Alltagssymbol für wirtschaftliche Vernunft. Für echte Verantwortung. Nun ist das Sparen im Strumpf schon längst ein Opfer der „Landnahme der Geldwirtschaft“ geworden. Die Spargroschen des einen sind immer auch die Anlagemöglichkeiten des anderen. Spätestens seit dem Hypothekencrash in den USA sollten wir verstanden haben, dass Sparen ein Teil eines gesamtwirtschaftlichen Kreislaufes ist.

Kurzum: Sparen ist längst keine einfache Tugend mehr. In Zeiten globaler Datenströme- und Sichtgelder sind Spareinlagen eine scharfe, mitunter gefährliche Waffe für Volkswirtschaften geworden.

Die Zahl der überschuldeten privaten Haushalte in Deutschland ist ökonomisch nur mit der gestiegenen Sparquote anderer zu erklären. Das gesamte Schuldenvolumen überschuldeter Haushalte (ohne Selbstständige und Hypothekenschuldner) beläuft sich auf 65 bis 70 Milliarden Euro. Gleichzeitig haben die deutschen Haushalte in 2009 über 140 Milliarden Euro auf die Hohe Kante gelegt. Jede Zinsentwicklung spaltet die Nation daher ziemlich genau in der Mitte. Für die einen ist es der Wertverlust ihres Vermögens, für die anderen die Reduzierung ihrer Schulden. Die Verbesserung meiner Sparkonditionen verschlechtert, nein natürlich nicht die Gewinnsituation meiner Banken sondern nur die Schuldensituation irgend eines anderen Gläubigers.

Wie aber wirkt sich öffentliches Sparen aus? Nun in der Regel genau umgekehrt zur Verschuldens- und Sparsituation. Die verschuldeten Haushalte werden weniger Ausgaben tätigen oder sich weiter verschulden müssen. Die vermögenden Haushalte profitieren von den steigenden Zinsen z.B. Ihrer Staatsanleihen. Ergo steigen Verschuldung und Vermögen in gleicher Weise. Auf der Stre-



⇒ Thomas Westphal ist Diplom-Volkswirt und spw- Mitherausgeber. Er lebt und arbeitet in Weinheim.

Foto: privat

cke bleibt die Nachfrage nach neuen Gütern und Dienstleistungen. Die Binnenkonjunktur wird weiter abschmieren.

Kurzum: Alle aktuellen politischen Diskussion zum Sparpaket der Bundesregierung leiden an einer gravierenden Schwäche: Die verheerende Wirkung des Sparkurses auf die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes wird kaum erwähnt. Sparen ist halt eine Tugend!

Jeder öffentliche Sparkurs hat negative Auswirkungen auf Investitionen und Güternachfrage. Aber dieses Sparpaket kommt in besonders giftiger Kombination daher. Verschuldet haben sich die Staatshaushalte vor allem, um die Finanzwirtschaft zu retten. Durch die Verschuldung sind die Staatsanleihen natürlich auch in den Abwärtszog gezogen worden. Jetzt reagieren die Banken, die im Besitz solcher Staatsanleihen sind erneut mit Zurückhaltung bei der Kreditvergabe im sog. Innerbankenverkehr. Keiner weiß wie durchsetzt der andere Partner mit faulen Krediten ist. Ergebnis: Finanzierungsmittel für Investitionen werden verknappst. Sparkurs und Bankenverhalten gehen Hand in Hand beim abwürgen der Konjunktur. Die Steuereinnahmen werden weiter sinken. Das nächste Loch im Haushalt ist bereits vorprogrammiert.

Kurzum: Deutschland hat es verpasst die Finanzkrise als Aufbruch für einen Strukturwandel seiner Wirtschaft zu nutzen. Es gab leider niemanden, der das zum Thema erhoben hat. ■

■ Meinung

Ein neuer Stabilitätspakt für den Euro | Till van Treeck 4

NRW-Wahl: Politikwechsel ist der Wählerauftrag vom 9. Mai

| Marc Herter 6

Debatte:

Alterssicherung auf vier Säulen | Anton Schaaf 8

Debatte zum Thema steuerfinanzierte Grundrente

| Herbert Rische 9

Parti Socialiste auf dem Weg zur inhaltlichen Erneuerung?

| Thilo Scholle 10

■ ■ Im Fokus: Arbeits-Sinn – Zur Bedeutung von Autonomie, Anerkennung und Sicherheit durch Arbeit

Einleitung zum Schwerpunkt

| Sebastian Jobelius, Bettina Kohlrausch, Thilo Scholle und Stefan Stache 11

Moderne Arbeitnehmer in der Krise: zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit | Michael Vester und Christel Teiwes-Kügler 17

Arbeit in der Krise. Oder von der Notwendigkeit, Alternativen zu diskutieren. | Alexandra Scheele 27

Entstehung psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt

| Thomas Bär 35

Totgesagte leben länger – Über die wechselvolle Karriere des Entfremdungstheorems | Christina Ujma 42

Literaturschau | Cansel Kiziltepe 48

■ ■ ■ Magazin

Kinderspiel Kapitalismus: Hauptsache Performance

| Gesa Rünker 51

Stichwort zur Wirtschaftspolitik: Das Euro-Rettungspaket

| Arne Heise 52

Die Jugend zurückgewinnen | Sascha Vogt 54

Rezensionen:

Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne

| Sascha Howind 57

Erinnerungen an Peter von Oertzen | Thilo Scholle 59

■ ■ ■ ■ Personen & Positionen

Meldungen:

Crossover 2.0, ProMS-Nord e.V. und spw – Tagung Wirtschaftsdemokratie, Mit Linksreformismus aus der Krise? 61

Fünf Fragen an...Christian Z. Schmitz 62

□ Impressum:

spw – Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

HerausgeberInnen:

Niels Annen (Hamburg)
Jutta Blankau (Hamburg)
Klaus Dörre (Jena)
Iris Gleicke (Schleusingen)
Michael Guggemos (Frankfurt am Main)
Michael R. Krätke (Lancaster)
Uwe Kremer (Dortmund)
Detlev von Larcher (Weyhe)
Benjamin Mikfeld (Berlin)
Susi Möbbeck (Magdeburg)
Andrea Nahles (Weiler)
Horst Peter (Kassel)
Florian Pronold (Deggendorf)
René Rösper (Hagen)
Ernst-Dieter Rossmann (Elmshorn)
Sigrid Skarpelis-Sperk (Bonn)
Thomas Westphal (Weinheim)

Redaktion:

Thorben Albrecht
Claudia Bogedan
Björn Böhning
Cordula Drautz
Sebastian Jobelius
Oliver Kaczmarek
Bettina Kohlrausch
Anja Kruke
Lars Neumann
Dorothea Steffen
Thilo Scholle
Till van Treeck

Chefredaktion und V.i.S.d.P.:
Stefan Stache

Telefon 0177-525 04 98
redaktion@spw.de

Abo-/Verlagsadresse:

spw-Verlag / Redaktion GmbH
Postfach 12 03 33, 44 293 Dortmund
Telefon 0231-2 02 00 11
Telefax 0231-2 02 00 24
spw-verlag@spw.de, www.spw.de

Berliner Büro:

Müllerstraße 163, 13353 Berlin

Geschäftsführung:

Robin Baranski
Hans-Joachim Olczyk
Eckhart Seidel

Konto des Verlages:

Postbank Dortmund
Kto. Nr. 32 44 34 68, BLZ 440 100 46

Die spw erscheint mit sechs Heften im Jahr.
Jahresabonnement Euro 39,-
(bei Bankeinzug Euro 37,-)
Auslandsabonnement Euro 42,-
Abbestellungen mit einer Frist von drei Monaten zum Jahresende.
Postvertriebsstück, keine Nachsendung.
Anschriftänderung ist dem Verlag mitzuteilen.
ISSN 0170-461-K 5361
© spw-Verlag/Redaktion GmbH 2010.
Alle Rechte vorbehalten.

Titelfoto:

www.fotolia.com, © knopf81

Gestaltung und Druck:
Druckerei Uwe Nolte, Iserlohn
1.-3. Tausend, Juni 2010

Ein neuer Stabilitätspakt für den Euro

von Till van Treeck

Die gegenwärtige Krise des Euroraums legt in jähher Weise die Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion offen. Durch die am 9. Mai 2010 beschlossene Einrichtung eines Notfallfonds, der im Bedarfsfall bis zu 750 Mrd. Euro an Krediten für Mitgliedsländer mit Finanzierungsschwierigkeiten zur Verfügung stellen kann, ist das Zerschlagen des Euroraums zwar zunächst abgewendet worden. Eine dauerhafte Stabilisierung der Währungsunion kann aber nur gelingen, wenn ein grundlegendes Umdenken in der Wirtschaftspolitik stattfindet. Allein eine verschärfte Überwachung der staatlichen Haushaltskonsolidierung wird den Euroraum nicht aus der Krise führen.

Der wesentliche Konstruktionsfehler des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) besteht darin, dass er auf die Finanzierungsposition von nur einem einzigen Sektor in der Volkswirtschaft, nämlich dem Staat, fixiert ist. Kein Staat soll je ein Haushaltsdefizit von mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hinnehmen. Die staatliche Verschuldung insgesamt soll 60% des BIP nicht überschreiten. Über den Konjunkturzyklus soll der Staatshaushalt sogar ausgeglichen sein. Die beiden anderen wichtigen Sektoren in der Volkswirtschaft, nämlich der Privatsektor (Unternehmen und Haushalte) und das Ausland, werden völlig vernachlässigt.

Die Finanzierungssalden der drei großen volkswirtschaftlichen Sektoren sind aber wie kommunizierende Röhren: Dem Defizit eines Sektors muss immer ein genau gleich großer Überschuss der beiden anderen Sektoren gegenüber stehen. Wenn zum Beispiel der Staat ein Defizit von 2% aufweist und der private Sektor ein Defizit von 10%, bedeutet dies, dass das Leistungsbilanzdefizit dieses Landes 12%



Dr. Till van Treeck ist Referatsleiter für Allgemeine Wirtschaftspolitik am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Foto: privat

beträgt (das Ausland erzielt einen Überschuss gegenüber diesem Land von 12%). Eine solche, kaum nachhaltige Situation würde aber nach den gegenwärtigen Regeln des SWP nicht zu Sanktionen führen. Wenn hingegen der Privatsektor einen Überschuss von zum Beispiel 10% aufweist und der Staat ein Defizit von 3,5% (d.h. der Leistungsbilanzüberschuss beträgt 6,5%), wird ein Defizitverfahren gegen den betroffenen Staat eingeleitet.

Diese Szenarien sind nicht nur von theoretischer Relevanz, wie die folgenden Beispiele zeigen:

- Spanien hat das 3%-Kriterium des SWP zwischen 1999 und 2007 nicht ein einziges Mal verletzt. Die staatliche Schuldenstandsquote sank von 62% auf 36%. Der Staat erzielte in den Jahren 2005-2007 sogar Haushaltsüberschüsse von bis zu 2% des BIP. Zugleich wies aber der Privatsektor permanent Finanzierungsdefizite auf, die bis zu 12% des BIP erreichten. Mit anderen Worten: Spanien erzielte systematisch Leistungsbilanzdefizite, und zwar bis zu 10% des BIP.
- In Irland war die Situation ähnlich wie in Spanien. Die staatliche Schuldenstandsquote fiel von knapp 49% des BIP auf 25%, und der Staat erzielte fast immer Überschüsse (bis zu 4,8% des BIP). Zugleich wies aber der Privatsektor dauerhaft Finanzierungsdefizite auf, die bis zu 7% des BIP erreichten.

- In Deutschland hingegen war der Staatshaushalt zwischen 2001 und 2006 im Defizit, und die 3%-Defizitgrenze wurde von 2002 bis 2005 überschritten. Zwischen 1999 und 2007 stieg daher die staatliche Schuldenstandsquote von 61% auf 65% des BIP. Gleichzeitig waren aber die privaten Überschüsse, die zeitweise fast 9% des BIP erreichten, höher als die staatliche Neuverschuldung, so dass Deutschland systematisch Leistungsbilanzüberschüsse erzielte, die bis zum Jahr 2007 auf beinahe 8% des BIP anstiegen.

Obwohl in den neun Jahren zwischen Einführung des Euros im Jahr 1999 und Ausbruch der Weltwirtschaftskrise zu Beginn des Jahres 2008 Spanien und Irland scheinbar deutlich solidere Staatsfinanzen vorweisen konnten als Deutschland, werden sie nun abfällig zum Kreis der PI(IGS)-Staaten gezählt, die im Zuge der Finanzkrise in das Blickfeld der Finanzmarktspekulation geraten sind (PIGS, englisch für Schweine, steht für Portugal, Irland, manchmal Italien, Griechenland, Spanien). In der Tat schnellte hier die öffentliche Verschuldung in die Höhe, nachdem die Konjunktur eingebrochen bzw. die privaten Kreditblasen geplatzt waren.¹

In der öffentlichen Diskussion insbesondere in Deutschland wird oft der Eindruck erweckt, die Krise dieser Länder sei auf mangelnde Haushaltsdisziplin zurückzuführen. Wie gesehen, ist diese Wahrnehmung aber falsch. Denn die Anfälligkeit gegenüber Spekulationsattacken hängt viel stärker vom Saldo der Leistungsbilanz ab als vom staatlichen Haushaltsdefizit. Ein neuer Stabilitätspakt sollte daher an den Leistungsbilanzen ansetzen. Da hohe Exportüberschüsse des Euroraums insgesamt gegenüber dem Rest der Welt auf Dauer weder realistisch noch

wünschenswert sind, bedarf es eines kooperativen Vorgehens bei der Vermeidung von außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten im Euroraum.

Wie ist es zu den wachsenden Ungleichgewichten im Außenhandel gekommen? Ein wichtiger Erklärungsfaktor ist die unterschiedliche Inflationsentwicklung, die stark von der Veränderung der nominalen Lohnstückkosten beeinflusst wird. Wären alle Länder dem Inflationsziel der Europäischen Zentralbank gefolgt, hätten die Lohnstückkosten zwischen 1999 und 2007 um etwa 18% steigen müssen. Dies war etwa in Frankreich annähernd der Fall. In Griechenland, Irland, Portugal und Spanien stiegen sie aber um zwischen 28% und 31%. In Deutschland hingegen stiegen sie nicht einmal um 2%. Die hierdurch verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit beförderte die deutschen Exporte, während die höheren Realzinsen die Nachfrage im Inland schwächten. Weitere wichtige Gründe für die binnenwirtschaftliche Nachfrageschwäche waren die extreme Zunahme der Einkommensungleichheit und die sozialpolitischen Einschnitte, die den privaten Konsum schwächten, und die sehr restriktive Entwicklung der Staatsausgaben. Bei allen wirtschaftspolitischen Fehlern, die in den Defizitländern gemacht worden sein mögen, gilt doch: Eine Währungsunion kann nicht überleben, wenn ihr größtes Mitglied eine so merkantilistische Wachstumsstrategie verfolgt.

Ein neuer Stabilitätspakt müsste daher die Länder mit zu hohen Leistungsbilanzdefiziten dazu verpflichten, das Lohnstückkostenwachstum zu begrenzen und notfalls eine restriktive Fiskalpolitik zu betreiben. Länder mit zu hohen Überschüssen müssten hingegen zu einer expansiveren Fiskalpolitik bzw. zur Aufgabe der Lohnzurückhaltung und allgemein zur Stärkung der Binnenwirtschaft angehalten werden. ■

¹ In Griechenland und Portugal standen den sehr hohen Leistungsbilanzdefiziten seit 1999 Defizite sowohl des Staates als auch in höherem Maße des Privatsektors gegenüber.

NRW-Wahl:

Politikwechsel ist der Wählerauftrag vom 9. Mai

von Marc Herter



⇒ Marc Herter, MdL ist stellvertretender Landesvorsitzender und Mitglied der Sondierungskommission der NRW SPD

Foto: privat

9. Mai | 21:15 Uhr – hätte man ein Fußballspiel vor dem Fernseher geschaut, hätte spätestens jetzt der Schlachtruf „Abpfeifen – das passt!“ gelaute: 91 Mandate für Rot-Grün waren da auf der Anzeigetafel zu lesen. Einige sagten später: „Wir nehmen das Ergebnis aus dem ZDF.“ – Hier hatte die Hochrechnung noch etwas länger einen Durchbruch für den Politikwechsel angezeigt. Der Rest ist bekannt: Am Ende war es mit 90 Stimmen genau eine Stimme zu wenig – der Wähler hatte wiederum eine knifflige Aufgabe für die Regierungsbildung gestellt.

Also doch nur ein gefühlter Sieg, wie konservative Medien gerne behaupten, um dann gleich den geradezu naturwüchsigen Führungsanspruch der CDU zu proklamieren? Richtig ist: Die CDU liegt vor der SPD – mit exakt 5.882 Stimmen oder 0,1 %. Richtig ist aber auch: Rot-Grün hat 400.000 Stimmen mehr als Schwarz-Gelb gewonnen und wenn die zitierten bürgerlichen Medien nicht auf die nachgerade absurde Idee kommen, die 400.000 Stimmen der Partei Die Linke auf das Konto der CDU-FDP-Koalition zu buchen, dann hat in NRW der Politikwechsel geradezu erdrutschartig gesiegt. Übrigens mit allen politischen Inhalten, die die drei Oppo-

sitionsparteien in unterschiedlicher Intonation gleichermaßen ins Feld geführt haben: Gerechte Bildungschancen durch längeres gemeinsames Lernen und die Abschaffung von Gebühren, Gute Arbeit durch eine klare Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und den konsequenten Einstieg in eine ökologische Industriepolitik und eine Stärkung der kommunalen Gestaltungskraft durch eine bessere Finanzausstattung und die Reform des Gemeindewirtschaftsrechts.

Damit war auch für die NRWSPD klar: Die voraussehbar schwierigen Sondierungen der möglichen Koalitionsoptionen würden nur auf der Grundlage eines konsequenten Politikwechsels stattfinden können, würde man den Wählerwillen nicht komplett verbiegen wollen. Folgerichtig waren Bündnis 90/Die Grünen der erste Gesprächspartner und ebenso konsequent eine mögliche Dreierkonstellation unter Einschluss entweder der Partei Die Linke oder der FDP die konkrete Machtoption. Während die FDP zunächst keinen Ausweg aus der babylonischen Gefangenschaft der engen Bindung an die CDU finden konnte oder wollte, kam die Rot-Grün-Rote Sondierung schnell zu Stande. Ebenso schnell war sie vorbei. Und Nein! Grund war nicht etwa das Verhältnis der NRW-Linken zur DDR oder zur Stasi, wobei die Haltungen der Westlinken in NRW hier um vieles skurriler ausfallen, als die der Ost-Landesverbände. Vielmehr wollte sich die Parteispitze der NRW-Linken vorbehalten, auch gegen vereinbarte – sei es im Koalitionsvertrag oder im Koalitionsausschuss – Regierungspolitik als Partei den sozialen Protest zu mobilisieren. Kurzum: Man wollte Regierung und Opposition gleichzeitig sein. Nun muss keine Partei ihre Programmatik an der Garde-

robe einer Koalition abgeben, aber bei Kompromissen, die immer allen Beteiligten ein Geben und Nehmen abverlangen, gilt es für alle Partner, diese solidarisch zu tragen. Alle inhaltlichen Schnittmengen finden da ihre Grenze, wo es nicht gelingt, sie in eine konstruktive Gestaltungsmehrheit umzusetzen. Auch für die Bundestagswahl 2013 wäre ein solches zwangsläufiges Scheitern in NRW ein vorzeitiges Verbrennen einer Option gewesen, woran niemandem gelegen sein kann.

Die Geschichte der Gespräche mit der CDU und der – sich in heftigem innerparteilichen Streit an den Verhandlungstisch geschleppten – FDP ist vergleichsweise schnell erzählt: Beide wollen einen Politikwechsel in NRW nicht mittragen. Im Kern hat die CDU nicht begriffen, dass sie die Wahl – auch – wegen ihrer Rückständigkeit in wichtigen landespolitischen Fragen verloren hat und auch die NRWSPD ist gut beraten, nun nicht in einer großen Koalition die programmatische Modernisierungstransfusion an die orientierungslose NRWCDU zu legen. Für die FDP war es sichtbar schon ein großer Schritt an den Verhandlungstisch zu kommen – der zweite war zurzeit offenbar zu groß: Abschied zu nehmen von ihrem neoliberalen Mantra „Privat vor Staat“.

So sind alle Koalitionsoptionen sondiert: Die einen (PDL) sind in NRW nicht koalitionsfähig, die anderen (CDU) nicht koalitionswillig – solange es um einen echten Politikwechsel geht – und die dritten (FDP) erweisen sich zurzeit als nicht koalitionsbereit. Eine stabile Regierungsmehrheit für den Politikwechsel jedenfalls ist im NRW-Landtag nicht erkennbar. Minderheitsregierung! rufen da viele und in der Tat: Die Minderheitsregierung ist eine Option, den Politikwechsel in NRW umzusetzen und am Ende gestärkt in Neuwahlen zu gehen. Das setzt vor allem voraus, dass sie nicht in den Ruch kommt, nur zur Erlangung von Pöstchen und Dienstwagen zu dienen. Maßstab muss auch hier klar erkennbar der

inhaltliche Politikwechsel bleiben – für die Menschen im Lande dürfte dabei entscheidend sein: Eine Minderheitsregierung braucht man, um über die NRW-Stimmen im Bundesrat das Sparpaket und die Laufzeitverlängerung der AKW zu verhindern.

So wie es für die NRWSPD über den gesamten Prozess seit dem 9. Mai nicht darum gegangen ist, sich in eine Koalition zu flüchten, geht es auch heute nicht darum, mangels Koalition Hals-über-Kopf in eine Minderheitsregierung zu stolpern. Die Glaubwürdigkeit und selbstsichere Gelassenheit, die Inhalte eines Politikwechsels zum Maßstab zu nehmen und deswegen in den letzten vier Wochen immer wieder scheinbar „bequeme“ Wege zur Macht ausgeschlossen zu haben, sie zeichnet das bisherige Vorgehen aus und hat dazu geführt, dass die NRWSPD nicht nur zusammen geblieben ist, sondern auch neues Vertrauen in die alte Rau-Formel: „Wir sagen, was wir tun, und wir tun, was wir sagen“ innerhalb und außerhalb der SPD gewachsen ist. So gibt es genug Eckpunkte des Politikwechsels, die jetzt schon aus der Mitte des Landtages umgesetzt werden können: Vom Ausstieg aus den Studiengebühren bis zum Tariftreuegesetz, von der Opel-Bürgschaft bis zum Gemeindewirtschaftsrecht. Der Unterschied zu Hessen liegt auf der Hand: Rot-Grün hat 10 Stimmen mehr als Schwarz-Gelb, nicht 2 Stimmen weniger.

Hannelore Kraft fasst es dieser Tage in die Liedzeile:

„Wir müssen geduldig sein, dann dauert es nicht mehr lang.“

An einer anderen Stelle des gleichen Liedes heißt es:

„sind zur rechten Zeit am rechten Ort“

– genau um dieses Timing geht es für die weiteren Schritte. ■

Alterssicherung auf vier Säulen

von Anton Schaaf

Unser Altersvorsorgesystem kann in Zukunft weder Armut verhindern noch einen angemessenen Lebensstandard im Alter ermöglichen. Ergänzen wir das bestehende Sicherungssystem nicht durch eine Sockelrente, steuern wir auf die Altersfürsorge zu.

Die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse untergräbt die Funktionsfähigkeit unserer Alterssicherung. Vor allem in Ostdeutschland ist in den nächsten Jahren mit deutlich sinkenden Renten zu rechnen. Wir können dem mit der Eindämmung prekärer Beschäftigung begegnen, umzukehren sind die Flexibilisierungsprozesse in der Arbeitswelt nicht.

Das Drei-Säulen-System aus gesetzlicher Rente, privater geförderter und betrieblicher Altersvorsorge ist nach einem langen Erwerbsleben mit gut bezahlter Arbeit eine verlässliche Vorsorgequelle. Folgerichtig ist unter den veränderten Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt die Ergänzung der beitragsfinanzierten Alterssicherung durch eine steuerfinanzierte bedarfsunabhängige Sockelrente. Die stellenweise Abkopplung von Erwerbseinkommen und Altersvorsorge setzt positive Anreize: Wer relativ sicher ist, eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu erreichen, für den lohnen eigene Bemühungen zur Altersvorsorge.

Die Fortentwicklung der gesetzlichen Rente zur Erwerbstätigenversicherung ist notwendig, löst das Problem unzureichender Alterseinkommen aber nicht. Äquivalenzprinzip und Beitragsbemessungsgrenze sorgen dafür, dass auch bei Mehreinnahmen die Umverteilungsspielräume kaum wachsen. Dies muss so bleiben, soll sich die Lebensleistung in der Rentenhöhe widerspiegeln. Deutlich wird die Schwäche des Systems bei der Betrachtung neuer „Zielgruppen“



☞ Anton Schaaf ist seit 2002 Mitglied der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag und im Ausschuss für Arbeit und Soziales für rentenpolitische Fragen zuständig. Er war Mitglied der Projektarbeitsgruppe „Altersgerechtes Arbeiten und zukunftssichere Rente“ des SPD-Parteivorstandes.

Foto: privat

wie der Solo-Selbständigen: Ein angemessen hoher Beitrag als Voraussetzung für eine ebensolche Rente kann kaum aufgebracht werden, steht nur ein kleines oder schwankendes Einkommen zur Verfügung.

Eine Nivellierung der Alterseinkommen auf niedrigem Niveau mit immer mehr Beziehenden der Grundsicherung im Alter lässt sich nur mit Alternativen außerhalb der beitragsfinanzierten Systeme vermeiden. Zu warnen ist vor einer vollständigen Ersetzung der gesetzlichen Rente durch eine steuerfinanzierte Volksversicherung. Auch in der Schweiz mit einer in Teilen steuerfinanzierten Altersvorsorge ist die Sicherung des Lebensstandards Aufgabe mehrerer sich ergänzender Rentenarten.

Anknüpfungspunkte für die Sockelrente sind vorhanden: Schon heute wird ein beachtlicher Anteil der gesetzlichen Renten aus Steuern finanziert und es gibt Überlegungen die Altersvorsorgefreibeträge in der bedarfsgeprüften Grundsicherung im Alter auf alle Rentenarten zu erweitern. Die Wahrung eines auskömmlichen Lebensstandards im Alter kann in Zukunft nicht allein eine Frage der Integration ins Erwerbsleben sein. Eine steuerfinanzierte Sockelrente bietet, im Zusammenspiel mit der gesetzlichen Rentenversicherung und zusätzlichen Altersvorsorgesystemen, eine gute Grundlage für eine ausreichende Alterssicherung. Vor dem Hintergrund zunehmend unsteter Beschäftigung rückt die Verwirklichung dieses Ziels, ohne eine vierte steuerfinanzierte Säule für immer mehr Menschen in weite Ferne. ■

Debatte zum Thema steuerfinanzierte Grundrente

von Herbert Rische

Hinsichtlich der Einschätzung, dass es in Zukunft zu einem Anstieg der Altersarmut kommen könnte und wir nach Wegen suchen müssen, dies zu vermeiden, besteht zwischen Anton Schaaf und mir kein Dissens. Diskutieren muss man aber über den Weg, wie der drohende Anstieg der Altersarmut vermieden werden kann.

Ich halte dabei die Forderung nach der Einführung einer steuerfinanzierten Grundrente – vor allem, wenn man sie im Sinne der alten Vorschläge von Biedenkopf und Miegel ausgestaltet – für geradezu kontraproduktiv: Wenn man die Verantwortung des Staates in diesem Bereich auf eine steuerfinanzierte Einheitsrente für alle beschränken will und es darüber hinaus der Eigenverantwortung des Einzelnen überlässt, für eine weitergehende Absicherung zu sorgen, dann erzeugt man m. E. letztlich nicht weniger, sondern mehr Ungleichheit und Armutsrisiken im Alter. Zudem stünde eine steuerfinanzierte Grundrente immer wieder zur Disposition, wenn es um eine Begrenzung der staatlichen Ausgaben geht.

Ich halte es auch nicht für sinnvoll die Frage in den Vordergrund zu stellen, auf welche Weise die Lage von Menschen verbessert werden könnte, die im Alter von Armut betroffen sind – wir sollten vielmehr versuchen zu verhindern, dass Menschen im Alter überhaupt erst in Armut geraten. Nicht das Herumkurieren an den Symptomen, sondern die Bekämpfung der Ursachen muss im Vordergrund stehen. Wir leisten uns in Deutschland z.B. den Luxus, dass bestimmte Formen von Erwerbsarbeit von der Pflicht zur Altersvorsorge ausgenommen sind – mit der Folge, dass



➔ Dr. Herbert Rische ist Präsident der Deutschen Rentenversicherung Bund

Foto: www.deutsche-rentenversicherung.de

die Betroffenen im Alter häufig ungesichert sind. So könnte z.B. bereits die Einbeziehung von Selbständigen in die Rentenversicherung spätere Altersarmut in erheblichem Umfang vermeiden. Eine bessere rentenrechtliche Bewertung von Zeiten der Arbeitslosigkeit könnte die Altersarmutsrisiken von Menschen verringern, die während ihres Erwerbslebens längere Zeit arbeitslos waren. Eine bessere Absicherung bei Invalidität – nicht nur in der gesetzlichen Rentenversicherung, sondern vor allem auch in der betrieblichen und privaten Vorsorge – käme ebenfalls gezielt Menschen zu Gute, bei denen Altersarmut ansonsten oft vorgezeichnet ist. Und schließlich könnte durch wirtschaftspolitische oder tarifvertragliche Maßnahmen sichergestellt werden, dass die Einkünfte der Erwerbstätigen existenzsichernd sind und damit auch für die Sicherstellung einer ausreichenden Versorgung im Alter ausreichen.

Mit derartigen Maßnahmen lässt sich m. E. sicherstellen, dass für die ganz große Mehrzahl der Menschen die Gefahr von Armut im Alter vermieden werden kann. Wenn man die Diskussion um Altersarmut dagegen auf vermeintlich einfache kompensierende Transferleistungen – wie etwa eine steuerfinanzierte Grundrente – konzentriert, vermeidet man gerade eine gesellschaftliche Auseinandersetzung mit den eigentlichen Ursachen des möglichen Anstiegs der Altersarmut. Der Weg in eine steuerfinanzierte Grundrente ist aus meiner Sicht deshalb letztlich ein Irrweg. ■

Parti Socialiste auf dem Weg zur inhaltlichen Erneuerung?

von Thilo Scholle

Trotz des großen Erfolgs bei den Regionalwahlen im Frühjahr dieses Jahres herrscht in den öffentlichen Debatten in Frankreich nach wie vor Skepsis vor, ob die Parti Socialiste (PS) sich wieder an die Spitze der politischen Linken in Frankreich setzen kann. Zu beobachten ist allerdings, dass sich die neue Parteivorsitzende Martine Aubry trotz ihres äußerst knappen Wahlergebnis mittlerweile an der Parteispitze etabliert hat. Zudem macht auch die inhaltliche Debatte und Erneuerung der Partei große Fortschritte, wie ein Blick in das am 27. April vom Conseil national und am 29. Mai von einer Convention nationale der PS verabschiedete Papier *Convention nationale sur le nouveau modèle économique, social et écologique* zeigt.¹ Das Papier kann hier nicht in Gänze besprochen werden, im folgenden sollen beispielhaft einige Punkte angesprochen werden. Unternommen wird der Versuch, gemeinsame Eckpunkte von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik zu definieren.

Die aktuelle Finanzkrise wird dabei als eine Zivilisationskrise in einen größeren gesellschaftspolitischen Kontext eingeordnet. Momentan gehe es daher für die Linke um nichts weniger als die Erfindung einer neuen Zivilisation, eines neuen ökonomischen, sozialen und politischen Entwicklungsmodells.

Die Ausgangsfragestellungen zum Wirtschaftsmodell erinnern an vielfach bei Jusos zu Beginn der 2000er Jahre gestellte Fragen: Was Produzieren? Wie Produzieren? Wie verteilen? Dies solle zugleich ökologisch nachhaltig, wirtschaftlich sowie mit dem Ergebnis eines sozialen Mehrwerts geschehen.

Wirtschaftspolitisch spricht sich die PS für eine wettbewerbsfähige Industriepolitik die



⇒ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Münster.

Foto: privat

beispielsweise mit Hilfe von öffentlichen Investitionsfonds gestützt werden soll aus, die auch die Entwicklung von großen Unternehmen (europäische Champions) zum Ziel haben soll. In der Arbeitsmarktpolitik wird u.a. die Einführung von persönlichen Ziehungsrechten für Weiterbildung während der gesamten Berufslaufbahn gefordert. Hier könnten sich auch Anknüpfungspunkte für das Modell der Arbeitsversicherung aus dem deutschen politischen Kontext ergeben. Breiten Raum nimmt auch die Beschreibung der Zugangsmöglichkeiten zu öffentlichen Gütern wie z.B. der Bildung ein.

Auf europäischer Ebene wird vor allem die Einrichtung einer europäischen Wirtschaftsregierung sowie die Ausrichtung der Zentralbank auch auf die Beschäftigungsentwicklung gefordert.

Auch die PS hat noch immer mit den Nachwirkungen ihrer Regierungspolitik bis zum Jahr 2001 und dem seit dem erlittenen Glaubwürdigkeitsverlust in Teilen der politischen Linken zu kämpfen. Mit dem vorliegenden Papier könnte ein erster Schritt getan sein, auf inhaltlich fundierter Art und Weise sich wieder in fortschrittliche wirtschafts- und sozialpolitische Debatten einzuschalten.

Gerade in Bezug auf die Ausgestaltung des Wirtschafts- und Sozialmodells der EU könnten sich aus dem Papier auch gute Anknüpfungspunkte für eine fruchtbare Debatte zwischen SozialistInnen und SozialdemokratInnen aus Frankreich und Deutschland gewinnen lassen. ■

¹ <http://www.parti-socialiste.fr/static/3735/en-direct-le-conseil-national-de-la-convention-nouveau-modele-de-developpement-1112.pdf>

Arbeits-Sinn – Zur Bedeutung von Autonomie, Anerkennung und Sicherheit durch Arbeit

Einleitung zum Schwerpunkt

von Bettina Kohlrausch, Thilo Scholle und Stefan Stache

Trotz anhaltend hoher Arbeitslosigkeit hat sich an der Bedeutung von Erwerbsarbeit nichts geändert. Faktisch besteht nach wie vor das Paradigma, dass gesellschaftliche Integration vornehmlich über Erwerbsarbeit stattfindet. Spätestens seit den Gesetzen „für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ ist klar – und das scheint in dieser Ausprägung eine neue Entwicklung zu sein – dass dieses Paradigma auch für die Organisation von Erwerbslosigkeit und ihrer sozialstaatlichen Einbettung maßgeblich ist.

Einerseits manifestiert sich die Entwicklung in Tendenzen zur „Entgrenzung“ von Erwerbsarbeit: Für bestimmte Teile der Erwerbsbevölkerung ist Erwerbsarbeit der absolut dominierende Lebensbereich, neben dem Freizeitaktivitäten oder Zeit mit Freunden und Familie kaum noch möglich sind. Das liegt nicht nur an der quantitativen Ausweitung von Arbeit, sondern auch an einer anderen Organisation von Arbeit. Für einen Teil der Erwerbsbevölkerung sind die Lebensbereiche der „Erwerbstätigkeit“ und „Nicht-Erwerbstätigkeit“ eng miteinander verschränkt und zunehmend schwerer voneinander abzugrenzen.

Andererseits manifestiert sich diese Entwicklung im sogenannten „Aktivierungsparadigma“, das spätestens seit den Hartz-Gesetzen prägend für die aktive Arbeitsmarktpolitik ist. Ziel dieser Gesetze war es vor allem, durch einen Ausbau von Bildung und Training Arbeitsmarktintegration für möglichst weite Teile der Gesellschaft zu ermöglichen. Letztere wird allerdings als eigenverantwortlicher Akt begriffen, den der/die Einzelne selbst gestalten muss. In der Konsequenz bedeutet

das „Aktivierungsparadigma“ somit auch eine Individualisierung von (sozialstaatlicher) Verantwortung. Die zweite Tendenz impliziert auch, dass Arbeitslose häufig in subjektiv als sinn- oder würdelos empfundene Maßnahmen vermittelt werden, ohne dass eine reale Arbeitsmarktintegration – oder die Erhöhung der Chancen darauf – stattfindet.

Ein nicht geringer Teil der Linken reagiert auf diese Entwicklung mit Forderungen nach einem Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE). Die Popularität dieser Forderung hat sicherlich viel mit der aktuellen Situation auf dem Arbeitsmarkt zu tun. Menschen sollen die Möglichkeit bekommen, sich der Allmacht des Aktivierungsparadigmas zu entziehen. Ob diese Forderung allerdings die realen Bedürfnisse von Menschen trifft und ob die Organisation von Erwerbsarbeit für die Gestaltung einer solidarischen Gesellschaft nicht nach wie vor einen zentralen Stellenwert hat, ist damit noch nicht beantwortet.

Wenn überhaupt, ist die Frage nach der Zukunft der Arbeitsgesellschaft auch in der Linken hauptsächlich auf einer instrumentellen Ebene beantwortet worden. Dies ist vor allem auf die arbeitspolitischen Debatten in Deutschland der letzten Jahre zurückzuführen, die von den Diskussionen über die Reformen des Arbeitsmarktes geprägt waren. Im Kern ging es dabei um das Verhältnis von „Fördern und Fordern“, vor allem aber um die Ausgestaltung der Höhe und den Umgang mit Sanktionen im Bereich des Arbeitslosengeldes II (Hartz IV). Die kurze Verweildauer im ALG I und der drohende tiefe Fall in das ALG II trug zur Verunsicherung und Verbitterung wei-

Foto: www.fotolia.com, © knopf81



ter Teile der ArbeitnehmerInnenmitte bei. Im Kern ging es damit ausschließlich um die Frage, wie Menschen in Arbeit gebracht werden können, bzw. wie die Situation von Menschen ohne Arbeit ausgestaltet werden soll.

Die Linke reagierte darauf mit Forderungen nach einer besseren und solidarischen Ausgestaltung der Absicherung sozialer Risiken (Stichwort: Arbeitsmarktversicherung). Dabei wird es nicht reichen, schlicht die Zentralität von Erwerbsarbeit als Faktum zu postulieren, und dann nur Vorschläge zu einer mehr oder minder solidarischen Ausgestaltung zu machen.

Es bedarf darüber hinaus einer Auseinandersetzung darüber, was gute Arbeit ist. Zwar gab es gleichnamige Kampagnen der Gewerkschaften, und Beschlüsse von SPD und Jusos, die die Wichtigkeit von guter Arbeit betonten. Mit welchen gesellschaftlichen Herausforderungen wir es aber bei der Gestaltung guter Arbeit zu tun haben, ist noch unzureichend beleuchtet. Diese Debatte ist umso wichtiger, als die Erfahrungen mit der „Integration in

Erwerbsarbeit“ durch die Regierungspolitik der vergangenen Jahre gezeigt haben, dass die „Integration“ in sinnlose Arbeit weder zu gesellschaftlichem Mehrwert noch zu persönlicher Befriedigung führt.

Die Diskussion um Integration in Erwerbsarbeit muss daher notwendigerweise auch durch eine Diskussion um gute Arbeit“ ergänzt werden. Der Heftschwerpunkt knüpft damit an die spw 164 „Alles gute Arbeit?“ an. Die Beiträge beleuchten die Hintergründe problematischer Entwicklungen in der Arbeitswelt entlang der Themen Veränderung der Arbeits- und Betriebsorganisation, psychische Erkrankungen sowie geschlechtsspezifische Ungleichheiten in der Verteilung von (Erwerbs-)Arbeit. Sie heben in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Autonomie, Anerkennung und Sicherheit als Voraussetzung für gute Arbeit hervor.

Wie Michael Vester und Christel Teiwes-Kügler betonen, geht es den ArbeitnehmerInnen um den Sinn der Arbeit, des Produktes und um die Autoritäts- und Aner-

kennungsverhältnisse im Betrieb. So seien die Ansprüche an Selbstverwirklichung, Fachkönnen und Gestaltungsspielräume gewachsen. In Studien für die IG Metall untersuchen die AutorInnen, wie technologischer Wandel und die Durchsetzung neoliberaler Betriebsorganisation von den Berufsmilieus der Maschinenbau-, Elektronik- und Automobilbranchen verarbeitet werden. Am Beispiel der Berufsmilieus von Ingenieuren und Technikern sowie jungen Facharbeitern zeigen sie, dass sich scheinbar ausschließende sozio-ökonomische Prozesse – Autonomiegewinn durch berufliche Hochqualifikation oder Autonomieverlust durch soziale Deregulierung – gegenseitig durchdringen. Die Menschen reagieren auf die Verhaltenszumutungen und Lernaufforderungen durch soziale Unsicherheit und bürokratische Reglementierungen ihrer Arbeit aktiv, mit unterschiedlichen Strategien. Dabei trafen sie auf das widersprüchliche Konfliktfeld der gesellschaftlichen Gruppen. Ob sich z.B. das Berufsmilieu der Ingenieure gewerkschaftlich oder in Berufsverbänden organisiert oder mit individualisierten Strategien reagiere, hänge neben ihrer milieubedingten Prägung von den Unternehmensstrategien und der Regionalkultur ab.

Auch in anderen Branchen nehmen Fremdbestimmung am Arbeitsplatz, Überforderung und der Mangel an Gratifikation für die geleistete Arbeit stetig zu und erreichen ein Ausmaß, welches nicht nur die Beeinträchtigung der Lebensweise, sondern immer häufiger psychische Erkrankungen zur Folge hat. Auf die zunehmende Bedeutung psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt geht Thomas Bär, wissenschaftlicher Referent der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK), ein. Er stellt dabei heraus, dass „Stress“ bzw. eine hohe psychische Belastung zum einen dann zu erwarten ist, wenn hohe Anforderungen in Verbindung mit geringer Kontrolle über die Arbeitstätigkeiten auftreten. Zum anderen führt ein Ungleichgewicht zwischen beruflicher „Verausgabung“ und als Gegen-

wert erhaltener „Belohnung“ zu Stressreaktionen. Belohnung meint damit insbesondere menschliche Wertschätzung, beruflichen Status, Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit und eine ausbildungsadäquate Beschäftigung. Die Zunahme psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt deutet auf ein hohes Maß an empfundener Fremdbestimmtheit und Mangel an Entschädigung für geleisteten Arbeitseinsatz hin. Zum einen kann diesen Entwicklungen durch insbesondere betriebliche Gegenstrategien im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Arbeitsorganisation begegnet werden, wozu Bär einige Handlungsansätze einbringt. Darüber hinaus werden durch die beschriebenen Probleme aber auch die alten Fragen nach Mitbestimmung am Arbeitsplatz und angemessener Entschädigung für als „verausgabend“ empfundene Arbeit neu aufgeworfen.

Grundsätzlich zeigen beide Beiträge, dass die Ausprägung der beschriebenen Phänomene von der Verarbeitung in den sozialen Milieus und Berufsfeldern sowie der institutionellen Einbettung der Veränderungsprozesse wie z.B. durch Unternehmenskulturen und gewerkschaftlicher Organisationsmacht, abhängt.

Schließlich spielen die geschlechtsspezifischen Ungleichheiten in der Verteilung von Erwerbs-, -Sorge, und -Hausarbeit bei der Bewertung guter Arbeit eine zentrale Rolle (vgl. spw 162 „Who cares about care?“) Aus feministischer Perspektive weist Alexandra Scheele u.a. darauf hin, dass Erwerbsarbeit die gesellschaftlich notwendige Arbeit nur teilweise widerspiegele. Frauenerwerbstätigkeit und die Infragestellung der geschlechtszuschreibenden Arbeitsteilung verdeutlichten den Zusammenhang zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit bzw. von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen. Damit rückten bislang als „Liebe“ unhinterfragte und nur im Privaten verhandelte Bereiche ins öffentliche Bewusstsein. Vor diesem Hintergrund solle, so



Die SPD-Linke leistet mit dem Sammelband einen Beitrag zur friedens- und sicherheitspolitischen Debatte. Die Artikel reichen von der wachsenden Bedeutung des Klimawandels als Konfliktursache über die Bedrohung durch Kleinwaffen bis hin zu Gefahren der Privatisierung von Armeen und militärischen Maßnahmen. Ferner diskutiert das Buch den politischen Einfluss des „Sicherheits“-Gedankens. In der Afghanistan-Debatte ist die gesamte Bandbreite der SPD-Positionen vertreten. Alle AutorInnen halten einen sofortigen Abzug aller ausländischen Militärkräfte für eine verkürzte Forderung. Letztlich komme es darauf an, wie eine demokratische und friedliche Entwicklungsperspektive für die Menschen in Afghanistan erreicht werden könne.

Weitere Informationen und Bestellung:
www.forum-dl21.de

Scheele, der Wert und die Bewertung von Arbeit kritisch überprüft werden und sich an den gesellschaftlichen Bedürfnissen festmachen. Als konkrete Perspektive zur geschlechtergerechten Verteilung der Teilhabe und Emanzipationsmöglichkeiten über Erwerbsarbeit sowie der Haus-, Sorge- und Betreuungsarbeit bringt Scheele die Verkürzung der Arbeitszeit in die Debatte ein. Gleichwohl stelle sich die grundsätzliche Frage, was der Kapitalismus als Gesellschaftssystem leisten könne. Es gehe u.a. um die Überwindung der an rein quantitativen Produktivitätskriterien orientierten Wachstumsideologie und die Verkürzung von Erwerbsarbeit auf industrielle bzw. technische Bereiche.

Theoretisch abgerundet werden die Beiträge über geschlechtergerechte Autonomie, Anerkennung und Sicherheit als wichtige Dimensionen guter Arbeit von Christina Ujma. Ihr Artikel zeichnet die Entwicklung der marxistisch geprägten Diskussion über die Entfremdung der Arbeiterinnen und Arbeiter von ihrem Ausgangspunkt in den Schriften von Marx bis in die heutige Zeit nach. Für Ujma ist das Entfremdungstheorem zu Unrecht aus der öffentlichen Debatte verschwunden. Sie plädiert daher für eine Neuformulierung des Entfremdungstheorems, das Arbeit, Kultur und Leben zusammendenkt und damit eine Antwort auf die Fragen einer von wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Umbruch geschüttelten Gesellschaft geben kann.

Abgrenzung zur Debatte um ein Grundeinkommen

Die Beiträge zeigen, dass es in einer Auseinandersetzung um die Zukunft von Erwerbsarbeit um ihre inhaltliche Ausgestaltung und gesellschaftliche Einbettung gehen muss. Hiervon darf die Debatte darüber, wie man Teilen der Bevölkerung ganz oder teilweise ermöglichen kann, nicht am Erwerbsleben teilzunehmen, nicht ablenken. Abschließend soll daher an dieser Stelle bewusst eine Ab-

grenzung zur öffentlichen Debatte über das Modell eines BGE vorgenommen werden. Der Kreis der BefürworterInnen eines solchen Projekts reicht vom neoliberalen Ökonomen Thomas Straubhaar aus Hamburg über den Unternehmer Götz Werner und den ehemaligen Thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus bis hin zu Politikerinnen und Politikern v.a. der Grünen und der Linkspartei.

Ein einheitliches Modell des BGE gibt es dabei zwar nicht. Gemeinsames Ziel aller Modelle ist aber das Postulat, den Menschen von einem Zwang zur Arbeit zu befreien. Gemeinsam ist allen Modellen weiterhin, dass es grundsätzlich ohne Bedingung, also ohne Prüfung der individuellen Bedürfnisse, an alle Menschen (auch an Millionäre) ausbezahlt werden soll. Sehr unterschiedlich sind die Vorstellungen, was die Höhe und die Gegenfinanzierung des Modells anbetrifft. Die Spannbreite reicht hier von Beträgen die nur unwesentlich über den aktuellen Sätzen des ALG II liegen, bis hin zu Summen von etwa 1500 Euro im Monat. Als Finanzquellen werden je nach Modell die Mehrwertsteuer oder beispielsweise die bisher für die Sozialversicherungen aufgebrachten Beträge genannt.

Eine der – begründungslos gelieferten – Grundannahmen der BefürworterInnen ist, dass der Menschheit die Arbeit ausgehe. Vollbeschäftigung sei nicht mehr vorstellbar, mit dem Grundeinkommen biete sich somit eine gute Sicherung der Menschen an, die keine Arbeit mehr hätten.

Ronald Blaschke, Sprecher des „Netzwerks Grundeinkommen“, grenzt sich mit dem Konzept sowohl gegen marktliberale als auch keynesianistische Konzepte ab. Demnach liege beiden Richtungen eine Übereinstimmung zugrunde, nach der notwendige, sinnvolle und nützliche Tätigkeit nur als marktförmige Arbeit vorstellbar sei. „Marktarbeit“ sei daher für beide wirtschaftspolitischen Denkschulen ein unhinterfragtes Gut und somit grundsätz-

lich zu befördern. Das Bedingungslose Grundeinkommen ermögliche den Schritt aus der Marktlogik heraus.

Demgegenüber geht selbst einer der „geistigen Väter“ eines BGE, der französische Philosoph André Gorz, davon aus, dass ein BGE nicht systemüberwindend ist. Es sei kein Zweck an sich, sondern solle helfen, die Erkenntnis zu verbreiten, dass das Existenzrecht des Einzelnen nicht von der Leistung warenförmiger Arbeit abhängen dürfe. Eine Überwindung des kapitalistischen Systems schließe aber eben doch auch eine Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise mit ein.

Unbeantwortet bleibt hingegen die Frage, auf welchen materiellen Grundlagen ein solches Konzept finanziert werden soll. Offensichtlich gehen viele BefürworterInnen eines BGE davon aus, dass wir bereits jetzt in einem Überfluss an materiellen und immateriellen Gütern leben, der nur noch mit wenig Arbeit reproduziert werden müsse. Fragen des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wachstums spielen keine Rolle und es bleibt daher unklar, wie gesellschaftliche Stagnation vermieden werden soll. Nur: Wer Reichtum verteilen will, muss auch sagen, wie er produziert werden soll, und dass auf einer Grundlage, die den sich wandelnden Bedürfnissen der Menschen und gesellschaftlichen Bedarfen entspricht.

Viel diskutiert ist zudem die Frage nach dem Wert der Arbeit. Arbeit ist im kapitalistischen System stets auch von strukturellen Herrschaftsverhältnissen und dem Ungleichgewicht zwischen Kapital und Arbeit geprägt. Der Kampf um gute Arbeit und menschenwürdige Arbeitsbedingungen ist aktueller denn je. Die meisten GrundeinkommensbefürworterInnen können sich eine Befreiung von der Entfremdung durch die bewusste Organisation und Gestaltung gesellschaftlicher Arbeit nicht vorstellen und treten deshalb für Freiheit von Arbeit ein. Richtig ist aber, eine Diskussion

über Arbeitsbedingungen und die Verteilung von Arbeit zu führen – also über Autonomie, Anerkennung und Sicherheit durch Arbeit.

Das Grundeinkommen ist scheinradikal. Es suggeriert eine gesellschaftsverändernde Kraft, die es nicht hat. Zwar wird der Verteilungsmodus des gesellschaftlichen Reichtums leicht verändert. Die grundsätzliche Ungleichheit der Besitz- und Eigentumsverhältnisse und daraus folgend der Eigentums- und Vermögensverteilung bleibt jedoch unangetastet.

Auf der wirtschaftsliberalen Seite des politischen Spektrums erfüllt das BGE die Sehnsucht nach einem harmonischen Kapitalismus. Danach lässt sich das Grundeinkommen als ein Stück „Utopischer Kapitalismus“ begreifen, das seinen BefürworterInnen die Hoffnung auf eine harmonische Marktgesellschaft macht, die frei von Klassen- und Interessengegensätzen ist und in der sowohl der Markt als auch der Mensch wirklich frei sind.

Im Ergebnis wird es aber wohl tatsächlich eher darauf hinauslaufen, dass all diejenigen, die im gesellschaftlichen Produktionsprozess unter den Bedingungen kapital- und marktgesteuerter Erwerbsarbeit keinen Platz mehr finden, auf diesem Wege an die Seite gestellt und alimentiert werden. Vor allem: Realistisch wird wohl kaum ein Grundeinkommensbetrag über dem Existenzminimum herauspringen.

Die tatsächliche Freiheit vom Arbeitszwang bliebe wohl weiterhin eine Option für Minderheiten. Neben denjenigen, die diese Option bislang durch ihr hohes Vermögen besaßen, könnte am unteren Ende der Einkommensverteilung eine Gruppe von Menschen treten, die sich je nach Neigung dem Nichtstun oder auch „selbstbestimmten Tätigkeiten“ zuwenden - „zwischen den Polen des großen Reichtums und den freiwillig oder unfreiwillig Erwerbslosen muss weiterhin Lohnarbeit geleistet werden“. Daher ist Wolfgang Eng-

ler, einem grundsätzlichen Befürworter eines BGE zuzustimmen, wenn er festhält, dass eine solche Forderung erst dann Sinn ergibt, wenn „das Leben aller außer Frage steht, die Springquellen des gesellschaftlichen Reichtums kräftig sprudeln, wenn Hand und Kopf durch Technik und Technologie zunächst ergänzt, dann mehr und mehr ersetzt werden, so dass der umgekehrte Fall eintritt: Mangel an hinreichender Arbeitsgelegenheit für alle“.

Bis dies der Fall ist, wird der Linken der beschwerliche Weg nicht erspart bleiben, sich konkret mit den Problemen der sich verändernden Arbeitswelt auseinanderzusetzen und gemeinsam mit Gewerkschaften für Verbesserungen einzutreten. Hier gibt es unabhängig von der Einstellung zur Frage eines bedingungslosen Grundeinkommens die Möglichkeit und Notwendigkeit, zwischen den überwiegenden Teilen des linken politischen Lagers Synergien und programmatische Synthesen herzustellen. Die Beiträge dieses Heftes zeigen, dass es dabei auch darum geht, die zum Teil ambivalent zu bewertenden Veränderungen in der Arbeitswelt richtig zu verstehen und betriebliche und gesellschaftliche Handlungsansätze miteinander zu verknüpfen. ■

☞ Dr. Bettina Kohlrausch arbeitet am Soziologischen Forschungsinstitut Göttingen und lebt in Hannover.

☞ Thilo Scholle ist Jurist, Mitglied der spw-Redaktion und lebt in Münster.

☞ Stefan Stache ist Chefredakteur der spw.

Moderne Arbeitnehmer in der Krise: zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheit

von Michael Vester und Christel Teiwes-Kügler

Der Wandel der Sozialstruktur und besonders der Arbeitnehmermilieus ist der Gegenstand vielfältiger Spekulationen. In der neuen Weltwirtschaftskrise leben Theorien wieder auf, die die These wiederbeleben, dass die kapitalistische Wirtschaftsweise zu einer ständig zunehmenden Vereinfachung, Entqualifizierung, Fragmentierung, Vereinheitlichung und damit Herabdrückung der Arbeit führen würde. Ihnen stehen Thesen einer „Wissensgesellschaft“ gegenüber, dass sich die Gesellschaft mit der Anhebung der Berufsqualifikationen in eine Vielfalt selbstbestimmter Individuen auflösen würde. – In diesem Aufsatz werden dem, in exemplarischen Auszügen, die Ergebnisse von drei neueren, in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Industriegewerkschaft Metall durchgeführten empirischen Untersuchungen entgegengestellt, die von uns differenzierter und ausführlicher in dem Buch „Die neuen Arbeitnehmer“ (Vester u.a. 2007), in der Studie „Junge Arbeitnehmermilieus“ (Vester u.a. 2009) und in einer Längsschnittanalyse des Wandels der Berufsstrukturen (vgl. Vester 2010) dargestellt worden sind.

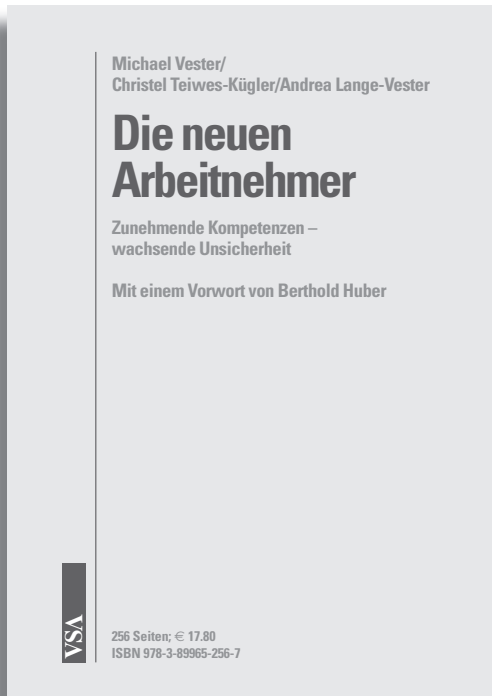
1. Der neue Gerechtigkeitskonflikt: Berufsethos vs. Kapitalverwertung

Die Lage ist nicht durch einen einheitlichen Trend, sondern widersprüchliche Tendenzen und Konflikte bedingt. Gerade im entwickelten Kapitalismus ist die menschliche Arbeitskraft nicht nur eine Ware, aus der Gewinne herausgepresst werden können. Sie ist auch eine Produktivkraft, die spezialisiert und intelligent genug sein muss, um die wachsende Nachfrage nach hochwertigen Gebrauchswerten zufriedenzustellen. Dies hat eine große Bedeutung für die Identität und das Selbstwertgefühl insbesondere der modernen, qualifizierten

Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Mit der Zunahme qualifizierter Arbeit wird auch das Ethos der guten Facharbeit und Produkte wiederbelebt. Dieses ist, wie die Gewerkschaftsforderung „besser statt billiger!“ zeigt, die Ausgangsbasis des Widerstands gegen die Politiken einseitiger Kostensenkungen.

Der Widerspruch zwischen Profitinteressen und Qualitätsinteressen geht auch mitten durch das Kapital. Er begründet „klassenfraktionelle“ Gegensätze zwischen der Realwirtschaft und dem Finanzmarktkapital. Die Unternehmen der Realwirtschaft wissen, dass Produkte und Dienstleistungen nicht nur kostengünstig, sondern auch gut, spezialisiert und intelligent gemacht sein müssen, wenn sie dauerhaft nachgefragt werden sollen. Gewerkschaften und Verbrauchertests verleihen den Forderungen nach Qualität der Arbeit und der Produkte Nachdruck. Daher ist die Arbeitseffizienz nicht nur durch Verbilligung der Arbeitskosten, sondern auch durch steigende Ausbildungsniveaus, ein „re-skilling“, gestiegen. In den wachsenden höherqualifizierten Berufsgruppen wird das Berufsethos der guten Arbeit wiederbelebt.

Das risikofreudige Finanzmarktkapital, das mit dem Börsenkrach von 1929 die große Weltwirtschaftskrise ausgelöst hatte, war lange an die Kette der Regulierung gelegt. Nach 1970 konnte es eine erneute Deregulierung der internationalen Konkurrenz durchsetzen. Diese verstärkte den Druck, die Profitabilität des Kapitals durch Strategien der *Entwertung der Arbeitskraft* wieder ungehemmt zu steigern. Private Firmen und staatliche Einrichtungen gingen zu neuen *betriebswirtschaftlichen Strategien der Reglementierung* über. Diese fördern primär nicht eine höhere Produktivität



durch intelligentere Arbeitsprozesse, sondern eine billigere Produktion, durchgesetzt über einen steigenden Kosten-, Zeit- und Flexibilitätsdruck und durch Arbeitszerlegung, ein neues „de-skilling“. Hierzu gehören auch Politiken der sog. „Subjektivierung“, mit denen die Individuen nicht etwa zu Subjekten ihrer Arbeitsbedingungen, sondern zu Organisatoren des gesteigerten Arbeitsdrucks gemacht werden sollten. Die Grenzziehungen zwischen Arbeit und Freizeit, Arbeitnehmerrolle und Unternehmerrolle, äußerem Zwang und innerer Arbeitsmotivation usw. sollten nicht mehr institutionell gesichert, sondern den Individuen am kürzeren Hebelarm des betrieblichen Machtgefälles aufgebürdet werden.

Naive Beobachter mögen nun annehmen, es handele sich um zwei „Strukturtrends“ – Autonomiegewinn durch berufliche Hochqualifikation oder Autonomieverlust durch soziale Deregulierung – und die Frage, welcher von beiden sich durchsetzen werde. Doch es

handelt sich nicht um einen solchen linearen Automatismus, in dem die Menschen nur „Träger“ idealtypisch beschriebener Trends agieren. In der Realität überschneiden und durchdringen die „Trends“ sich gegenseitig, und sie treffen auf das widersprüchliche Konfliktfeld der gesellschaftlichen Gruppen. Das Lager der privaten und öffentlichen Arbeitgeber teilt sich, ebenso wie das Lager der Arbeitnehmer, in Fraktionen, die den widersprüchlichen ökonomischen Druck mit einem breiten Spektrum verschiedener Strategien zu verarbeiten – und auch abzuwehren suchen.

2. Verschiebungen der Berufsstruktur und Renaissance des Berufsethos

Mit der Renaissance der qualifizierten Arbeit müssen sich Unternehmen, Gewerkschaften und Parteien auf einen neuen Arbeitnehmertypus einstellen, der sich über ein großes Spektrum qualifizierter Berufe und Milieus auffächert, aber auch etwas Gemeinsames hat. Das alte Bild vom Arbeiter und von seiner Gewerkschaft ist nicht am immer besser ausgebildeten Spezialisten, sondern an den angelernten Massenarbeitern orientiert, die in einfache Arbeitsschritte zerlegte, „taylorisierte“ Routinearbeit durchführen müssen, sich mit der entfremdeten und fremdbestimmten Arbeit und ihrem Produkt nicht identifizieren können und daher allein an geringeren Arbeitszeiten und -lasten und höheren Löhnen und sozialen Sicherungen interessiert sind. Sie sind nur „außerhalb der Arbeit bei sich“. Das Bild des an Arbeit und Leistung desinteressierten Routinearbeiters war immerhin so hartnäckig, dass es die neoliberalen Politiker als Hauptargument gegen eine angebliche „Verwöhnung“ der Arbeitnehmer durch „zu hohe“ Löhne, Arbeitslosenhilfen, Gesundheits- und Sozialleistungen benutzen konnten.

Diese Propagandafigur hat mit der sich differenzierenden Realität der Berufswelt sehr wenig zu tun. Seit den siebziger Jahren unterliegt die Berufs- und Sozialstruktur drei viel

diskutierten Verschiebungen (vgl. Oesch 2006: 27-39). Ihren Umfang können wir aufgrund einer neuen Datenanalyse (Vester 2010) auch genauer beziffern:

- Die Erwerbstätigen mit höheren Berufsqualifikationen und Bildungsabschlüssen nahmen erheblich zu - Stichwort „*Kompetenzrevolution*“. Von 1990 bis 2007 stieg in der BRD der Anteil der Hochschul- und Fachschulabsolventen an den Erwerbstätigen von 37 auf 47 Prozent. Der Anteil der Facharbeiter und Fachangestellten sank von 38 auf 31 Prozent. Der Anteil der gering qualifizierten Erwerbstätigen blieb hoch, sank aber doch von 27 auf 22 Prozent. Viele gering Qualifizierte wurden in die Dauerarbeitslosigkeit (mindestens die Hälfte der gut 9 Prozent Arbeitslosen) abgedrängt.
- Gleichzeitig verschob sich die Beschäftigung beschleunigt von den technisch-industriellen Berufen zu den Dienstleistungsberufen – Stichwort „*Tertiärisierung*“. Durch höhere Effizienz sank von 1990 bis 2007 die Beschäftigung in den technisch-industriellen Berufen von 43 auf 32 Prozent. Die Beschäftigung in den Verwaltungsdienstleistungen (einschließlich der Finanz-, Rechts-, Vermarktungs- und Büroberufe) stieg von 25 auf 28 Prozent. Die Humandienstleistungen (einschließlich der Bildungs-, Gesundheits-, Sozial-, Kultur- und Ordnungsberufe) stieg von 24 auf 28 Prozent.
- Die wachsenden Berufsgruppen der Höherqualifizierten und der Dienstleistenden waren auch die Gruppen, in denen der Frauenanteil eher hoch war – Stichwort „*Feminisierung*“. Von 1970 bis 2001 war der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen von 36 auf 44 Prozent gestiegen.

Die Forschung beobachtet im Zuge des schon länger anhaltenden „*re-skilling*“ bis in die

industrielle Fertigung hinein eine Wiederbelebung der Facharbeit und ihres Berufsethos (u. a. Blauner 1964, Mallet 1972, Piore/Sabel 1985, Kern/Schumann 1984, Grusky/Sörensen 2001). Den Arbeitnehmern geht es nicht allein um das Geld, sondern auch um den Sinn der Arbeit und des Produktes und um die Autoritäts- und Anerkennungsverhältnisse im Betrieb. Ihre Ansprüche an Selbstverwirklichung, Fachkönnen und Gestaltungsspielräume sind gewachsen. Die komplexere Arbeitsorganisation erfordert Problemlösungsstrategien und soziale Kompetenzen wie Überblicks- und Kooperationsfähigkeit. Dem entspricht ein eigener Habitus, bei dem statt (männlicher) Körper- und Kampfkraft auch reflexives Argumentationsvermögen, rationale Verständigungsformen und persönliche Autonomie wichtig werden.

Wesentlich in dieser Diskussion ist, dass sie die Entwicklung nicht als individuelle Erkenntnis von isolierten Einzelpersonen sieht, die sich dem ökonomischen Druck passiv fügen, sondern als aktive und kritische Verarbeitung der äußeren Verhaltensumutungen in den Gruppenzusammenhängen der Berufe und Milieus, d.h. als Auf- und Umbau der *Fach- und Milieukulturen* (Grusky/Sörensen 2001, vgl. Durkheim 1988).

Unsere in Kooperation mit dem Vorstand der IG Metall unternommenen neuen Forschungen haben sich daher den Berufsmilieus zugewandt (Vester u. a. 2007, 2009). Sie sind der Ort der persönlichen Kommunikation, in dem die neuen Erfahrungen mit dem technologischen Wandel und mit der neoliberalen Umkrempelung der Betriebsorganisation verarbeitet und die Handlungsstrategien überprüft werden. Es sind nicht nur Kleingruppen, sondern große Berufsfelder, die die neuen Erfahrungen auch in eigenen Öffentlichkeiten strukturieren. Beispiele sind die Zeitungen und Veranstaltungen der Betriebsräte und Gewerkschaften, aber auch von Berufsverbänden wie dem Verband Deutscher Ingenieure (VDI). Die VDI-Nachrichten, die den technisch-sozialen

Wandel auf Expertenniveau kritisch begleiten, sind sogar wöchentlich an vielen Kiosken zu haben.

Es ist von großem Interesse, wie dieser Wandel an der in Kleingruppen vergesellschafteten „Basis“ der Milieus gesehen wird. Denn die Berufsmilieus sind die primären Referenzgruppen der sozialen Identität, an denen kein anderer Akteur, weder Management noch Gewerkschaft, vorbeikommt.

3. Die Untersuchungen: Exploration eines sich wandelnden Feldes

Die eingangs genannten Studien, die mit den Methoden der typologischen Habitus- und Milieuanalyse durchgeführt worden sind, stellen ein relativ breites aber gegliedertes Spektrum höher und niedriger qualifizierter Arbeitnehmermilieus unter besonderer Berücksichtigung der Maschinenbau-, Elektronik- und Automobilbranchen dar. Es handelt sich gleichwohl nur um sondierende „Pilotstudien“, die nicht zuletzt darauf hinweisen, dass das Gesamtfeld der Berufsmilieus immer noch erstaunlich unvollständig und auch nur unzureichend in seinem Wandel empirisch untersucht worden ist. In den nachfolgenden Teilen dieses Artikels sollen zwei der untersuchten Berufsmilieus, die der Ingenieure und technischen Experten und die der jüngeren Facharbeiter, etwas näher vorgestellt werden.

4. Ingenieure und technische Experten: Von der Privilegierung zur Unsicherheit

Allerdings setzen sich die Einstellungen der Berufsgruppen nicht unmittelbar in praktische Parteinahmen um. Beispielsweise ist im Berufsethos der Ingenieure die individuelle und kreative Problemlösung ein zentrales Motiv, aber sie ist eingebunden in den Zusammenhang und die Normen der Berufsgruppe und die Erwartung, dass das Unternehmen als Gegenleistung ein besonderes Maß an Honorierung und Vertrauen bietet.

Überall sind die Ingenieure an hohen Autonomiespielräumen, in denen sie ihre Kreativität entwickeln können, interessiert, und überall lehnen sie daher neoliberale Reglementierungs- und Entwertungsstrategien vehement ab. Aber daraus folgt nicht, dass „die Ingenieure“ nun endlich eingesehen haben, dass sie auch vom Kapital ausgebeutet und sich daher gewerkschaftlichen oder politischen „Klassenorganisationen“ anschließen müssen. „Die Ingenieure“ optieren je nach Unternehmensstrategien und Regionalkultur verschieden. Im Maschinenbau zwischen Bodensee und Donau treten sie nicht in die Gewerkschaft ein. Denn hier sorgt der paternalistische Konservatismus der Unternehmer dafür, dass sie immer noch ein besonderes Maß an Honorierung und Vertrauen genießen. In bayerischen Siemens-Betrieben respektieren sie die Gewerkschaft, treten aber nicht ihr, sondern lieber einem eigenen Berufsverband für technische Experten bei. In der Automobilindustrie in Hessen und Niedersachsen sehen sie sich gut von der IG Metall vertreten, in die sie auch in großen Zahlen eingetreten sind. Bei Opel ist dieser Zulauf erst jüngeren Datums und offensichtlich die Folge verschärfter Konflikte um die neuen Umstrukturierungen, in denen der Betriebsrat erfolgreich agiert hat.

Bis in die 1990er Jahre hat der relativ privilegierte Status für Hochqualifizierte wesentlich zur Identifikation mit Unternehmenszielen beigetragen (Baethge u.a. 1995, Kotthoff 1998). Die neuen Strukturverschiebungen untergraben nun diese ständischen Privilegierungen. Der wirtschaftliche Bedarf hat die Armee von qualifizierten Experten erheblich wachsen lassen. Dadurch haben die höheren Berufsqualifikationen den Seltenheitswert verloren, durch den sie früher vor Entlassungen oder Herabstufungen schützten. Höhere Qualifikation als solche privilegiert nicht mehr - entsprechend dem Satz: „Wenn alle sich auf die Zehenspitzen stellen, sieht keiner besser.“

Der Verlust des Seltenheitswertes wird besonders dort zum Abbau der früheren Privilegierungen genutzt, wo auf der Leitungsebene ein Machtwechsel zu auf kurzfristige Gewinnmaximierung zielenden Managementfraktionen stattgefunden hat. Diese setzen Strategien durch, die das Gros der technischen Experten als austauschbare Kräfte mit weniger Rechten, Einkommen und Statussicherheiten behandeln wie die übrigen qualifizierten Arbeitnehmer auch.

Der innerbetriebliche Druck zu mehr Flexibilität, Kosten- und Zeitkürzungen ist nur die Spitze des Eisbergs. Hinzu kommen Strategien der Herabstufung, die bis in das ständisch gegliederte Schulsystem und die Berufsausbildung zurückverlängert werden. In diese werden neue halb- und vorakademische Etagen eingezogen, so dass die anspruchsvolle Arbeit der akademischen Ingenieure (mit Diplom und Master) auch von Protoakademikern (Bachelor, Fachhochschulabsolventen), von Halbakademikern (Fachschulabsolventen) oder Nichtakademikern ausgeführt werden kann. Die Auslagerung der Arbeit an hoch qualifizierte, aber wohlfeilere Experten der neuen Industrieländer ist nur die Fortsetzung dieser Politik der Unsicherheit, durch die das Interesse an einer kollektiven Interessenvertretung, die den sozialen Status der verschiedenen Arbeitnehmergruppen sichert, wieder wachsen könnte.

Der Wasserkopf der neuen Kontrollbürokratie: Mit den Strategien der lückenlosen Reglementierung ist eine große neue Kontrollbürokratie entstanden. Nach ihrer „betriebswirtschaftlichen Logik“ soll höhere Effizienz nicht mehr durch intelligentere Arbeitsprozesse, sondern durch steigenden Kosten-, Zeit- und Flexibilitätsdruck erreicht werden. Die technischen Experten sehen sich in ihrem Arbeitsethos herausgefordert und vom Abstieg in einen untergeordneten und unsicheren Arbeitnehmerstatus bedroht. Dies hat ein erhebliches Konfliktpotential erzeugt. Dies trifft insbesondere auf den Typus „Gebremste

Technische Experten“ (Kotthoff) zu - Ingenieure und Techniker in den Forschungs- und Entwicklungszentren der Automobil- und Elektronikbranche. Das von den Hochqualifizierten geforderte unternehmerische Denken und Handeln wird durch ein System undurchsichtiger Zielvereinbarungen, Vorgaben, Kontrollen und Bürokratismen untergraben.

„Diese Reglementierungswut von weit oben.“

„Es gibt so ´ne Karikatur, ... da ist einer der rudert und hinten sitzen acht, die versuchen, das Ding zu steuern ... Es gibt immer mehr Bereiche um mich rum, wo ich das Gefühl habe, die arbeiten nicht, aber die verfolgen mich.“

„Der persönliche Freiraum, neue Sachen auszuprobieren, das ist heute sehr eingeschränkt und da wird ein ganzer Teil von Motivation weggenommen.“

Die Hochqualifizierten folgen bei ihrer Entwicklungstätigkeit einer auf langfristige Erfahrungskumulation ausgerichteten „technischen Arbeitslogik“ (Oesch 2006), die Zeit und Raum für Eigenverantwortlichkeit, Kreativität und experimentelles Vorgehen lässt und sich an der Qualität der Produkte und an fachlichem Expertenwissen orientiert. Die Ingenieure machen zunehmend die Erfahrung, halbfertige Produkte auf den Markt bringen zu müssen.

„Da kam dieser Herr und hat gesagt: Das hört mir jetzt auf. Es gibt nur noch einjährige Entwicklungszyklen. Ihr entwickelt neun Monate. Ende. Aus! Die letzten drei Monate habt ihr noch Zeit, es auf den Markt zu tragen. Mit dem Ergebnis, dass man jetzt ein Produkt in zehn Stufen auf den Markt trägt.“

Abstiegsdrohung statt Aufstieg: In Führungspositionen gelangen zunehmend Chefsingenieure, Abteilungsleiter und Produktmanager mit primär betriebswirtschaftlichen Orientierungen. Für diesen „aufstiegs- und karriereorientierten“ Typus stehen Prestige, Status und - vor der technischen Fachkompetenz: *„Das technische Interesse stand nicht so im Vordergrund, sonst hätte ich ja Ingenieurwissenschaften studiert ... Ich wollte halt was machen, wo man dann später auch mal was entscheiden kann und nicht nur der Zuarbeiter ist.“* – Das informelle Erfahrungswissen, die besondere Produktivkraft der technischen Experten, findet immer weniger Anerkennung, Ausdruck der aktuellen Positionskämpfe mit aufsteigenden und etablierten Managementfraktionen. Zunehmend werden die technischen Experten, die häufig Bildungsaufsteiger sind, einem unkalkulierbaren Wechsel von Organisationsmodellen ausgesetzt und von Aufstiegschancen abgedrängt. Insbesondere ältere Ingenieure fürchten Arbeitsplatzverlust und Deklassierung, da die Elektronik- und Hightech-Firmen ihre Forschungs- und Entwicklungszentren zunehmend ins Ausland verlegen.

„Was den Druck erhöht, kommt eigentlich gar nicht von der Arbeit. ... spätestens alle drei Jahre wird umorganisiert und man weiß manchmal bis zuletzt nicht, was mache ich morgen für eine Arbeit, habe ich überhaupt noch eine Arbeit. ... es schwebt ja manchmal schon ein bisschen Existenzangst mit ...“

„Früher hatte man zwei mögliche Wege der Karriere. Ein Weg war der Weg als Fachspezialist, wo man in seinem Gebiet anerkannt wurde, da konnte man nach oben steigen. Diesen Weg gibt's nicht mehr, anerkannt ist nur noch der Erfolg an Umsatz, an Menschenführung und so weiter. Sklavenhändler, die können damit gut umgehen.“

„Ich will nicht mit allem rechnen, wenn ich älter werde. Ich will schon irgendwie eine gewisse Sicherheit haben, dass ich mein Haus nicht verkaufen muss oder egal was, wenn ich da auf der Straße liege ..., dass man zu etwas gezwungen wird, wo man da in Verzweiflung rein kommt.“

5. Facharbeiter: Blockierungen und Statusverlust

Neue statistische Längsschnittanalysen des Berufsfeldwandels dokumentieren eine dramatische Umstrukturierung der industriellen Facharbeit (Vester/Gardemin/Groh 2009, Vester 2010). Zwar waren im Jahre 2007 die Facharbeiter und Fachhandwerker mit 13,2% oder 5,3 Millionen Erwerbstätigen immer noch die größte Berufsgruppe der BRD und noch um mehr als ein Drittel größer als in vergleichbaren Industrieländern. Ihre Berufsehre gründet sich nach wie vor auf gute fachliche Arbeit, aktive Bildungsbereitschaft und persönliche Autonomie. Doch diese Identität wird durch eine erhebliche Umstrukturierung des Industriesektors in Frage gestellt. Von 1990 bis 2007 haben sich in der BRD die Beschäftigten in der Gesamtheit der technisch-industriellen Berufe von 42,6% auf 32,3% der Erwerbstätigen verringert. Alle Berufsgruppen unterhalb der Ingenieurebene sind geschrumpft, am meisten die Facharbeiter und Fachhandwerker, die von 20,8% auf 13,2%, also von etwa 8,3 auf 5,3 Millionen Erwerbstätige zurückgingen.

Die Problematik liegt nicht in den makroökonomischen Größenordnungen. Der Sektor beschäftigt noch fast ein Drittel der Erwerbstätigen, das sind etwa 5-7% mehr als in vergleichbaren Ländern. Unter ihnen behält das exportstarke, auf die industrielle Facharbeit gegründete deutsche Produktionsmodell seinen Vorsprung. Seine Beschäftigtenzahlen nähern sich nur ein Stück weit der internationalen „Normalität“ an. ►

Die Problematik liegt in der Umstrukturierung. Der Rückgang der Beschäftigung war die Folge der großen Effizienzsteigerungen, durch die die großen Exportbooms nach 1990 gefördert wurden. Die höhere Effizienz entstand nicht allein durch den Einsatz von mehr Ingenieuren und technischen Experten. Diese Gruppe nahm zwar deutlich, von 4,4% auf 5,7% oder 2,3 Millionen Erwerbstätige, zu. Aber sie wuchs damit weniger stark als in anderen Industrieländern. Die Weltmarkterfolge sind nur teilweise auf ein Wachstum der Produktivität zurückzuführen; diese liegt für Deutschland „im unteren Drittel der OECD-Länder und damit deutlich unter dem Durchschnitt.“ (Allespach 2009: 278)

Deutschland hat die Weltmarkterfolge vor allem durch eine Lohnmoderation erreicht, d.h. die Senkung der Stückkosten durch Leistungssteigerung und Lohndämpfung auf den mittleren und unteren Qualifikationsstufen, also durch Einsparungen von Stellen und Kosten bei allen Gruppen unterhalb der Ingenieursebene. Dabei ist, wie auch in anderen europäischen Ländern (vgl. Oesch/Rodriguez 2009), die Ebene der Facharbeiter sehr viel stärker geschrumpft als die Ebene der gering Qualifizierten und der Semiprofessionen.¹ Damit waren die „einzusparenden“ Facharbeiter nicht auf den individuellen Abstieg oder Aufstieg in diese Gruppen, sondern auf den Vorruhestand oder schlechtere Alternativen verwiesen. Für die Verbleibenden verschärfte sich die Situation durch eine Art „Sandwich-Position“. Von unten wurden sie bedrängt durch die Konkurrenz von Zeit- und Leiharbeitern und der nicht so stark geschrumpften An- und Ungelernten, nach oben wurden frühere innerbetriebliche Aufstiegswege zunehmend blockiert. Kurz: obwohl ihr produktiver Beitrag mehr gebraucht wird denn je, wird ihr Status abgebaut.

1 Die an- und ungelernten Arbeiter (ohne Fachlehre) verringerten sich 1990-2007 von 11,4% auf 8,6%, die Semiprofessionen (mit Fachschulabschluss) von 6,0% auf 4,8%. Dieser Abstrom wurde durch die Zunahme auf der Ingenieursebene um 1,3% nicht ausgeglichen. (Vester/Gardemin/Groh 2009)

Dies ist nicht nur die Erfahrung der älteren, sondern gerade der leistungsstarken und gut ausgebildeten jüngeren Facharbeiter. Von diesen ließen sich in den untersuchten hochmodernen Betrieben der Maschinenbaubranche zwei Teilmilieus unterscheiden, ein traditionelleres und ein moderneres. Die Angehörigen beider Gruppen wollen sich beruflich weiterentwickeln. Sie sind in ihren Beziehungsnetzen regional verwurzelt, aber sie sind nicht provinziell, sondern am politischen Weltgeschehen interessiert, neben regionalen Tageszeitungen lesen sie auch politische und wissenschaftliche Magazine wie ‚Spiegel‘, ‚Focus‘, ‚GEO‘. – Und beide identifizieren sich noch mit ihren Unternehmen, fühlen sich aber nicht mehr ausreichend anerkannt und wertgeschätzt.

Dabei überraschte es kaum, dass die *traditionellen jungen Facharbeiter*, mit ihren konventionelleren Ausbildungen und Lebensstilen, ihre Benachteiligung noch relativ ‚klassenbewusst‘, als einen Ausdruck der Gegensätzen zwischen körperlicher und geistiger Arbeit, zwischen Angestellten und Arbeitern, zwischen Arbeit und Kapital interpretieren. Sie meinen resignativ, die Facharbeit werde zunehmend abgedrängt und zum Auslaufmodell.

Aber auch bei den *modernen jungen Facharbeitern* haben die neoliberalen Managementpolitiken eine Vertrauenskrise ausgelöst. Dem Habitus nach liegen ihnen klassenkämpferische Konfrontationen und Symboliken fern. Ihre durchaus vorhandene gewerkschaftliche Orientierung wollen sie durch individuelle Selbstvertretung ergänzen. Sie machen, was die Modernisierung betrifft, sozusagen „alles richtig“. Sie haben modernere und höhere Ausbildungen – wie schon ihre Eltern, die bereits die Bildungsexpansion seit den 1960er Jahren für bessere Allgemein- und Berufsbildung genutzt hatten. Dies geht einher mit modernisierten Lebensstilen, analytisch-reflektierten und moderat abwägenden

Sichtweisen – und besonders hohen Ansprüchen auf betriebliche Mitgestaltung. Gerade in diesen besonderen beruflichen Potentialen und Entwicklungsmöglichkeiten, die sie zum Wohle des Unternehmens einbringen möchten, sehen sie sich blockiert.

Beide Gruppen stehen in dem Dilemma zwischen ihrer Identität als Facharbeiter, zu der sie selbstbewusst stehen, und der Erfahrung, dass der Facharbeiterstatus in Sackgassen der Verkennungen, Blockierungen und Abwertungen führen kann. Sie beschreiben die Veränderungen als einen schleichenden Prozess, der mit dem Einstieg von Finanzinvestoren bzw. der Umwandlung in Holding- und Aktiengesellschaften begonnen hat und der sich und unter den Renditeerwartungen der Aktionäre weiter beschleunigt hat: „Alles nur Gier, ganz einfach.“

Die Verlusterfahrungen sind sowohl materieller als auch symbolischer Natur. Auf Zulagen für Akkordarbeit muss inzwischen verzichtet werden. Gleichwohl ist das Arbeitstempo auf Akkordniveau geblieben. Zugleich vermissen die Facharbeiter die Wertschätzung der qualifizierten Facharbeit. Die Einstufungen und Leistungsboni erscheinen oft als willkürlich und als Disziplinierungsinstrument: „Einstufung nach Nasenfaktor“.

„dass mal einer sagt, das hast du gut gemacht“

„Es kommt einem so vor, als wenn hier mit Absicht die Mitarbeiter demotiviert werden sollen.“

„Mit Qualität meine ich die Arbeit, dass wir hervorragende Teile fertigen, nicht nur für den Ruf beim Kunden, sondern auch selber ein gutes Gewissen haben ... die Geschäftsführung muss das auch fördern, gute Qualität und damit die Arbeitsplätze sichern.“

Umstrukturierung als Chaos: Was viele stört, ist nicht die Tatsache, dass Optimierungsversuche unternommen werden, sondern dass die Umstellungsmaßnahmen infolge bürokratischer Mechanismen nicht konsequent umgesetzt und durchgehalten werden. Gerade bei den Vorgesetzten besteht eine blockierende „Cliqueswirtschaft“, die Probleme würden weg- oder schöneredet, um die eigene Position zu sichern. Die Facharbeiter sehen sich nicht ihrer Kompetenz entsprechend in die Überlegungen mit einbezogen. Konnten früher auch erfahrene und weitergebildete Mechaniker zum Teamleiter und in den Angestelltenstatus aufsteigen, so werden den Facharbeitern heute akademisch ausgebildete Führungskräfte ‚vor die Nase gesetzt‘.

„Hier werden dauernd neue Regeln aufgestellt, aber nach 14 Tagen interessiert das keinen mehr und dann wird wieder zum alten Stremel zurückgekehrt.“

„Es geht mir darum, dass man ein sinnvolles Arbeiten hat, dass ich mitbestimmen kann, wie mein Arbeitsumfeld gestaltet wird. Dass ich auch in dem, was ich mache, integriert werde in Arbeitsabläufe, in Entscheidungen und so weiter. Da will ich auch mitreden. Dass ich bei Problemen selber mitbestimmen kann und nicht nur andere wissen es besser. Und **diese Mitbestimmung fehlt mir total** [H. v. Verf.], das ist immer weniger geworden.“

Nicht wenige junge Facharbeiter beklagen, dass die Kosteneinsparungen sie einseitig belasten und die Angestellten eher verschonen. Dies war besonders in dem untersuchten süddeutschen Unternehmen so, in dem massiv gewerbliche Mitarbeiter abgebaut worden sind. Die Betroffenen sahen sich sowohl vom Unternehmen als auch von ihrer Interessenvertretung nicht mehr richtig anerkannt. ►

„Im gewerblichen Bereich hab' ich immer mehr das Gefühl bei der Firma, dass sie das quasi auslaufen lassen. Ich hab' das Gefühl, die alte Facharbeit, die läuft aus.“

Diese resignative Auffassung lässt sich jedoch nicht verallgemeinern. Insbesondere in der Diskussion der neuen Weltwirtschaftskrise, an deren Beginn 2009 die letzten Befragungen stattgefunden haben, zeigte sich bei den jungen Facharbeitern ein skeptischer, aber nicht dramatisierender Realismus.

6. Soziale Sicherheit in der Krise

Die meisten Befragten beurteilten die Folgen der neoliberalen Managementpolitiken sehr kritisch, aber nicht fatalistisch. Auch die Perspektiven der neuen Weltwirtschaftskrise werden als sehr ernst, aber nicht als ausweglos bewertet. Es spricht viel für die Annahme, dass diese ‚unaufgeregte‘ Haltung damit zu tun hat, dass die Zunahme sozialer Unsicherheit und der Kampf gegen den Flexibilisierungs- und Kostensenkungsdruck bereits eine längere, spätestens seit den 1990er Jahren spürbare Erfahrung ist.

Sowohl die vor, wie die nach Beginn der Krise Befragten betonten die Bedeutung von beruflicher Sicherheit und sozialer Absicherung. Latente Ängste um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes wurden besonders bei den bereits vor der Krise Befragten sichtbar. Aufgrund des Stellenabbaus im Bereich der Facharbeit waren sie in ihrer langfristigen Lebensplanung verunsichert und hatten Sorge, den erreichten Lebensstandard wieder verlieren zu können. Die nach Krisenbeginn Befragten rechneten mit Auswirkungen für den eigenen Betrieb, dies aber abgeschwächt und mit einer gewissen Zeitverzögerung. Die jungen Facharbeiter des Betriebes fühlten sich noch nicht unmittelbar bedroht, sondern hatten

den Eindruck, die Krise werde von der Unternehmenseite instrumentalisiert, um die Beschäftigten zu verunsichern und unter Druck zu setzen. Bei einigen machte sich allerdings die Sorge breit, wie kompetent und professionell die Krise bewältigt werden könne.

„Ich meine, ich hab jetzt gebaut, als junge Eltern, und dann muss ich auch wissen, wo kommt die nächsten zehn Jahre mein Geld her. Dass es keine Katastrophe gibt, z.B. bei Hartz IV. Wenn ich arbeitslos werde, nach einem Jahr genauso dastehe wie jemand, der noch nie gearbeitet hat, eigentlich.“

„Das macht mir so ein bisschen Angst, jetzt mal auf die aktuelle Wirtschaftskrise bezogen. Wenn wir jetzt sagen, es wird uns vielleicht nicht mit voller Kraft treffen, aber es wird uns treffen, das denke ich auch. Und wir kriegen es seit so und so vielen Jahren nicht hin, unsere Prozesse zu stabilisieren und dann sollen wir auch noch die Wirtschaftskrise meistern, wo dann wieder alle die Nerven verlieren. [...]. Ich glaube auch, wir kommen da durch, aber wie?“

Diese Haltung hat auch damit zu tun, dass die sozialen Kräfteverhältnisse durchaus differenziert gesehen werden. Teilerfolge der Betriebsräte und der Industriegewerkschaft Metall haben gezeigt, dass die Unternehmenseite in den Kämpfen um gerechte und sichere Arbeitsverhältnisse wieder Boden gewinnen kann. Gerade die Unzufriedenheit der qualifizierten Arbeitnehmer kann diesem Abwehrkampf Energie verleihen. Manchen ist auch vor Augen, dass die Unternehmenseite nicht überall rigorose neoliberale Strategien verfolgt, sondern in Teilen auch konservative Integrationsmodelle (wie etwa bei Toyota) oder Kompromisse mit der gewerkschaft-

lichen Gegenmacht (wie bei Volkswagen) bevorzugt. An der Skepsis ändert dies nichts, aber die Zweifel beziehen sich nicht zuletzt auch auf die Kompetenz der politischen Parteien. ■

⇒ Dr. phil. Michael Vester, geb. 1939 in Berlin, ist Professor i.R. an der Leibniz Universität Hannover und forscht zur politischen Soziologie sozialer Strukturen, Mentalitäten, Milieus und Bewegungen.

⇒ Christel Teiwes-Kügler, geb. 1955, ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin und Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Duisburg-Essen, Institut für Berufs- und Weiterbildung und forscht zur typenbildenden Habitus- und Milieuanalyse.

Literatur

- Baethge, M./Denkinger, J./Kadritzke, U. (1995), Das Führungskräfte-Dilemma, Frankfurt/M./New York.
- Beerhorst, J./Berger, J.-J. (Hg.) (2003), Die IG Metall auf dem Weg in die Mitte?, Hamburg.
- Blauner, R. (1964), Alienation and Freedom, Chicago/London.
- Bourdieu, P. (1982), Die feinen Unterschiede, Frankfurt/M.
- Durkheim, É. (1988 [1893/1902]), Über soziale Arbeitsteilung, Frankfurt/M.: Suhrkamp
- Grusky, D.B./Soerensen, J.B. (2001), Are There Big Social Classes?, in: D. B. Grusky (Hg.): Social Stratification. 2. Aufl., Boulder/Col., S. 183-194.
- Huber, B. (2003), »Gewerkschaftspolitische Schlussfolgerungen aus der Differenzierung der Arbeitnehmerschaft«, in: J. Beerhorst/J.-J. Berger, a.a.O., S.128-134.
- Kern, H./Schumann, M. (1984), Das Ende der Arbeitsteilung?, München.
- Kotthoff, H. (1998), Führungskräfte im Wandel der Firmenkulturen, 2. Aufl., Berlin.
- Mallet, S. (1972), Die neue Arbeiterklasse, Neuwied/Berlin.
- Oesch, D. (2006), Redrawing the Class Map, Basingstoke.
- Vester, M./v. Oertzen, P./Geiling, H./Hermann, Th./Müller, D. (2001), Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel, Frankfurt/M.
- Vester, Michael/Teiwes-Kügler, Christel/Lange-Vester, Andrea [i.E.], »Und diese Mitbestimmung fehlt mir total...«. Mentalitäten und interessenpolitische Haltungen junger Arbeitnehmermilieus im Wandel. In: Huber, B./Wetzel, D. (Hg.): Junge Generation. Studien und Befunde zur Lebenslage und den Perspektiven der bis 35-Jährigen. Marburg.
- Vester, Michael/Gardemin, Daniel/Groh-Samberg, Olaf 2009: Zwischenergebnisse der Berufsfeldanalyse nach Oesch auf der Grundlage des Sozioökonomischen Panels (SOEP) 1990-2007, Hannover [Forschungsbericht].
- Vester, M./Teiwes-Kügler, Chr./Lange-Vester, A. (2007), Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen - wachsende Unsicherheit, m. e. Vorw. v. Berthold Huber, Hamburg.
- Vester, M. (2010), »Orange«, »Pyramide« oder »Eieruhr«? Der Gestaltwandel der Berufsgliederung seit 1990, in: P. A. Berger/N. Burzan (Hg.), Dynamiken in der gesellschaftlichen Mitte, Wiesbaden, i. E.]
- Forschungsprojekt »Junge Arbeitnehmermilieus«: www.boeckler.de/show_project_fofoe.html?projectfile=5-2008-180-3.xml

PapyRossa Verlag



Georg Fülberth:
Kapitalismus

Basiswissen
Politik · Geschichte · Ökonomie

Pocketformat; 118 Seiten
978-3-89438-429-6
9,90 Euro

Um zu verstehen, was den Kapitalismus ausmacht, liefert diese kompakte Einführung im ersten Teil die notwendigen theoretischen Grundlagen. Der Geschichte dieser Wirtschaftsweisen gilt der zweite Teil, der vom Handelskapitalismus der frühen Neuzeit bis zum Neoliberalismus und zur Krise der Gegenwart reicht.



Georg Fülberth:
Sozialismus

Basiswissen
Politik · Geschichte · Ökonomie

Pocketformat; 111 Seiten
978-3-89438-430-2
EUR 9,90

Nach einer Klärung dessen, was Sozialismus sei, informiert dieser Leitfaden kurz, aber dennoch präzise über die Grundzüge der Geschichte der sozialistischen Bewegungen, des staatlich verfassten Sozialismus seit 1917 und von Vergesellschaftungstendenzen im Kapitalismus selbst. Abschließend geht es um die Zukunft des Sozialismus.

Tel.: (02 21) 44 85 45 | mail@papyrossa.de
www.papyrossa.de

Arbeit in der Krise. Oder von der Notwendigkeit, Alternativen zu diskutieren¹

von Alexandra Scheele

Als im Herbst 2008 deutlich wurde, dass sich die Immobilienkrise in den USA zu einer globalen Krise nicht nur für die Finanzwirtschaft sondern auch für die Realwirtschaft ausgeweitet hat und die ersten Unternehmen massive Absatzschwierigkeiten und Produktionsrückgänge beklagten, war die Angst vor einem massiven Anstieg der Erwerbslosigkeit groß. Die damalige große Koalition weitete nicht nur im Eilverfahren die Bezugsdauer für Kurzarbeit aus, sondern zielte mit dem ersten und zweiten Konjunkturprogramm auf eine Förderung der besonders betroffenen Wirtschaftssektoren, um dort Umsatzeinbrüche und Entlassungen zu verhindern. Dieser Kurs wurde auch von der schwarz-gelben Koalition weitergeführt.

Etwa 18 Monate später gibt es ein leichtes Aufatmen, da die Erwerbslosigkeit weder im Krisenjahr 2009 so stark gestiegen ist, wie ursprünglich befürchtet wurde und die Arbeitsagentur für den Monat Mai sogar überraschend einen weiteren, offensichtlich nicht nur saisonal begründeten Rückgang der Arbeitslosenzahlen verkündet hat. Sind wir also noch mal davongekommen?

In Anbetracht der Folgen der Krise auf die Haushaltsverschuldung Deutschlands und die beschlossenen Finanzierungsprogramme für andere verschuldete europäische Staaten empfiehlt es sich zur Vorsicht. Schließlich ist noch nicht abzusehen, welche Folgen eine Inflation oder auch das angekündigte Sparprogramm für den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung haben werden. So wurde insbesondere aus geschlechterpolitischer Sicht bereits viel-

fach darauf hingewiesen, dass sich die Krise vor allem über die sogenannten Zweitrundeneffekte, also durch Nachfragerückgang und Einsparungen im öffentlichen Haushalt, negativ auf Frauen und ihre Arbeitsmarktsituation auswirken wird.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die Frage nach Alternativen zum derzeitigen System neue Aktualität. Im Folgenden soll deshalb das Augenmerk auf eine zentrale Säule – Erwerbsarbeit – des Systems gelegt werden und unter Rückgriff auf die feministische Debatte diskutiert werden, welche Möglichkeiten und Grenzen mit einer Umverteilung von Erwerbsarbeit verbunden sind.

Bedeutung und Wandel von Erwerbsarbeit

Erwerbsarbeit hat eine zentrale Bedeutung für die soziale Integration der Individuen. Die mit der Erwerbsarbeit verbundene Teilhabe an gesellschaftlichen Austauschprozessen ist der Schlüssel zu den sozialen Bürgerrechten (vgl. Marshall 1992, 40) und stellt vielfach auch die Eintrittskarte für das politische und zivilgesellschaftliche Engagement dar. Sie ermöglicht ein mehr oder minder ausreichendes Einkommen und damit zumindest theoretisch die Möglichkeit ökonomischer Unabhängigkeit. In ihrer idealtypischen Ausformung als Normalarbeitsverhältnis bildet sie außerdem die Basis für wohlfahrtsstaatliche Leistungen und ermöglicht hierüber – zumindest temporär – eine soziale Absicherung über das konkrete Arbeitsverhältnis hinaus. Im Rahmen der gegenwärtig stark diskutierten Prekarisierungsthese wird ebenfalls – gewissermaßen ex negativo – diese „durch nichts zu ersetzende Integrationsfunktion und damit auch die Zentralität von Erwerbsarbeit“

¹ Es handelt sich bei diesem Text um eine gekürzte und überarbeitete Version von Scheele 2009



Foto: www.photocase.de, © kallejpp

(Castel/Dörre 2009, 15) betont. Zwar werden in dieser Debatte die (Des-)Integrationspotenziale von Erwerbsarbeit nicht mehr zwingend am Normalarbeitsverhältnis gemessen, sondern durchaus berücksichtigt, dass auch flexible Beschäftigungsformen, Teilzeitarbeit oder selbständige Tätigkeiten zu einer arbeitsweltlichen und gesellschaftlichen Einbindung führen können (vgl. Dörre 2009, 49f.); die Arbeitsgesellschaft als solche wird aber in diesem Diskurs nicht in Frage gestellt.

Ökonomische Unabhängigkeit und Emanzipation: Der feministische Diskurs um Arbeit

Bereits in der ersten Frauenbewegung waren „Arbeit“, der Ausschluss von Frauen aus dem Erwerbssystem und die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zentrale Themen der Auseinandersetzung zwischen einzelnen Frauenrechtlerinnen und den verschiedenen Bewegungsflügeln. Während die proletarische Frauenbewegung für eine Verbesserung der

Arbeitsbedingungen, ein höheres Entgelt und die arbeitsrechtliche Gleichstellung von erwerbstätigen Frauen kämpfte, ging es vielen Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung darum, überhaupt berufstätig sein zu können. Sie begriffen die ökonomische Unabhängigkeit von Frauen als eine zentrale Voraussetzung für die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die jedoch noch mit weiteren Forderungen verbunden werden musste: So schrieb Clara Zetkin 1889:

„Die Frau, die sich gesellschaftlich-produktiv dem Manne ebenbürtig erweist, die sich ökonomisch ganz auf eigene Füße stellen kann, muss auch politisch und rechtlich demselben gleichgestellt werden“ (Zetkin 1889, zit. n. Kurz-Scherf u.a. 2006, 51).

Allerdings wurde das eigenständige, oftmals jedoch geringe Einkommen – schließlich wurden viele Frauen in den Fabriken als billige

Arbeitskräfte eingesetzt – schon damals nur als eine Dimension von Berufstätigkeit betrachtet. Eine nicht minder wichtige Dimension waren die durch Erwerbsarbeit erfahrbare Anerkennung und die Möglichkeit zur Selbstentfaltung insbesondere in qualifizierten Berufen. Hedwig Dohm, die als „Grenzgängerin“ (Kurz-Scherf et al.) zwischen beiden Flügeln gilt, kritisierte 1874 die Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern, da diese zwei Grundprinzipien folge:

„die geistige Arbeit und die einträgliche Arbeit für die Männer, die mechanische und die schlecht bezahlte Arbeit für die Frauen...Der maßgebende Gesichtspunkt bei der Frauenarbeitsfrage ist nicht das Recht der Frauen, sondern der Vorteil der Männer“ (Dohm 1874, zit. n. Kurz-Scherf u.a. 2006, 47).

Da den Frauen damit ein menschliches Anrecht, das Recht auf Existenz geraubt werde, sei die „Freiheit in der Berufswahl die unerlässlichste Bedingung für individuelles Glück“ (Dohm 1874, zit. n. Kurz-Scherf u.a. 2006, 47).

In der sog. zweiten Frauenbewegung in Deutschland wurde das Thema „Arbeit“ wieder aufgegriffen und zählte, so Ilse Lenz (2008, 147), gemeinsam mit „Sexualität“ und „Beziehungen“ zu den Schlüsselthemen der Neuen Frauenbewegungen nach 1970. Lenz betont, dass die drei Themen eng miteinander verwoben waren: „Und wie in einem Dreiklang schlangen die anderen Themen immer mit, wenn eines hervorgehoben wurde. So fragten sich Frauen, was die Lohnarbeit mit ihrer Familien- und Beziehungsarbeit zu tun hat. Eigene Erwerbstätigkeit hieß für Frauen umgekehrt eine freiere Wahl über ihre Beziehungen und Sexualität: Denn sie mussten dann nicht heiraten, um ‚versorgt‘ zu sein“ (ebd.).

Die Debatte über Erwerbsarbeit wurde von der Frage bestimmt, wie die „wirtschaftliche

Abhängigkeit vom Mann behoben“ (Sander 1968, zit. n. Lenz 2008, 58) werden, und führte zu der Auseinandersetzung darüber, ob und wie sich Gleichheit zwischen Frauen und Männern in der Erwerbsarbeit herstellen ließe. Das Streben nach Unabhängigkeit ging dabei vielfach mit der Auffassung einher, dass erst die Teilhabe an Erwerbsarbeit Emanzipation ermögliche. Diese Vorstellung von Berufstätigkeit als Chance und Mittel der Emanzipation von Frauen war jedoch nicht unumstritten, da die soziale Realität von Frauenarbeit von der blanken Notwendigkeit der Existenzsicherung und den vielfältigen Erfahrungen von Ausbeutung, Fremdbestimmung und geschlechtsspezifischer Diskriminierung charakterisiert war (und auch heute noch ist).

In diesem Sinne formulierte die österreichische Psychologin Jutta Menschik im Jahr 1971 fünf Thesen zum Zusammenhang von Arbeit und Emanzipation. In diesen kritisierte sie u.a., dass Frauen in der damaligen Bundesrepublik überwiegend von qualifizierten Positionen ausgeschlossen waren und ihnen (wie auch Männern) über die Arbeitsplätze in den unteren Ebenen nur ein Objektstatus zugeteilt worden sei, so dass sie sich nicht als Frauen emanzipieren könnten. Des Weiteren sah sie zwar die Subjektwerdung der Frau nur in dem Prozess der wirtschaftlichen und sozialen Unabhängigkeit als möglich an, für die wiederum Erwerbsarbeit die Voraussetzung sei. Dennoch sei Erwerbsarbeit nur ein notwendiger Schritt auf dem Wege der Emanzipation von Frauen – und nicht mehr, da die Strukturmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft bestehen blieben (vgl. Menschik 2006).

Darüber hinaus analysierte und diskutierte die Frauenbewegung grundsätzlicher den Zusammenhang von Lohnarbeit, unbezahlter Versorgungsarbeit und Geschlecht „in der Tiefenstruktur der modernen Gesellschaft“ (Lenz 2008, 147). Teil dieser Auseinandersetzung war nicht nur die internationale Kampagne

„Lohn für Hausarbeit“, mit der auf die unsichtbare Voraussetzung der kapitalistischen Produktion – die unbezahlte Hausarbeit von Frauen – hingewiesen wurde, die ebenfalls in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einfließen und bezahlt werden müsse. Es ging auch um die grundsätzliche Frage, was überhaupt Arbeit bedeute. Die feministische Kritik richtete sich dabei von Anfang an gegen die kapitalistische Formbestimmtheit von Arbeit und machte deutlich, dass auch andere Tätigkeiten, die gemeinhin eben nicht als „Arbeit“ bezeichnet wurden, gesellschaftlich notwendig und wichtig sind: nicht nur Hausarbeit, sondern auch die Versorgungsarbeit – der Bereich, der heutzutage meistens mit dem englischen Begriff *care* umschrieben wird – und weitere nicht erwerbsförmig organisierte Tätigkeiten z.B. im Bereich der nachbarschaftlichen Hilfe und des bürgerschaftlichen Engagements.

An anderer Stelle (vgl. Scheele 2008) habe ich diese verschiedenen Schwerpunkte in der feministischen Auseinandersetzung mit „Arbeit“ (in erster Linie Erwerbsarbeit) in fünf Dimensionen unterschieden und argumentiert, dass es sich dabei – wie die Auseinandersetzungen innerhalb der Frauenbewegungen zeigen – um politische und politisierbare Dimensionen handelt. Zusammenfassend lassen sie sich folgendermaßen beschreiben:

- **Erstens** ist Arbeit den in modernen Gesellschaften wirksamen (vergeschlechtlichten) Macht- und Herrschaftsverhältnissen unterworfen und zugleich werden im Medium Arbeit selbst Macht und Herrschaft vollzogen, z.B. durch die enge Verknüpfung von sozialer Teilhabe mit Erwerbsarbeit und dem Erwerbsstatus.
- **Zweitens** sind in modernen Gesellschaften nicht nur soziale Teilhabe, gesellschaftliche Anerkennung und ökonomische Existenzsicherung überwiegend an Erwerbsarbeit gekoppelt, sondern

dieser kann auch ein emanzipatorisches Potential zugeschrieben werden – in der Form, dass der/die Einzelne sich (als Person) weiterentwickeln kann, wenn er/sie in Arbeitszusammenhängen mit anderen in Austausch tritt.

- **Drittens** spiegelt die erwerbsförmig organisierte Arbeit nur einen Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit wider. Mit der Erwerbstätigkeit von Frauen und dem Infragestellen der geschlechtsschreibenden Arbeitsteilung werden der Zusammenhang und die Interdependenz zwischen bezahlter und unbezahlter Arbeit bzw. von Erwerbsarbeit und anderen Lebensbereichen deutlich sichtbar.
- Damit rücken **viertens** jene Bereiche ins öffentliche Bewusstsein, die bislang als „verheimlichte“ Voraussetzung übersehen oder – als „Liebe“ (Bock/Duden 1977) interpretiert – jenseits von Öffentlichkeit, Wirtschaft oder Politik verhandelt wurden. Diese Bereiche jenseits von Erwerbsarbeit verweisen auf die wechselseitige Abhängigkeit der Menschen voneinander. Ihre Thematisierung führt zu der Frage, ob die Zukunft von Arbeit nicht viel stärker entlang von Bedürfnissen diskutiert werden müsste.
- Damit müssen **fünftens** der Wert und die Bewertung von Arbeit einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.

Diese fünf Dimensionen lassen sich in konkrete Vorschläge zur Neuverteilung, Neugestaltung und Neubewertung von Erwerbsarbeit übersetzen.

Neuverteilung von Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung

Die Neuverteilung von Arbeit bezieht sich dabei vor allen Dingen auf bezahlte und unbezahlte Arbeit und zielt darauf, die geschlecht-

terzuschreibende Arbeitsteilung abzubauen und die mit Erwerbsarbeit verbundene Anerkennung sowie die an Erwerbsarbeit gekoppelten Einkommens- und Teilhabemöglichkeiten und Emanzipationspotenziale zwischen Männern und Frauen, aber auch zwischen Erwerbstätigen und Erwerbslosen gerechter zu verteilen. Um diese Ziele zu erreichen, wird in der feministischen Auseinandersetzung überwiegend eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung gefordert. In diesem Sinne schlägt z.B. Nancy Fraser (1996) vor, dass ArbeitnehmerInnen, die Betreuungsaufgaben zu erfüllen haben, Zugang zu allen Arbeitsplätzen bekommen sollen, und dass diese mit einer kürzeren Wochenarbeitszeit verbunden werden müssen (vgl. Fraser 1996, 492). Dieses „Modell der universellen Betreuungsarbeit“ soll einerseits dafür sorgen, dass Frauen die gleichen Beschäftigungschancen haben, und andererseits ermöglichen, dass „Frauen und Männer in gleicher Weise am zivilgesellschaftlichen Leben teilnehmen“ (ebd., 493).

Bei der Forderung nach Arbeitszeitverkürzung handelt es sich um eine realistische Forderung. Realistisch in dem Sinne, dass in diesem Modell Erwerbsarbeit und bislang überwiegend privat geleistete Versorgungs-, Betreuungs- und Hausarbeit ebenso wie zivilgesellschaftliche Tätigkeiten und Eigenarbeit in ihrer Struktur kaum angetastet werden und voneinander getrennt bleiben. Für dieses Modell spricht, dass es die derzeit mit dem Erwerbsstatus verknüpften gesellschaftlichen Integrationsmodi zum Ausgangspunkt nimmt und das Ziel verfolgt, jedem und jeder einen vollen BürgerInnen-Status zu geben, ökonomisch eine eigenständige Existenz zu ermöglichen sowie ein hohes Maß an wohlfahrtsstaatlicher Absicherung zu gewähren. Über eine generelle Arbeitszeitverkürzung, z.B. in Richtung 6-Stunden-Tag (vgl. Kurz-Scherf/Breil 1987) bzw. eine Vollbeschäftigung neuen Typs mit einer Wochenarbeitszeit von 30 Stunden (vgl. Spitzley 2001), könnte zudem die Umverteilung von bezahlter und unbezahlter

Arbeit zwischen den Geschlechtern realisiert werden. Darüber hinaus würde eine verkürzte Arbeitszeit dazu beitragen, dass Erwerbsarbeit nicht mehr die dominante Rolle im individuellen Alltag hat, sondern gleichzeitig andere Tätigkeiten aufgewertet werden und mehr Freiräume für alternatives Wirtschaften und Leben entstehen könnten. Fraser fasst dies folgendermaßen zusammen:

„Es kommt darauf an, sich soziale Bürgerrechte für die Erwachsenen vorzustellen, die Erwerbsarbeit, Betreuungsarbeit, Aktivitäten für die Gemeinschaft, Mitwirkung am politischen Leben und Engagement in der Zivilgesellschaft miteinander verbinden – und noch Zeit für vergnügliche Dinge ermöglichen“ (Fraser 1996, 493).

Nicht zu vergessen sind außerdem die mit diesem Modell potentiell verbundenen positiven Beschäftigungseffekte, falls die kürzeren Arbeitszeiten nicht mit Arbeitsverdichtung ausgeglichen werden.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, aber auch vor den seit längerem zu beobachtenden Prekarisierungsprozessen müssen jedoch auch diese Forderungen nach einer Neuverteilung von Arbeit in mehrfacher Hinsicht überprüft werden.

Zum einen stellt sich auf der praktisch-politischen Ebene derzeit besonders aktuell die Frage, wer das Thema Arbeitszeitverkürzung und die Forderung nach qualitativ guter Arbeit auf die politische Agenda bringt bzw. bringen kann und sich um ihre Durchsetzung kümmert. Schließlich stagniert der Kampf um eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit schon seit Jahren, während gleichzeitig die effektiven Arbeitszeiten vieler Beschäftigter wieder länger werden, z.B. durch Überstunden oder auch im Zuge einer Entgrenzung von Arbeitszeit. Zugleich gibt es aber auch einen Trend in Richtung Aufsplittung von Voll-

Foto: www.fotolia.com, © Iosif Szasz-Fabian



zeitarbeit in Teilzeitarbeit und Mini-Jobs und insbesondere bei weiblichen sowie geringer qualifizierten Beschäftigten sinken die wöchentlichen Arbeitszeiten, was mit geringeren Verdienstmöglichkeiten verbunden ist. Während also einerseits für viele Beschäftigte das „Arbeiten ohne Ende“ zur Realität geworden ist, haben andererseits viele nur noch prekäre Beschäftigung- und Verdienstperspektiven.

Zum anderen ist auf einer gesellschaftstheoretischen Ebene zu überlegen, ob nicht über den Status quo hinaus gedacht werden müsste, da kürzere Arbeitszeiten – so wichtig sie für die Herstellung von Geschlechtergleichheit sind – die grundsätzlichen Probleme der kapitalistischen Ökonomie und der in ihr verorteten Arbeit nicht berührt, geschweige denn löst. Zugespitzt formuliert: Die Produktion von Automobilen wird auch dann nicht sinnvoller, wenn die dort Beschäftigten es nur noch sechs Stunden täglich tun. Darüber hinaus gewinnt man vor dem Hintergrund der staatlichen Subventionen für eini-

ge Unternehmen sowie den beschlossenen Konjunkturprogrammen den Eindruck, als solle in einigen Branchen um des Produzierens willen produziert werden, und um die Menschen – egal um welchen Preis – in Erwerbsarbeit zu halten. Wenn jedoch mit der Förderung von Erwerbsarbeit nicht mehr ein Bedarf gedeckt wird (der durchaus da ist, wenn man den Bereich von Pflege oder Erziehung ansieht), sondern es nur noch darum geht, eine zentrale Säule des Wohlfahrtsstaates zu stabilisieren und die Integration der Gesellschaftsmitglieder zu sichern, stellt sich grundsätzlicher die Frage, ob überhaupt an dem Selbstverständnis als

„Arbeitsgesellschaft“, in der die Teilhabe an Erwerbsarbeit das zentrale Kriterium für Ein- und Ausschlussprozesse darstellt, festgehalten werden sollte.

Die feministische Herausforderung bestünde dann darin, die Diskussion um eine Neugestaltung der Gesellschaft zunächst anhand des Problems zu diskutieren, ob soziale Kohäsion und gesellschaftliche Integration jenseits von Erwerbsarbeit möglich ist und wie dies aussehen könnte. In diesem Kontext werden immer wieder Vorschläge für ein bedingungsloses Grundeinkommen und ein für alle zugängliches Angebot an Bildung diskutiert (vgl. z.B. Dölling 2008). Da die kapitalistische Ökonomie – so Kurz-Scherf (2009, 38) – „nur Bedürfnisse [berücksichtigt], die sich warenförmig und durch quantitative Steigerung, also durch Wachstum, befriedigen lassen“, hingegen Bedürfnisentwicklung und -befriedigung jenseits von Konsum oder die Entwicklung von Potenzialen der/des Einzelnen keine Rolle spielen müssten jedoch noch grundsätzlichere

Fragen diskutiert werden: Was kann Kapitalismus als Wirtschaftssystem? Was kann Kapitalismus als Gesellschaftssystem? Kann es so etwas wie einen modernisierten Kapitalismus geben? Gibt es spezifisch feministische Ideen? Mit diesen Fragen lässt sich an die autonome Frauenbewegung anknüpfen, die – wie bereits kurz skizziert – ihre Kritik an der Organisation und Verteilung von Arbeit mit einer grundsätzlicheren Kapitalismuskritik verbunden hat. Auch wenn es nicht leicht sein wird, Antworten auf diese Fragen zu finden, so steht sicherlich fest, dass es darum gehen muss, die an quantitativen Produktivitätskriterien orientierte Wachstumsideologie und die Verkürzung von Erwerbsarbeit auf industrielle bzw. technische Bereiche zu überwinden und jene Bereiche, die die elementaren menschlichen Bedürfnisse befriedigen, aufzuwerten. ■

☞ Dr. phil. Alexandra Scheele ist Politologin und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl „Soziologie der Geschlechterverhältnisse“ an der Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Arbeits- und Sozialpolitik, Geschlechterforschung und politische Ökonomie.

Literatur:

- Arendt, Hannah, 1996: *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München, Zürich.
- Bock, Gisela/Duden, Barbara, 1977: *Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit. Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus*. In: *Frauen und Wissenschaft. Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen*, Juli 1976. Berlin, 118-199.
- Castel, Robert, 2000: *Die Metamorphosen der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz.
- Castel, Robert/Dörre, Klaus, 2009: Einleitung. In: dies. (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/M., New York, 11-20.
- Dohm, Hedwig, 2006 [1874]: *Geschlechtsspezifische Arbeitsteilung*. In: Kurz-Scherf, Ingrid/ Dzewas, Imke/Lieb, Anja/Reusch, Marie (Hg.): *Reader Feministische Politik&Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart*. Königstein/Ts., 46-48.
- Dölling, Irene, 2009: *Transformationen. Nach dem Ende der ‚arbeiterlichen Gesellschaft‘ das Ende der Arbeitsgesellschaft? Vortrag auf dem wissenschaftlichen Colloquium „Arbeit und Geschlecht“ anlässlich des 60. Geburtstags von Hildegard Maria Nickel am 12. Dezember 2008 in der Humboldt-Universität zu Berlin*. Kulturation. Online Journal für Kultur, Wissenschaft und Politik. Nr. 12. 32. Jg. Heft 1. http://www.kulturation.de/ki_1_text.php?id=45 (Download: 26.06.09).
- Dörre, Klaus, 2009: *Prekarität im Finanzmarkt-Kapitalismus*. In: Castel, Robert/Dörre, Klaus (Hg.): *Prekarität, Abstieg, Ausgrenzung. Die soziale Frage am Beginn des 21. Jahrhunderts*. Frankfurt/M., New York, 3564.
- Fraser, Nancy, 1996: *Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment*. In: Nagl-Docekal, Herta/Pauer-Studer, Herlinde (Hg.): *Politische Theorie. Differenz und Lebensqualität*. Frankfurt/M., 469498.
- Kurz-Scherf, Ingrid, 2009: *Monopoly-Kapitalismus Reservat der Männlichkeit*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*. 54. Jg. Heft 5, 3646.
- Kurz-Scherf, Ingrid, 2004: *Hauptsache Arbeit ? Blockierte Perspektiven im Wandel von Arbeit und Geschlecht*. In: Baatz, Dagmar/Rudolph, Clarissa/Satilmis, Ayla (Hg.): *Hauptsache Arbeit? Feministische Perspektiven auf den Wandel von Arbeit*. Münster, 2446.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Dzewas, Imke/Lieb, Anja/Reusch Marie (Hg.), 2006: *Reader Feministische Politik&Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart*. Königstein/Ts.
- Kurz-Scherf, Ingrid/Breil, Gisela (Hg.), 1987: *Wem gehört die Zeit? Ein Lesebuch zum 6-Stunden-Tag*. Hamburg.
- Lenz, Inge (Hg.), 2008: *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*. Wiesbaden.
- Marshall, Thomas H., 1992: *Bürgerrechte und soziale Klassen. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates*. Frankfurt/M., New York.
- Menschik, Jutta, 2006: *Erwerbstätigkeit und Emanzipation*. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Dzewas, Imke/Lieb, Anja/Reusch Marie (Hg.), 2006: *Reader Feministische Politik&Wissenschaft. Positionen, Perspektiven, Anregungen aus Geschichte und Gegenwart*. Königstein/Ts., 117118.
- Ostner, Ilona, 2000: *Emanzipation durch Arbeit? Ariadne Forum für Frauen- und Geschlechtergeschichte*. 16. Jg. Heft 37/38, 7276.
- Sander, Helke, 1968: *1.versuch. die richtigen fragen zu finden. (Februar 1968)*. In: Lenz, Inge (Hg.), 2008: *Die Neue Frauenbewegung in Deutschland. Abschied vom kleinen Unterschied. Eine Quellensammlung*. Wiesbaden, 5559.
- Scheele, Alexandra, 2009: *Jenseits von Erwerbsarbeit? Ein erneuter Versuch, die richtigen Fragen zu stellen*. In: Kurz-Scherf, Ingrid/Lepperhoff, Julia/Scheele, Alexandra (Hg.): *Feminismus: Kritik und Intervention*. Münster: Westfälisches Dampfboot 2009, S. 180-196
- Scheele, 2008: *Arbeit als politisches Feld. Politikwissenschaftliche Perspektiven für die feministische Arbeitsforschung*. Münster.
- Spitzley, Helmut, 2001: *Arbeitslos und außer Atem? Gesellschaftliche Bedingungen und Perspektiven der Neuverteilung von Arbeit*. In: Steinrück, Margareta/Spitzley, Helmut/Raasch, Sibylle/Mückenberger, Ulrich/Hildebrandt, Eckart (Hg.): *Neue Zeiten neue Gewerkschaften. Auf der Suche nach einer neuen Zeitpolitik*. Berlin, 5271.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

284 Gewerkschaftsmacht. In der Krise

W.F.HAUG: Gewerkschaften im Hightech-Kapitalismus vor der Hegemoniefrage

M.CANDEIAS & B.RÖTTGER: Ausgebremste Erneuerung? Gewerkschafts-politische Perspektiven

C.SCHMALSTIEG: Organisierung Prekärer in den USA

R.BERGER & M.MEYER: Im Jahr eins nach Lehman: From bad to worse?

J.GAINES: Filmgeschichte als Kritik feministischer Filmtheorie

G.BAUER: Literarische Erkenntnishilfen. Beobachtungen an der Wissenschaftsprosa des Autors Karl Marx

M.NAUMANN: Lehrjahre in Leipzig

H.BEHREND: Meine Abwicklung an der Humboldt-Universität

283 Klimapolitik • Krisenantworten 1929/30

L.LOHMANN: Kohlenstoffmärkte und Finanzmärkte

U.RÖHR: Geschlechtergerechtigkeit in der Klimapolitik

M.BOYER: Saatgut, Klimawandel und bäuerlicher Widerstand

Krisenantworten 1929/30: New Deal vs. Faschismus

B.RÖTTGER: Krisen des Kapitalismus – historische Perspektiven

J.ROESLER: Great Depression, New Deal und Mixed Economy

K.PRIESTER: Der italienische Faschismus im Spannungsfeld zwischen Reaktion und Moderne

M.FRANZBACH: Die Legion Condor - eine deutsche Militärtradition

Debatte: Bestrafte Armut (3)

E.RIEDMANN: Die Regulierung der Armen im Neoliberalismus

M.VALVERDE: Nietzscheaner vs. Theoretiker

Einzelheft 12 €; Jahresabo (6 Hefte) 59 €, ermäßigt 45 € (jew. zzgl. Versand)

ARGUMENT-Versand
Reichenberger Str. 150 · 10999 Berlin
Tel: +49-(0)30-611-3983
Fax: +49-(0)30-611-4270
E-Mail: versand.argument@t-online.de

Redaktion DAS ARGUMENT
c/o Elske Bechthold
Kanalweg 60 · 76149 Karlsruhe
Tel: +49-(0)721-7501-438, Fax: -439
E-Mail: argument@inkrit.org

Entstehung psychischer Erkrankungen in der Arbeitswelt

von Thomas Bär

Zusammenfassung

Jährlich erkrankt knapp ein Drittel der deutschen Bevölkerung an einer psychischen Störung. Die Zahl der Krankschreibungen hat in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen. Arbeitnehmer sind gehäuft im Dienstleistungssektor aufgrund von psychischen Erkrankungen arbeitsunfähig, insbesondere im Gesundheits- und Sozialwesen, im Erziehungs- und Unterrichtswesen oder in der Telekommunikation. Dies kann als Ausdruck des Wandels der modernen Arbeitswelt interpretiert werden. Der Dienstleistungssektor gewinnt immer mehr an Bedeutung, was in der Arbeitswelt zu einer Zunahme der psychomentalen Belastungen und einer Abnahme der körperlichen Belastungen führt.

In dem folgenden Artikel wird zunächst eine Übersicht über die Bedeutung psychischer Erkrankungen bei betrieblichen Fehltagen gegeben. Im Anschluss werden zunächst der theoretische Hintergrund der Entstehung psychischer Erkrankungen und anschließend die diesbezüglichen Risiken der Arbeitswelt skizziert. Hieraus leiten sich Ansatzpunkte für präventive Maßnahmen oder für die humanere Gestaltung der Arbeitsprozesse ab.

Zunahme Psychischer Erkrankungen bei betrieblichen Fehltagen

Eine Übersichtsstudie der Bundespsychotherapeutenkammer (BPTK) ergab, dass bei Fehltagen der Anteil psychischer Erkrankungen in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen hat¹. Die Gesundheitsberichte der Krankenkassen beschreiben dabei einen seit den 1980er Jahren bekannten Trend. Seit

1990 haben sich diese Krankschreibungen sogar fast verdoppelt. So gingen im Jahr 2008 knapp elf Prozent aller Fehltagen auf psychische Erkrankungen zurück. Psychische Erkrankungen sind vor allem aufgrund der Länge der Krankschreibung von Relevanz (durchschnittlich ca. drei bis sechs Wochen im Vergleich zu sechs bis sieben Tagen bei Erkrankungen des Atmungs- oder Verdauungssystems).

Einige Fakten sprechen dafür, dass die Bedeutung psychischer Erkrankungen bei den AU-Daten eher noch unterschätzt wird. So werden nur die Erkrankungen berücksichtigt, die zu einer Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit führen. Auch das häufig diskutierte Phänomen des Präsentismus (d. h. Erscheinen auf der Arbeit trotz Krankheit) kann in diese Richtung interpretiert werden. Darüber hinaus existiert ein substanzieller Anteil „unspezifischer Diagnosen“, die bei den AU-Statistiken nicht zu den psychischen Erkrankungen gezählt werden, wie beispielsweise „Burn-out“ oder weitere unter „somatischen Erkrankungen“ kodierte Beschwerden (z. B. Rückenschmerzen), bei denen psychische Anteile in Entstehung und Aufrechterhaltung von zentraler Bedeutung sind.

Seelische Erkrankungen treten gehäuft in Dienstleistungsbranchen auf. Alle Krankenkassen verzeichneten bei den Beschäftigten im Sozial- und Gesundheitswesen, in der Telekommunikation und in öffentlichen Verwaltungen überdurchschnittlich viele Fehltagen aufgrund psychischer Störungen. Eine besonders belastete Berufsgruppe sind Telefonisten, die in etwa doppelt so häufig, aufgrund psychischer Erkrankungen, ausfallen wie der Durchschnitt. Dagegen ist der Anteil der psychischen Erkrankungen am Krankenstand in klassischen Arbeiterberufen, wie beispielsweise in der Land- und Forstwirtschaft oder im

¹ http://www2.bptk.de/uploads/psychische_erkrankungen_im_fokus_der_berichte_der_krankenkassen.pdf



für die psychischen Erkrankungsformen unterschiedlich ausfällt. Einige psychische Erkrankungen, wie Blut-/Spritzenphobien oder sexuelle Funktionsstörungen, treten zwar relativ häufig auf, führen jedoch nur in Ausnahmefällen zu Beeinträchtigungen der Arbeitsfähigkeit. Andere Erkrankungen, wie z. B. Schizophrenien, führen häufig zu starken Beeinträchtigungen der Arbeitsfähigkeit, treten jedoch – zumindest bei erwerbstätigen Personen – vergleichsweise selten auf.

Von besonderer Bedeutung im AU-Wesen sind Depressionen. Diese sind über alle Krankenkassen hinweg die

Baugewerbe, ein Drittel bis um die Hälfte niedriger als im Durchschnitt aller Erwerbstätigen.

Entstehung psychischer Erkrankungen

In einer repräsentativen epidemiologischen Studie, dem Bundesgesundheitsurvey² wird die Jahresprävalenz psychischer Erkrankungen auf 32,1 Prozent der Bevölkerung hochgerechnet. Diese Zahl klingt zunächst recht hoch, erklärt sich jedoch mit Blick auf die Vielfältigkeit der Erscheinungsformen (z. B. Depression, Posttraumatische Störungen, Alkoholabhängigkeit, Magersucht, Zwangserkrankung, Panikstörung, Cannabismissbrauch, Schizophrenie oder sexuelle Funktionsstörungen, um nur einige zu nennen). Die epidemiologische Prävalenz, d. h. die Häufigkeit der Erkrankung in der Allgemeinbevölkerung, ist dabei nicht gleichbedeutend mit der Bedeutung einer Erkrankung im AU-Wesen, da die Einschränkung der Arbeitsfähigkeit

häufigste Form psychischer Erkrankungen bei betrieblichen Fehltagen. Danach folgen Belastungsreaktionen/Anpassungsstörungen, somatoforme Störungen (d. h. psychische Symptome, Befürchtungen oder Schmerzen, für die keine organische Ursache vorliegt) und unspezifisch-neurotische Diagnosen. Die Erhöhung der Fallzahlen psychischer Erkrankungen zeigt sich im AU-Geschehen relativ gleichmäßig bei den meisten Störungsbildern und ist somit nicht auf die Zunahme eines spezifischen Krankheitsbildes im Speziellen zurückzuführen.

Depressionen treten auch in der Allgemeinbevölkerung relativ häufig auf. Das Risiko, einmal im Leben an einer Depression zu erkranken, betrifft in Deutschland, den USA und Europa 16 bis 20 Prozent der Bevölkerung. Pro Jahr sind in Deutschland ca. vier Millionen Menschen bzw. 8,3 Prozent der Bevölkerung betroffen. Depressionen sind neben der Häufigkeit, vor allem aufgrund der langen Krankenschreibungsdauer von Bedeutung bei betrieblichen Fehltagen. Die durchschnittliche

2 Wittchen H.U. & Jacobi F. (2001). Die Versorgungssituation psychischer Störungen in Deutschland. Bundesgesundheitsbl Gesundheitsforsch Gesundheitschutz 44:993-1000.

AU-Dauer einer depressiven Erkrankung ist bei allen Krankenkassen deutlich länger als bei den nächsthäufigen psychischen Erkrankungsformen. Depressiv Erkrankte fallen durchschnittlich 35 bis 50 Tage lang aus. Studien und klinische Erfahrungen bestätigen, dass eine depressive Episode mit deutlichen Funktionseinschränkungen (eingeschränkte Konzentrationsfähigkeit und Flexibilität der Denkprozesse) assoziiert ist, was die Beeinträchtigung der Arbeitsfähigkeit erklärt.

Die gängigen Entstehungsmodelle psychischer Erkrankungen gehen allgemein von einem „biopsychosozialen“ Modell aus. Das heißt, dass die Wechselwirkung aus biologischen, psychischen und sozialen Faktoren von Bedeutung ist. Für die einzelnen psychischen Erkrankungen liegen spezifische Befunde zur jeweiligen Krankheitspathogenese vor, deren Darstellung den Rahmen dieser Ausführungen sprengen würde. Exemplarisch seien an dieser Stelle Depressionen kurz skizziert.

Die Entstehung von Depressionen wird oft durch Stress oder belastende Ereignisse ausgelöst. Solche psychischen Belastungen treten beispielsweise durch körperliche Krankheiten, kritische Lebensereignisse (d. h. bedeutsame Ereignisse, die eine Veränderung der Lebenssituation mit sich bringen) oder andere chronische Belastungen auf, wie z. B. konflikthafte Beziehungskonstellationen, Arbeitsbelastungen oder allgemein schwierige Lebensbedingungen. So weiß man, dass alleinstehende, geschiedene und verwitwete Menschen ein mehr als doppelt so hohes Erkrankungsrisiko wie verheiratete haben. Ebenso ist die Prävalenz in unteren sozialen Schichten in etwa doppelt so hoch wie in hohen sozialen Schichten.

Nicht jeder, der diesen Risikofaktoren ausgesetzt ist, entwickelt eine Depression. Als „moderierende Einflüsse“ spielen u. a. Persönlichkeitszüge, psychodynamisch begründete Konflikte, frühere traumatische Erfahrungen,

Attributionsstile oder soziale Fertigkeiten eine Rolle. Beispielsweise treten Depressionen gehäuft bei Menschen mit hohem Leistungsanspruch und ausgeprägtem Ordnungssinn auf („Typus melancholicus“). „Soziale Ressourcen“, also sozialer Rückhalt oder zufriedenstellende Beziehungen, können das Auftreten von Depressionen unwahrscheinlicher machen. Letztlich geht man davon aus, dass auch eine genetische Vulnerabilität hierbei zumindest bei bestimmten Formen der Depression eine Rolle spielt.

Aus den Ausführungen wird deutlich, wie schwer es ist, Größe und Tragweite des Einflusses der Arbeitsbedingungen auf die Entstehung psychischer Erkrankungen abzuschätzen, da die unterschiedlichen Aspekte natürlich zusammenhängen und sich nicht sauber voneinander trennen lassen. Beispielsweise kann eine Scheidung („kritisches Lebensereignis“) im Vorfeld mit beruflichen Belastungen assoziiert sein.

Aktuell liegen auch keine epidemiologischen Studien vor, die diese Frage weiterführend klären könnten. Allerdings gibt es eine ganze Reihe von Studien, die den Einfluss der genannten Belastungen – auch der Arbeitsbedingungen – auf das gehäufte Auftreten von psychischen Erkrankungen, i. S. v. Depressionen, nachweisen.

Psychologische Belastungen in der Arbeitswelt

Zur Präzisierung des Hintergrunds von psychischen Arbeitsbelastungen haben sich zwei Modelle bewährt, das „Anforderungs-Kontroll-Modell“ und das „Modell beruflicher Gratifikationskrisen“³. Nach dem „Anforderungs-Kontroll-Modell“ aus der Arbeitspsychologie ist „Stress“ bzw. eine hohe psychische Belastung zum einen dann zu erwarten, wenn

3 Siegrist J. (2008). Chronic psychosocial stress at work and risk of depression: evidence from prospective studies. Eur Arch Psychiatry Clin Neurosci 258 Suppl 5, 115–119.

hohe Anforderungen in Verbindung mit geringer Kontrolle über die Arbeitstätigkeiten auftreten. Hohe Anforderungen an Arbeitstätigkeiten zeigen sich beispielsweise in der Komplexität der Aufgaben, dem Ausmaß an Verantwortung, das an die Tätigkeiten gekoppelt ist, oder physischen Beanspruchungen. Die Kontrolle über die Arbeitstätigkeiten bezieht sich vor allem auf den Entscheidungsspielraum bezüglich der Tätigkeiten und Tätigkeitsabläufe, z. B. in der Möglichkeit, Teilaufgaben zu delegieren. Dies kann sowohl subjektiv (durch die Einschätzung der betroffenen Person) als auch objektiv festgestellt werden. Hierbei spielt auch der Zeitdruck, also die Anzahl der Anforderungen in einem bestimmten Zeitintervall, eine Rolle. Sozialer Rückhalt im Arbeitsteam kann sich in diesem Sinne protektiv gegen hohe psychische Belastungen auswirken.

Das „Modell beruflicher Gratifikationskrisen“ postuliert, dass ein Ungleichgewicht zwischen beruflicher Leistung oder „Verausgabung“ und als Gegenwert erhaltener „Belohnung“ zu Stressreaktionen führt. Dabei ist mit „Belohnung“ nicht nur das Gehalt, sondern vor allem auch menschliche Wertschätzung, beruflicher Status, Aufstiegschancen, Arbeitsplatzsicherheit und eine ausbildungsadäquate Beschäftigung gemeint. Die berufliche „Verausgabung“ umfasst neben objektiven Merkmalen (z. B. Häufung von Überstunden) auch subjektive Merkmale, wie beispielsweise überperfektionistische Persönlichkeitszüge. Ausgeprägte Stressreaktionen sind nach diesem Modell dort zu erwarten, wo einer anhaltend hohen Verausgabung keine angemessenen Belohnungen gegenüberstehen, also in Situationen, die für Erwerbstätige durch hohe „Kosten“ bei niedriger „Gratifikation“ gekennzeichnet sind („Gratifikationskrisen“). Im Modell werden drei Bedingungen spezifiziert, unter denen dies mit hoher Wahrscheinlichkeit der Fall ist: erstens bei fehlender Arbeitsplatzalternative (z. B. aufgrund geringer Qualifikation

oder eingeschränkter Mobilität), zweitens bei ungünstigen Arbeitsverträgen, die aus strategischen Gründen über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden und drittens bei Vorliegen eines spezifischen psychischen Bewältigungsmusters angesichts von Leistungssituationen, das durch eine distanzlose, übersteigerte Verausgabungsneigung gekennzeichnet ist. Beispielsweise führt eine hohe persönliche Disposition zu beruflicher „Verausgabung“ bei gleichzeitiger geringer Gratifikation, z. B. durch Gehalt, Wertschätzung, Arbeitsplatzsicherheit oder berufliche Perspektiven, mit erhöhter Wahrscheinlichkeit zur Entwicklung psychischer Erkrankungen.

Beide Modelle ergänzen sich. Der Einfluss der Modelle auf die Entwicklung psychosomatischer Beschwerden konnte in metaanalytischen Studien nachgewiesen werden. Dabei zeigen einige Studien auch einen längsschnittlichen Einfluss der Arbeitsbedingungen, d. h. auf die Entwicklung von depressiven Erkrankungen zu einem späteren Zeitpunkt. In einer von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin geförderten Studie⁴ konnte gezeigt werden, dass eine nach objektiven Kriterien festgestellte höhere Arbeitsintensität (z. B. Zeitdruck, Störungen des Arbeitsablaufs, wenig Möglichkeiten, Aufgaben an andere zu delegieren) mit einem höheren Risiko einer Depression bzw. Depressivität einhergeht. Nicht der objektiv festgestellte Entscheidungsspielraum der Angestellten, sondern die subjektive Wahrnehmung des Entscheidungsspielraums spielte zusätzlich eine Rolle. In ähnlicher Weise ergab eine schwedische Studie⁵ einen Einfluss ungünstiger (objektiv festgestellter) Arbeitsabläufe und mangelnder sozialer Unterstützung

4 Rau R., Morling K. & Rösler U. (2010). Is there a relationship between major depression and both objective assessed and perceived job demand and job control? *Work Stress*, 24, 1-18.

5 Waldenström K., Ahlberg G., Bergman P., Forsell Y., Stoetzer U., Waldenström M. & Lundberg I. (2008). Externally assessed psychosocial work characteristics and diagnoses of anxiety and depression. *Occup Environ Med* 65:90-97.



Foto: www.fotolia.com, © Cheryl Casey

von Kollegen und Vorgesetzten auf die Häufigkeit von Depressionen, der objektive Entscheidungsspielraum einer Person jedoch nicht.

Die erhöhten Krankschreibungen aufgrund psychischer Erkrankungen in den oben aufgeführten Berufssparten lassen sich durchaus in Bezug auf die arbeitspsychologischen Modelle interpretieren. So sind viele Berufe vor allem im Dienstleistungssektor, beispielsweise Angestellte im Gesundheitswesen, Wächter/Aufseher, Kontrolleure oder Telefonisten, vergleichsweise hohen psychischen Beanspruchungen ausgesetzt. Mitarbeiter in Callcentern müssen sich z. B. im Minutentakt mit unzufriedenen Kunden auseinandersetzen. Dabei bestehen oft nur geringe Möglichkeiten der Einflussnahme auf diese Tätigkeitsabläufe. Neben dieser hohen emotionalen Belastung werden von den Mitarbeitern u. a. hohe kommunikative Kompetenzen und Konfliktbewältigungsmöglichkeiten abverlangt, die jedoch bei der Vorbereitung auf den Beruf

nur selten hinreichend trainiert werden. Daraus ergibt sich bei den Betroffenen ein Stress- oder Hilflosigkeitserleben mit den bekannten psychischen Folgen.

Letztlich führt die Veränderung der Arbeitswelt zu einer Veränderung der Arbeitsbedingungen, die die psychischen Belastungen ansteigen lassen. Im Sinne des „Anforderungskontroll-Modells“ hat in den letzten Jahren die zunehmende Flexibilisierung von Produktionsabläufen zu einer Arbeitsintensivierung geführt, die eine erhöhte Flexibilität erfordert. Im Sinne des Modells beruflicher Gratifikationskrisen hat die Zunahme unsicherer Beschäftigungsverhältnisse (v. a. Leih- und Zeitarbeit, befristete Arbeitsverträge) und eine wachsende Arbeitsplatzunsicherheit zu einer Abnahme der Gratifikation durch die Arbeitstätigkeiten geführt. Eine Befragung der Techniker Krankenkasse in ihrem Gesundheitsreport 2009 bestätigt dies zumindest indirekt. In der Zeitarbeitsbranche Berichteten

die Angestellten über Unzufriedenheit mit ihrem Einkommen, der Arbeitsplatzsicherheit und den beruflichen Aufstiegschancen.

Psychische Belastungen durch Arbeitslosigkeit

Mehr noch als berufliche Belastungen führt jedoch der Verlust des Arbeitsplatzes zu psychischen Erkrankungen. Arbeitslose sind drei- bis viermal so häufig aufgrund psychischer Erkrankungen krankgeschrieben wie Erwerbstätige. Gmünder Ersatzkasse und BKK berichten, dass Arbeitslose besonders häufig wegen Alkoholabhängigkeit und Depressionen in Krankenhäusern behandelt werden. Auch die Verordnungen von Antidepressiva sind bei Arbeitslosen um ein Vielfaches im Vergleich zur erwerbstätigen Bevölkerung erhöht. Dies wird durch epidemiologische Studien gestützt. Zahlreiche Studien zeigen mindestens doppelt so häufig psychische Erkrankungen wie bei Erwerbstätigen.

Eine Metaanalyse von 87 längsschnittlichen Studien konnte zeigen, dass die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die Entwicklung psychischer Erkrankungen deutlich stärker ausgeprägt sind als der Effekt, dass psychisch kranke Menschen ihre Arbeit verlieren. Arbeitslosigkeit kann somit als gravierendes Risiko für die psychische Gesundheit angesehen werden⁶.

Etablierte Modelle der Arbeitspsychologie führen den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und der Entstehung psychischer Erkrankungen auf die Deprivation von Grundbedürfnissen, d. h. den Verlust der Zeitstruktur des Tages, Verlust von Sozialkontakten, kollektiven Zielsetzungen, Sozialprestige und allgemeinem Aktivitätsverlust, zurück⁷. Diese Aspekte können auch im Sinne des oben skizzierten Modells zur Entstehung von Depressi-

onen als chronische Belastungen bzw. belastende Lebensumstände gesehen werden. Eine arbeitspsychologische Metaanalyse verweist auf die zusätzliche Bedeutung von „Inkongruenzerleben“ bei Arbeitslosen⁸. Die meisten arbeitslosen Menschen zeigen demnach in ihrem persönlichen Wertesystem ein ähnlich hohes Commitment bezüglich einer Arbeitstätigkeit wie Erwerbstätige. Aus klinisch-psychologischer Forschung ist bekannt, dass solche „Inkongruenzen“, d. h. chronische psychische Konflikte, auf Dauer ein hohes Risiko für die Entwicklung psychischer Erkrankungen darstellen.

Gesundheitspolitische Schlussfolgerungen

Die arbeitspsychologischen Modelle bieten in Kombination mit den empirischen Befunden zunächst einen guten theoretischen Rahmen für die Optimierung der objektiven Arbeitsbedingungen. Die Erkenntnisse zur humanen Arbeitsgestaltung, die bezogen auf die industrielle Massenfertigung erarbeitet wurden und dort meist bei der Gestaltung der Arbeitsprozesse berücksichtigt werden, sind im Dienstleistungssektor bisher nur unzureichend angekommen. Die Arbeitsbedingungen müssen auch bei Dienstleistungen so gestaltet werden, dass Arbeitsstakkato und Überforderung vermieden werden. Ziel ist es außerdem, dass der einzelne mehr Kontrolle über seine Arbeitsabläufe zurückgewinnt. Dies kann einerseits durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe (z. B. mehr Entscheidungsspielraum bei bestimmten Tätigkeitsabläufen, Möglichkeiten zur zeitlichen Einteilung oder Delegation von Teiltätigkeiten) oder andererseits durch Trainings zur Optimierung des subjektiven Kontrollerlebens erfolgen. Bei Letzterem ist zu bedenken, dass viele Menschen bestimmte objektiv mögliche Entlastungsmöglichkeiten nicht nutzen oder sich beispielsweise durch

6 Paul K.I. & Moser K. (2009). Unemployment impairs mental health: Meta-analyses. *J Voc Behav* 74 264-82.

7 Jahoda M. (1982). *Employment and unemployment: A social-psychological analysis*. Cambridge, England: Cambridge University Press.

8 Paul K.I. & Moser K. (2006). Incongruence as an explanation for the negative mental health effects of unemployment: Meta-analytic evidence. *J Occupat Organiz Psychol* 79, 595-621.

perfektionistische oder rigide Grundhaltungen ihren Handlungsspielraum einschränken.

Um anhaltendes Überforderungserleben zu vermeiden, sollten speziell bei Dienstleistungsberufen psychosoziale Fertigkeiten bei der Vorbereitung auf die moderne Arbeitswelt eine höhere Bedeutung erhalten. Unabhängig von der oben beschriebenen speziellen Belastung von Callcentertätigkeiten könnte dies beispielsweise zur Folge haben, dass sich sehr ängstliche Menschen trauen, objektiv vorhandene Möglichkeiten, um sich zu entlasten, zu nutzen.

Gezielte Resilienztrainings, die verstärkt über die allgemeinen Angebote „Entspannung“ oder „Stressbewältigung“ hinausgehen, sollten in diesbezüglichen „Hochrisikobereichen“ angeboten werden. Hierdurch sollte es den Mitarbeitern ermöglicht werden, subjektive Handlungsspielräume zu erweitern oder mehr Distanz zu der beruflichen (Über-)Verausgabung erlangen zu können, wovon letztlich eine Besserung des Wohlbefindens für den Einzelnen und eine Verringerung des Krankenstands zu erwarten ist. Beim Engagement für betriebliche Gesundheitsförderung sind somit auch die Krankenkassen gefordert.

Die zunehmende Unsicherheit der Arbeitsplätze und die zunehmend unsicheren Beschäftigungsverhältnisse erfordern darüber hinaus zumindest einen Ausgleich durch andere Gratifikationen, sei es durch eine Kultur der Wertschätzung, einen speziellen finanziellen Ausgleich oder andere Formen der Anerkennung der beruflichen Leistung. Dies ist vor allem eine Aufgabe für die Arbeitgeber, die hierbei ihrer Verantwortung für die humane Gestaltung der Arbeitsbedingungen gerecht werden sollten.

Der betrieblichen oder kassengeforderten Prävention bzw. Organisationsentwicklung sind jedoch Grenzen gesetzt, weil maßgebliche Risiken für die psychische Gesundheit

der Erwerbstätigen auch außerhalb des beruflichen Bereichs liegen können. Daher kommt es auch darauf an, die Grenzen betrieblicher Gesundheitsförderung zu erkennen und psychisch kranken Menschen einen niedrigschwelligen Zugang zum Gesundheitssystem anzubieten.

Notwendig ist auch, die Kooperation zwischen Krankenkassen und der Agentur für Arbeit auszubauen, um Bezieher von Arbeitslosengeld mehr Optionen zu bieten, ihre psychische Gesundheit zu erhalten bzw. ihnen einen niedrigschwelligen Zugang zum Versorgungssystem zu eröffnen, wenn psychische Erkrankungen akut drohen bzw. eingetreten sind. Die aktuellen Maßnahmen für Arbeitslose sollten aus den o. a. Befunden Konsequenzen ziehen. Notwendig sind neben den üblichen Angeboten (v. a. Bewerbungstrainings) auch psychologische Inhalte, die auf eine Bearbeitung der Zeitstruktur, der Sozialkontakte, Tagesaktivitäten oder Sinnfindung abzielen, vor allem bei Langzeitarbeitslosen. Speziell bei schwer vermittelbaren Langzeitarbeitslosen muss der Anteil von Inhalten, die darauf abzielen, die Menschen zu motivieren, sich bei der Jobsuche noch mehr anzustrengen, individuell justiert werden, da damit implizit das Commitment für eine Erwerbstätigkeit gestärkt wird und sich dadurch die Inkongruenz mit der aktuellen Arbeitslosigkeit mit den bekannten psychischen Folgen verstärkt. ■

☞ Dr. Thomas Bär ist Wissenschaftlicher Referent der Bundespsychologenkammer

Totgesagte leben länger – Über die wechselvolle Karriere des Entfremdungstheorems

von Christina Ujma

Von allen Schlüsselkonzepten der marxistischen Theorie war der Begriff der Entfremdung immer einer von den wenigen, der sich dem sogenannten bürgerlichen Denken gegenüber als anschlussfähig erwiesen hat. Was nicht wirklich verwundert, da Marx diesen aus Hegels *Phänomenologie des Geistes* entlehnte und ihn seiner metaphysischen Dimensionen entkleidet, d.h. versachlicht hat. Aber das ist keine hinreichende Erklärung, denn die Empörung darüber, dass der Kapitalismus Arbeit und ArbeiterInnen zur Sache macht, menschliche Schöpferkraft kalt kalkulierend zum Kostenfaktor werden lässt, also verdinglicht, wie Marx sagen würde, ist seit dem Frühkapitalismus auch immer wieder zum Ärgernis für Menschen geworden, die der industriellen Produktion oder der Linken fern stehen. Denn Industriearbeit, der der Ruf anhaftet, besonders entfremdet zu sein, da hier das Individuum dem Rhythmus der Maschinen untergeordnet ist, eignete sich lange zum Aufreger, zumal im 19. Jahrhundert und frühen 20. Jahrhundert deren Arbeitsbedingungen selbst konservative BürgerInnen das Gruseln lehrten.

Alles Ständische und Stehende verdampft

Marx diagnostiziert aber noch weiterreichende Folgen: Durch kapitalistische Lohnarbeit entfremden sich auch die Arbeit und deren Produkt vom Produzenten, werden ihm äußerlich fremd, was er gerade im Frühwerk, in den *Pariser Manuskripten* etwa, durchaus wortgewaltig kritisiert. Aber bereits der frühe Marx wollte nichts mit denen zu tun haben, die sich, wie etwa William Morris, vor die kapitalistische Moderne zurücksehten. Er sah im Prozess der Industrialisierung vielmehr ein Fortschreiten der Rationalität, das Aufbrechen vorindustrieller Gemeinschaften und Hierarchien auch als Befreiung:

Alle festen, eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.¹

Es macht einen der unbestreitbaren Vorzüge des Marxschen Denkens aus, dass er, anders als Generationen seiner Jünger, die ökonomisch – politische Wirklichkeit in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit analysierte, also Fortschritt und Verlust in der kapitalistischen Wirtschaftsweise wahrnehmen konnte und ausnahmsweise auch einmal konkrete Zukunftsvisionen entwarf, die durchaus utopisch klingen; erdachte er doch in der *Deutschen Ideologie* eine Gesellschaft, wo die Arbeit so organisiert ist, dass

„...jeder nicht einen ausschließlichen Kreis der Tätigkeit hat, sondern sich in jedem beliebigen Zweige ausbilden kann, die Gesellschaft die allgemeine Produktion regelt und es mir eben dadurch möglich macht, heute dies, morgen jenes zu tun, morgens zu jagen, nachmittags zu fischen, abends Viehzucht zu treiben, nach dem Essen zu kritisieren, wie ich gerade Lust habe, ohne je Jäger, Fischer, Hirt oder Kritiker zu werden.“²

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der kommunistischen Partei, Berlin 1981/46, S. 48-49.

² Karl Marx, Deutsche Ideologie, MEW 3, S. 33

Die *Deutsche Ideologie* und die Frühschriften spielten zunächst jedoch eine untergeordnete Rolle in den Teilen der europäischen Arbeiterbewegung, die sich auf Marx beriefen. Die humanistischen Dimensionen seines Denkens wurden erst wirklich entdeckt, als innovative Köpfe nach dem Zusammenbruch der zweiten Internationalen und der bolschewistischen Revolution in Russland, die wie Gramsci bemerkte, auch eine gegen „Das Kapital“ gewesen sei, die hergebrachten Modelle marxistischer Analyse mit ihrem Determinismus und mechanischen Ökonomismus als obsolet ansahen.

Die Bibel des westlichen Marxismus

Gesucht wurde eine nicht ökonomistische Marxinterpretation, die in den verschiedenen europäischen Ländern unterschiedliche Ausprägungen fand, die aber alle die humanistischen und gesellschaftlichen Dimensionen der marxistischen Theorie in den Vordergrund stellten. Während Gramsci die Idee von der Zivilgesellschaft entwickelte und Staat, Kultur und Gesellschaft zusammendachte, entdeckte die deutschsprachige Linke die philosophischen Dimensionen des Marxismus und besonders die Kategorie der Entfremdung wieder.

Der intellektuelle Meilenstein dieser Entwicklung war Georg Lukács' Essaysammlung *Geschichte und Klassenbewusstsein*, die Generationen von Linksinтеллектуellen beeinflusste und zur *Bibel der westlichen Kommunisten* wurde, wie Merleau-Ponty sagte.³ Lukács' besondere Leistung besteht darin, ökonomische Kategorien wie Geld, Ware, Arbeitskraft, Tauschwert etc. als kulturelle und philosophische Begriffe zu betrachten. Ausgehend von Marx' Ausführungen über den Warenfetischismus, wie sie sich im ersten Kapitel des *Kapital* – die Ware als Ding voller theologischer Mucken – finden⁴, macht Lukács die Verallgemei-

nerung des Tauschwertes als grundlegendes Prinzip der kapitalistischen Gesellschaft aus. Der Einfluss von Simmels *Philosophie des Geldes* auf Lukács' Verdinglichungstheorem ist von der Forschung mehrfach herausgestellt worden, denn Lukács geht von der Universalisierung des Warencharakters aus, dem alle menschlichen Beziehungen und Tätigkeiten untergeordnet werden.⁵ So ist es nur folgerichtig, dass Rüdiger Dannemann dieses Theorem in seiner Studie *Das Prinzip Verdinglichung* als Mischung von marxistischer Kapitalismuskritik und lebensphilosophischer Rationalitätskritik charakterisiert und Michael Löwy das Verdinglichungstheorem gar als marxistische Reformulierung der neoromantischen deutschen Kulturosoziologie (Tönnies, Weber, Simmel) auffasst.⁶ Diese Mischung aus Marx und Lebensphilosophie war theoretisches Crossover avant la lettre und ursächlich für den Erfolg von *Geschichte und Klassenbewusstsein*.

Es gibt nichts Wahres im Falschen?

Ein Marxismusverständnis, in dem Verdinglichung und Entfremdung zu Grundübeln der Moderne werden, wurde nicht von Lukács fortgesetzt wohl aber von anderen linken Denkern seiner Zeit, es hat vor allem die Frankfurter Schule beeinflusst. Das Ausgreifen von Entfremdung und Verdinglichung auf alle Lebensbereiche findet sich in Adornos berühmter Idee von der Kulturindustrie, in der Entfremdung und Verdinglichung häufig als Verblendungszusammenhang gesehen werden, aus dem es unter kapitalistischen Bedingungen keinen Ausweg gibt. *Es gibt kein richtiges Leben im falschen*, dieser viel zitierte Satz aus Adornos *Minima Moralia*⁷ ist die logische Konsequenz aus diesem Ansatz. Während Adorno und die Frankfurter der Populärkultur besonders kritisch gegenüberstanden und sie

5 Georg Lukács, *Geschichte und Klassenbewusstsein*, Studien über marxistische Dialektik, Neuwied 1970, S. 257–279.

6 Vgl. Rüdiger Dannemann, *Das Prinzip Verdinglichung*, Frankfurt 1987, S. 18–20, 61–66. Michael Löwy, *Naphta or Settembrini*, Lukács and Romantic Anticapitalism, *New German Critique* 42/1987, S. 21.

7 Adorno: *Minima Moralia*, I, 18; *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, S. 19.

3 Maurice Merleau-Ponty, *Die Abenteuer der Dialektik*, Frankfurt 1968, S. 11.

4 Karl Marx, *Das Kapital*, Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, MEW Bd. 23, S. 49–98, vgl. insbesondere Kapitel 1.4.

rund weg als kulturindustrielle Maschinerie zur Erzeugung falschen Bewusstseins abtaten, sah sein zeitweiliger Freund und Weggefährte Siegfried Kracauer die Dinge differenzierter. In seinem wohl berühmtesten Essay *Das Ornament der Masse* (1927) sieht er Wechselwirkungen zwischen dem Arbeitsalltag der fordistischen Industriearbeit und der damals neuesten Unterhaltungskultur, den Tiller Girls, deren uniformierte und standardisierte Formationstänze den Bewegungen der FließbandarbeiterInnen in der taylorisierten Produktion ähneln würden. Er hebt aber auch hervor, dass diese Art der Unterhaltung trotz aller ästhetischen Fragwürdigkeit im Realitätsgehalt vielen Produkten der Hochkultur überlegen sei. In seiner Studie *Die Angestellten* (1930) unternimmt er Erkundungen in der damals neuen Welt der modernen Angestelltenkultur und untersucht die Arbeits- wie die Unterhaltungsbedingungen einer Schicht, von der es hieß, sie sei proletarianisiert, würde sich aber hartnäckig weigern dies zur Kenntnis zu nehmen, sondern krampfhaft am Schein der Bürgerlichkeit festhalten. Statt gegen schlechte Bezahlung und miserable Arbeitsbedingungen zu kämpfen, würden die Angestellten vor der Revolution und der Entfremdung in den Eskapismus der Glamourwelt der Unterhaltungsindustrie flüchten. Nach der Lektüre des Angestelltenbuches versteht man, wieso die Parteien der Linken mit ihrem Ökonomismus es nicht schafften, Einfluss bei den Angestellten zu gewinnen, was sich als fatal erweisen sollte, denn bald nach Erscheinen des Angestelltenbuches fand die vordem von Kracauer als ideologisch obdachlos beschriebene Schicht ihre neue Heimat bei der NSDAP.

Dann wurde es für lange Zeit still um das Entfremdungstheorem, nach Faschismus und Weltkrieg stand der Wiederaufbau der kriegszerstörten Länder an erster Stelle in Ost und West. Hier wie da wurde das tayloristisch-fordistische Modell zum Leitbild, das hohe Produktivität versprach, egal ob die wichtigsten Industrien in staatlicher Hand waren oder

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €

Jahresabo: 45,00 €

Ermäßigt: 30,00 €

Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu

Wohin treibt Europa?

Europäisiert sich die Bourgeoisie? **Beate Landefeld** | Nur Anlass für Freude in Brüssel und in Berlin? – Zum Ausgang des Ringens um die EU-Vertragsreform **Andreas Wehr** | Weiter so? **Leo Mayer** | Linker Umgang mit dem Vertrag von Lissabon **Diether Dehm & Gregor Schirmer** | Zum Charakter der EU und wie führen wir den Kampf gegen sie **Renate Münder** | Reform, Revolution – die EU, die EL und die DKP **Patrik Köbele** | Die EU nach dem Lissabon-Vertrag – Zu einigen Diskussionsfragen **Georg Polikeit** | Wie friedensfähig ist der Kapitalismus? Referat beim 16. Kasseler Friedensratschlag, 5. und 6.12.2009 **Conrad Schuhler** | EDS-Streik – Software-Ingenieure als Barrikadenbauer **Heinz-Jürgen Krug**

Bestellung bei Neue Impulse Versand

Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen

Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de



NEUE IMPULSE VERLAG

nicht. Erst die Neue Linke und achtundsechziger Bewegung entdeckten die linken Theoretiker der Zwischenkriegszeit und besonders auch Lukács' Entfremdungstheorem begeisterte wieder. Nach 1968 standen aber nicht nur der Taylorismus mit Fließband und Akkord im Brennpunkt der Kritik, sondern auch das falsche Leben, das von Zwängen, überholten Rollenklischees, Konsumdenken und Leistungsdruck geprägt war. Obwohl die Frankfurter Schule intellektuell sehr einflussreich wurde, machte man sich in den Siebzigern daran, das Wahre im Falschen zu verwirklichen: man versuchte sich auch an Lebensreform, d.h. an weniger entfremdeten und autoritären zwischenmenschlichen Beziehungen. Studierende, SchülerInnen, Lehrlinge verlangten mehr Mitbestimmung, Jugendliche und Frauen ihre eigenen Räume, man wollte alles und das sofort, oder zumindest in verschiedenen Subkulturen und Milieus ein wenig vom Echten und Authentischen zu leben.

Globalisierte Entfremdung

In den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts geriet die Entfremdungskritik aus der Mode, man war zunehmend mit dem *Sachzwang Weltmarkt* und steigender Arbeitslosigkeit konfrontiert. Angesichts eines generellen Mangels an Arbeit schien die Klage über deren Entfremdung wieder zum Luxusproblem geworden zu sein. Mit dem Jahr 1989 wurde die Rede von der Entfremdung mitsamt dem Streben nach einer menschenfreundlicheren Gesellschaft temporär auf den Müllhaufen der Geschichte verbannt. Der Kapitalismus triumphierte, es wurde das Loblied der Entfremdung gesungen, denn die Freiheit zu konsumieren und die bunte Welt der Waren hatten über das graue Einerlei und die uniformierten Lebenswelten des realexistierenden Sozialismus gesiegt.

Die Exzesse der kapitalistischen Produktionsweise, die vordem die Empörung über entfremdete Arbeit am Köcheln gehalten haben

und immer Anlass für eine Polemik gaben, waren samt zugehöriger Facharbeiterschaft nach Südostasien oder in den nun doppelten freien früheren Ostblock verlegt worden. Besonders hier arbeiteten gut ausgebildete Arbeitskräfte scheinbar willig für Niedriglöhne, um sich endlich auch die schöne, bunte Warenwelt leisten zu können. Konsum ist im ausgehenden 20. Jahrhundert vom Fetisch zum Idol geworden, zumindest in der angelsächsischen Welt charakterisiert man die eigene Gesellschaft fröhlich als *consumer society*, was durchaus positiv konnotiert ist.

Während der Konsum gesellschaftliche Aufwertung erfahren hat, bedeutet die Tatsache, dass durch die globalisierte Ökonomie die Dinge des täglichen Bedarfes zum Spottpreis, also Oberhemd, T-Shirt oder Bluse für 10 Euro zu haben sind, eine Entwertung der Waren, die über den Preisverfall hinaus geht und eine Geringschätzung produktiver Arbeit allgemein impliziert. Wer das 20 Euro Hemd vom Discounter oder das 200 Euro Hemd von Giorgio Armani wo herstellt, ist deshalb egal, beim Einen zählt der Preis, beim Anderen der Distinktionsgewinn. Selbst den meisten Linken oder Gewerkschaftern würde es im Traum nicht einfallen, über die Entfremdung der philippinischen Näherin und deren schlechte Arbeitsbedingungen zu klagen, es interessiert einzig die Tatsache, dass „unsere“ Textilindustrie und „unsere“ Arbeitsplätze ins Ausland verlagert worden sind. Wenn darüber hinaus am Hemd von den Philippinen überhaupt irgendetwas für anstößig befunden wird, dann höchstens die Tatsache, dass sein Transport nach Deutschland die Umwelt schädigt.

Die Themen Entfremdung und Arbeit haben an gesellschaftlicher Relevanz verloren und das ist ein Problem für die Linke, die dadurch ihr politisches Gravitationszentrum verloren hat. Noch mehr ist es aber ein Problem der Arbeitenden, deren Interessen nicht mehr vertreten werden. In diesem Zusammenhang konstatierte die Altmeisterin



Foto: Christian Kiel

des eurokommunistischen Denkens Rossana Rossanda unlängst:

„Was für mich alte Kommunistin besonders traurig ist, ist die Einsamkeit der ArbeitnehmerInnen, der Prekären oder Arbeitslosen. Der gesamte Planet ist in die Arbeit für den Profit eingebunden, Menschen und Dinge, Hände und Köpfe, die Natur ist auf eine unendlich ausbeutbare Ressource reduziert ... Noch nie hat es eine Arbeitnehmerschaft dieses Ausmaßes gegeben, aber sie wird verspottet als seien ihre Angehörigen die letzten Japaner, die immer noch in einem Krieg kämpfen, der lange beendet ist.“⁸

Keine linke Partei in Europa ist bisher in der Thematisierung einer ArbeiterInnenschaft und der Entfremdung in globaler Dimension sonderlich weit gekommen, statt „Proletari-

er aller Länder vereinigt Euch“, gilt heute eher die universelle Konkurrenz und Verteidigung des eigenen Landes als Wirtschaftsstandort.

Unerwartete Renaissance

Wenn die rot-grünen Bundesregierungen etwas bewirkt haben, dann die politische Wiederkehr des Entfremdungstheorems. Denn seit Hartz IV, mit einhergehendem Zwang jeden Job anzunehmen, 1 Euro Jobs, dem Ausufern der Leiharbeit und des Niedriglohnsektors, elendem Lohndruck und dem Verschwinden der Festanstellung zeigt sich der janusköpfige Kapitalismus so sehr von seiner fratzenhaften Seite, dass selbst die Mittelschichten und deren Intellektuelle besorgt sind.

In zahlreichen linken Debatten steht aber gegenwärtig eher die Befreiung von der Arbeit bzw. vom Arbeitszwang, als die Befreiung der Arbeit im Mittelpunkt. Die Popularität der Idee vom bedingungslosen Grundeinkommen hat den Überduss an der Entfremdung

⁸ Rossana Rossanda, Note da lontano „Aufzeichnungen aus der Ferne“, in Wespennest, zeitschrift für brauchbare texte und bilder 155, Mai 2009, S. 50.

als ihr Zentrum. Sie ist gleichzeitig resignatives Eingeständnis der Tatsache, dass man es weder diesem Staat noch dessen Parteien zutraut, die Bereiche Arbeit und Soziales so zu regulieren, dass erträgliche Bedingungen für alle und eine gerechtere Arbeitswelt dabei herauskommt. Den Anspruch auf Letzteres versuchen die Gewerkschaften zumindest in den Bereichen, in denen sie stark sind, mit ihrem Projekt „Gute Arbeit“ durchzusetzen. Das Ziel ist, den wachsenden Arbeitgeberansprüchen an erhöhte Produktivität durch Aufklärung der Betroffenen etwas entgegenzusetzen. Mit einem *Gute Arbeit-Index* können die Arbeitenden in den Betrieben selbst an einer Reform ihrer Arbeitswelt mitwirken, was sicherlich positiv zu bewerten ist. Aber eine kämpferische oder auch nur entschiedene Reaktion auf die sich rasant fortsetzende Aushöhlung von ArbeitnehmerInnenrechten würde anders aussehen.

Im Bereich der Philosophie und Kulturtheorie feiert das Entfremdungstheorem unerwartete Wiederauferstehung, stellt jedenfalls Robert Misik in seiner Studie *Genial Dagegen. Kritisches Denken von Marx bis Michael Moore* (2005) vergnügt fest, allerdings eher im Zusammenhang mit der Sehnsucht nach Authentizität und Echtheit als nach einer nichtentfremdeten Arbeitswelt. Nur durch diese Renaissance des Entfremdungstheorems lässt sich der Erfolg von Rahel Jaeggis Dissertation *Entfremdung: Zur Aktualität eines sozialphilosophischen Problems* (2005) erklären, in der sie eine philosophische Wiederbelebung eines humanistischen Marxismus versucht. Jaeggi, die aus dem Frankfurter Institut für Sozialforschung kommt, gelingt es eindrucksvoll, das Entfremdungstheorem zu rehabilitieren, eine gesellschaftswissenschaftliche Konkretisierung ist allerdings nicht ihr Anliegen.

Eigentlich wäre diese Renaissance des Entfremdungsbegriffes eine Steilvorlage für linke gesellschaftstheoretische oder marxistische

Entwürfe. Deren Ausführungen bleiben aber zumeist im undialektischen Dualismus zwischen Affirmation der *consumer society* oder deren puristisch-puritanischer Kritik stecken, wie unlängst in der Kontroverse um Paul Willis *Kulturelle Waren, symbolische Arbeit und eine Hegemonie in Bewegung*.⁹

Eine linke Neuformulierung des Entfremdungstheorems, die Arbeit, Kultur und Leben zusammendenkt, ist längst überfällig. Gebraucht wird ein Entwurf, der es schafft, wie einst Lukács Antworten auf die Fragen einer von wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Umbruch geschüttelten Gesellschaft zu geben und dabei kulturtheoretisch-lebensphilosophische und marxistische Entfremdungskritik zusammenzudenken. ■

☞ Dr. phil. Christina Ujma ist Wissenschaftlerin und Publizistin und lebt in Berlin.

9 Paul Willis, *Kulturelle Waren, symbolische Arbeit und eine Hegemonie in Bewegung*, und die Erwiderung, Margareta Steinrück, *Learning to Consume*, Zu Paul Willis' »The Cultural Commodity« in: Bescherer, Peter/Schierhorn, Karen (Hrsg.): *Hello Marx. Zwischen „Arbeiterfrage“ und sozialer Bewegung heute*. Hamburg 2009.

Literaturschau

von Cansel Kiziltepe

Wie hat sich die deutsche Arbeitsmarktpolitik seit der Einführung des Arbeitsförderungsgesetzes von 1969 bis zum Sozialgesetzbuch II und III entwickelt? Die AutorInnen dieses Bandes thematisieren Herausforderungen, auf die die Arbeitsmarktpolitik zukünftig reagieren muss. Wer an einer sehr gelungenen und wissenschaftlich gut unterfütterten Analyse über die Historie der deutschen Arbeitsmarktpolitik interessiert ist, wird in diesem Band fündig.

- Silke Bothfeld/Werner Sesselmeier/Claudia Bogedan (Hrsg.): Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Vom Arbeitsförderungsgesetz zum Sozialgesetzbuch II und III, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.

Sinn wird gemeinhin definiert als geistiger Gehalt eine Sache. Wird die Sinnperspektive in der Arbeit mit sinkender Einflussnahme auf Gestaltung und Form der Arbeit immer weniger eingelöst? Hat Arbeit Sinn oder ist sie Mittel zu anderem Sinnvollem? Unter diesen Fragestellungen machen sich die AutorInnen auf einen soziologischen und philosophischen Weg mit recht kontroversen Beiträgen. Der Band liefert Denkanstöße, um über den Sinn von Arbeit nachzudenken.

- Wieland Jäger/Kurt Röttgers (Hrsg.): Sinn von Arbeit. Soziologische und wirtschaftsphilosophische Betrachtungen, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2008.

Ausgehend von gleichstellungs- und familienpolitischen Fragestellungen, beurteilen die AutorInnen die Politik der Großen Koalition. Kritisiert wird, dass die durchaus positiv bewertete Familienpolitik die viel umfassendere



Foto: Christian Kiel

Gleichstellungspolitik abgelöst habe. Damit werden Frauen, die nicht Mutter sind, kaum gefördert. Sehr gut wird auch der Diskurs zwischen Re-Traditionalismus und Neuer Feminismus dargelegt. Die Feststellung ist, dass die Gleichstellungspolitik der Großen Koalition sozial selektive Wirkungen entfaltet und somit dem Anliegen der Gleichstellung der Geschlechter nicht gerecht wird.

- Diana Auth/Eva Buchholz/Stefanie Janczyk (Hrsg.): Selektive Emanzipation: Analysen zur Gleichstellungs- und Familienpolitik, Arbeitskreis „Politik und Geschlecht“ in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft e.V., Verlag Barbara Budrich, Opladen & Farmington Hills, MI 2010.

Eine gute länderübergreifende empirische Analyse von Wohlfahrtsstaaten hinsichtlich der Vermarktlichung (Kommodifizierung) gegenüber der Freistellung vom Arbeitszwang (Dekommodifizieren) liefert diese Publikation und veranschaulicht sehr gut den Paradigmenwechsel der Arbeitsmarktpolitik in Dänemark, Großbritannien und Deutschland. Charakterisiert werden die Varianten aktivierender Arbeitsmarktpolitik.

- Dingeldey, I. (2007): Wohlfahrtsstaatlicher Wandel zwischen „Arbeitszwang“ und „Befähigung“. Eine vergleichende Analyse der aktivierender Arbeitsmarktpolitik in Deutschland, Dänemark und Großbritannien, in: Berliner Journal für Soziologie. 17. 2. 189-209.

Das Versprechen, wonach Erwerbsarbeit bzw. Transferleistungen wie z.B. Rente oder Arbeitslosengeld zusammen mit nachgelagerten Sozialleistungen den Bedarf decken soll, wird nach diesem Projektbericht lange nicht mehr eingelöst. Als Gründe werden die unterschiedlichen Erwerbsverläufe sowie Brüche in den Erwerbsbiographien festgestellt. Stimmt die Richtung des neuen Leitbildes aktivierender Arbeitsmarktpolitik? Dieses Diskussionspapier wirbt für eine grundsätzliche Überprüfung und Neuordnung der Arbeitsmarktpolitik.

- Baethge-Kinsky, V./Bartelheimer, P./Wagner, A./Aust, J./Müller-Schoell, T. (2008): Arbeitsmarktpolitik: Nachsteuern oder neu orientieren? Anstöße zu einer überfälligen Debatte, Projektbericht für die Otto-Brenner-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung; siehe auch www.monitor-arbeitsmarktpolitik.de.

Ausgehend von der aktuellen Debatte um die Reform der sozialen Sicherung stellt Busch das „rechte“ und „linke“ BGE-Konzept als vermeintlicher Scheingegensatz vor. Die Höhe des Grundeinkommens ist entscheidendes Unterscheidungsmerkmal; ihr gemeinsames Bekenntnis zum Grundeinkommen macht sie zu „Brüdern im Geiste“. Im Grunde sind beide Konzepte jedoch Konzepte einer sozialstaatlich alimentierten Exklusion. Soziale Integration ist nach Ansicht des Autors nur durch Einbeziehung aller in den gesellschaftlichen Arbeitsprozess zu erreichen.

- Ulrich Busch (2007): Integration durch Arbeit oder sozialstaatlich alimentierte Exklusion. In: Berliner Debatte Initial: sozial- und geisteswissenschaftliches Journal. – 18 (2007), 2, S. 4-16.

Einen interessanten Einblick in die Thematik Integration von MigrantInnen im Kontext von Sprache, Arbeit und Familie bietet die Bundeszentrale für politische Bildung in dieser Publika-

tion. Anregend für unser Schwerpunktheft ist der Beitrag von Wolfgang Seifert „Integration und Arbeit“. Für Seifert ist die Partizipation am Arbeitsmarkt die wichtigste Voraussetzung für die Integration für Menschen mit Migrationshintergrund. Anhand eingehender empirischer Daten für NRW zum Arbeitsmarktzugang von in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationshintergrund kann geschlossen werden, dass die Arbeitsmarktintegration nicht vollzogen ist. Eine gesellschaftspolitisch übergreifende Diskussion in:

- „Integration“, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 22-23/2007, 29. Mai 2007.

Erwerbsarbeit ist mehr als nur ökonomische Teilhabe. Arbeitslosigkeit ist oftmals mit psychosozialen Folgen verbunden. Erwerbslosigkeit begünstigt Depressivität, Angst vor Abstieg und Selbstwertverlust. Die Hälfte aller registrierten Erwerbslosen sind Langzeitarbeitslose. Anhand gesicherter Befunde für die Auswirkungen der Erwerbslosigkeit kann festgestellt werden, dass Erwerbslosigkeit eine Verschlechterung des Befindens bewirkt. Der Anteil psychisch beeinträchtigter Menschen unter den Erwerbslosen ist doppelt so hoch wie unter der Gruppe der Erwerbstätigen. In der Politik findet diese Facette der Arbeitslosigkeit geringe Beachtung. Warum wirkt sich Arbeitslosigkeit so negativ aus? Dies und viele andere interessante Fragestellungen finden sich in:

- „Arbeitslosigkeit: Psychosoziale Folgen“, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), 40-41/2008, 29. September 2008.

Der Tagesspiegel titelte hierzu mit: „Eines der wichtigsten politischen Sachbücher der vergangenen Jahre“. Der Band besteht aus 18 Essays, die die deutsche Gesellschaft reflektieren. Wolfgang Bonß widmet sich hierin dem Thema Beschäftigung und Arbeitslosigkeit.

keit. Die Arbeitsformen des 21. Jahrhunderts werden mit den tradierten Leitbildern kaum vergleichbar sein. Die Verschärfung der Zumutbarkeitsbedingungen kommt einer Homogenisierung der Erwerbsarbeit gleich: „Basisarbeit“ kann von allen erbracht werden. Eine gute Bestandsaufnahme der Gegenwart.

- Wolfgang Bonß: Beschäftigt – Arbeitslos, in: Stephan Lessenich/Frank Nullmeier (Hrsg.) (2006): Deutschland eine gesplante Gesellschaft; Campus Verlag.

Integration durch Ein-Euro-Jobs? Die Arbeitsgelegenheiten in der Mehraufwandsvariante sind im Fokus einer aktuellen Publikation des Instituts für Arbeitsmarktforschung. Diese Arbeitsgelegenheiten sind die am häufigsten eingesetzten Aktivierungsinstrumente im Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II). Es wird der Frage nachgegangen, ob die Teilnehmer ausreichend qualifiziert waren. Hierzu wurden die Betriebe und Verwaltungen, in denen Ein-Euro-Jobber eingesetzt wurden, in den Jahren 2006 bis 2008 befragt. Nach Aussage der Betriebe war mehr als die Hälfte der Ein-Euro-Jobbers sogar fit für den ersten Arbeitsmarkt.

- „Ein-Euro-Jobber aus Sicht der Betrieb: Viele sind fit für den Arbeitsmarkt“ IAB-Kurzbericht, 5/2010.

Seit 2007 gibt es den DGB-Index Gute Arbeit. Der DGB-Index- Gute Arbeit ist ein Instrument, das die Qualität der Arbeits- und Einkommensbedingungen aus Sicht der Beschäftigten misst und damit eine Grundlage für Verbesserungen der Arbeitsqualität liefert. Die aktuelle Erhebung stammt aus dem Jahr 2009. Leitidee ist es, die Arbeitsgesellschaft so zu organisieren, dass Arbeit einen sinnstiftenden Charakter erhält. Im Jahr 2009 erreichte der DGB-Index Gute Arbeit lediglich einen Wert von 58 (von 100 Punkten). Der DGB-Index Gute Arbeit 2010 wird am 17. Juni 2010 veröffentlicht.

- http://www.dgb-index-gute-arbeit.de/downloads/publikationen/data/diga_report_09.pdf

Die Initiative Neue Qualität der Arbeit (INQA) hat im Rahmen einer repräsentativen Befragung untersucht, was gute Arbeit aus Sicht der Beschäftigten ist. Die Untersuchung kommt zu folgendem Ergebnis: Gute Arbeit bedeutet ein verlässliches, dauerhaftes und festes Einkommen zu erzielen sowie fachliche und kreative Fähigkeiten in die Arbeit einbringen und entwickeln zu können. Die Konstruktion des DGB-Index Gute Arbeit basiert auf der wissenschaftlich begründeten INQA-Befragung „Was ist gute Arbeit“.

- <http://www.inqa.de/Inqa/Redaktion/Zentralredaktion/PDF/Publikationen/inqa-19-was-ist-gute-arbeit,property=pdf,bereich=inqa,sprache=de,rwb=true.pdf> oder INQA-Bericht -ISBN 3-86509-525-9

Was bedeutet Arbeit für menschliche Gesellschaften? Mit dieser Frage befasst sich eine philosophische Reflektion des Arbeitsbegriffes im 20. Jahrhundert zur Notwendigkeit von Arbeit: Arbeit sei die grundlegende Form der Reproduktion menschlichen Lebens. Arbeit berge Sicherheit und Freiheit für Zukunftsgestaltung, schaffe Selbstbewusstsein und gesellschaftliche Integration und bilde eine Voraussetzung für Menschlichkeit überhaupt. Es handelt sich um ein Buch aus der Philosophie der Arbeit, des Dialogs und des Diskurses über eine neue Politik der Arbeit

- Gerd, Peter/Frieder O. Wolf (2008): Welt ist Arbeit, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2008.

☞ Cansel Kiziltepe ist Diplom-Volkswirtin und wissenschaftliche Mitarbeiterin eines Bundestagsabgeordneten.

Kinderspiel Kapitalismus: Hauptsache Performance

von Gesa Rünker

„War das nicht wirklich mal schön am Samstag?“ Meine Kollegin schwärmt, und ich bin verständnislos. Ein müder Montagmittag, meine Stimmung ist mäßig, und mir fehlt gerade der Blick fürs Schöne. „Was war schön?“

„Na, Lena! Dass sie gewonnen hat.“

Diese Antwort erschüttert mich zutiefst und reißt mich jäh aus meinem Phlegma. Die Arbeitskollegin, die da vor mir steht, ist intelligent, gebildet, links, kritisch, jederzeit bereit, Dummheit und Absurdität mit wütenden Worten des Abscheus zu geißeln. Und jetzt das!

„Leeeeena?“ Ich schnappe nach Luft. „Ja klar“, antwortet sie ruhig, und mit Mühe finde ich meine Sprache wieder: „Das ist doch alles nur Performance“, rufe ich aus und fahre fort: „Vor allem gute Performance. Haben alle gesagt nach ihrem Auftritt – und als Lob gemeint!“ „Gesehen hast Du den Song-Contest also doch“, stellt die Kollegin nüchtern fest, und ich bin tendenziell erpapt.

„Jaaa, lief ja nix anderes im Fernsehen“, sage ich, und mir fällt gerade ein: Es kommt schon vor, dass ich abends, an Tagesthemen und Heute-Journal vorbei, mich schnöde der Krise entziehe und eine DVD einlege – mit Schalkes Finalesieg im UEFA-Cup 1997 gegen Inter Mailand, oder mit Fernsehserien der 70er Jahre, „Die Waltons“ und „Der Doktor und das liebe Vieh.“ Eskapismus!

All das sage ich nicht, sondern ich suche meinen festen Standpunkt zu Lena: „Frag mal fünf vollblinde Männer“, schlage ich vor, „denen wird nix zu Lena einfallen. Nur, dass sie eigentlich nicht singen kann.“

„Nun überhöhe Du die Blinden nicht“, mahnt die Kollegin, die mich gut kennt, aber darauf gehe ich nicht ein. „Mich ärgert, wie sehr es immer wieder und in allen Bereichen nur auf „Performance“ ankommt. Alles ist glatt geleckt, gut abgestimmt inszeniert, gut anzusehen. Kunst? Quatsch! Klugheit? Bitte nicht! Früher hieß es: „Ein kluger Satz, und du bist Kommunist!“ Jetzt heißt es: „Ein kluger Gedanke, und du bist Gutmensch!“ Das ist noch viel schlimmer, es passt nicht in die Performance. Was glaubst Du, warum der Guttenberg immer so weit oben steht bei den Meinungsumfragen? Performance, nichts sonst.“

„Ach, Gesa“, die Kollegin bleibt vollkommen entspannt, „ich meine gar nicht unbedingt Lena persönlich. Ich habe am Samstag einfach gemerkt, dass etwas Schönes passiert ist, dass Menschen sich gefreut haben, ohne Aggression oder Nationalpathos. Freude anstatt Krise! Party! Die Frau hat es einfach versucht – und es ist ihr geglückt. Glück gehabt, das ist doch schön! Nenne es meinetwegen Eskapismus!“

„Der Doktor und das liebe Vieh“, sagt meine innere Stimme, aber ich bleibe stur.

„Und Deutschland ist wieder wer“, mosere ich. „Mir wird schon schlecht, wenn ich an die tausend Konjunkturritter denke, die zur WM gaaanz plötzlich Fußballfans werden. Geballte Euphorie, wenn Deutschland glücklich siegt! Furchtbar! Aber eins sag ich Dir: Mit Performance alleine kommt die Mannschaft nicht über die Gruppenphase hinaus. Dann ist Schluss mit...“ Die Bürotür fliegt auf, eine Redaktionsassistentin kommt rein und ruft: „Ihr glaubt es nicht! Köhler ist zurückgetreten!“

Ganz spontan sind wir uns einig, und wie aus einem Mund entfährt uns das Urteil:

„Schlechte Performance!“ ■

☞ Gesa Rünker arbeitet als Hörfunkredakteurin und lebt in Leichlingen.

Das Euro-Rettungspaket

von Arne Heise

Als der Euro am 1.1.1999 als gesetzliches Zahlungsmittel in damals 11 Ländern der Europäischen Union eingeführt wurde, war dies für viele der Ausdruck des politischen Einigungswillens in Europa – andere aber trauten der neuen Währung nicht und sahen darin entweder langfristig den Spaltpilz der EU oder – gerade in Deutschland – das Ende der Ära der Preisstabilität, für die die DM über 50 Jahre stand.

Heute sehen sich viele Skeptiker bestätigt: Mit der nahen Staatspleite Griechenlands verbanden viele das fatale Dilemma, entweder Griechenland (und vielleicht bald andere EWU-Mitgliedsstaaten) aus der Euro-Zone auszuschließen bzw. zu befreien oder aber die Prinzipien einer an Preisstabilität orientierten Europäischen Zentralbank (EZB) aufzugeben. Letztere Befürchtung nährt sich aus der Behauptung, Griechenland sei für seine Finanzprobleme selbst verantwortlich – eine E(W)U-weite Hilfsaktion würde nur den Anreiz setzen, dass noch mehr Euroländer eine laxen Haushaltspolitik betreiben und deshalb über kurz oder lang die EZB mit einer Inflationierung die Realentschuldung der Staatshaushalte betreiben müsste.

Tatsächlich sieht die Haushaltslage in Griechenland nicht gut aus. Tatsächlich hat Griechenland durch statistische Taschenspielertricks seine Glaubwürdigkeit aufs Spiel gesetzt. Damit wäre eine Sanktion der Finanzmärkte in Form höherer Zinssätze auf griechische Staatsanleihen (Risikoprämien) durchaus gerechtfertigt – ein Mechanismus, den die Kritiker des Stabilitäts- und Wachstumspakts (SWP) immer betont haben und der die Glaubwürdigkeit der so genannten ‚No-Bail-Out‘-Klausel unterstreicht. Der exorbitante, in dieser Form nur der Spekulation geschuldete Anstieg der Risikoprämien ent-

behrt aber jeder ökonomisch begründeten Rechtfertigung: Länder wie die USA, Großbritannien oder Japan, die vergleichbar hohe Staatsdefizite und Schuldenstände (USA und Großbritannien) oder gar doppelt so hohe Staatsschuldquoten (Japan) wie Griechenland aufweisen, wurden von den amerikanischen Rating-Agenturen nicht herabgestuft und sahen sich keiner dramatischen Erhöhung ihrer Risikoprämie ausgesetzt.

In dieser Situation musste die EU handeln, denn sonst wäre die Illiquidität des griechischen Staates unabwendbar gewesen. Illiquidität ist dabei von Insolvenz zu unterscheiden: Ein Staat, der sich über Besteuerung Einnahmen verschaffen kann und hoheitlich über seine Ausgaben entscheidet, kann faktisch nicht insolvent werden. Bei allen politischen Mühen und sozialen Auseinandersetzungen, die dies bedeuten wird, wird Griechenland seine Haushaltslage in den Griff bekommen. Kurzfristig drohte dem griechischen Staat aber die Zahlungsunfähigkeit, weil sich der Weg zum Kapitalmarkt zu schließen begann.

Der so genannte ‚Schutzschirm für Europa‘ ist ein Notfallmechanismus, der die Gefahr der Illiquidität einzelner EU-Staaten minimieren und damit den Spekulanten die Grundlage entziehen soll. Er besteht aus 3 Teilen: Ein Notfallfonds in Höhe von 60 Mrd. €, die von den Mitgliedstaaten entsprechend ihrer EZB-Kapitalanteile garantiert wird, wird von der EU-Kommission verwaltet. Weitere 440 Mrd. € können von einer noch zu schaffenden Zweckgesellschaft am Kapitalmarkt aufgenommen und notleidenden EU-Staaten zur Verfügung gestellt werden. Da auch diese Summe von den E(W)U-Mitgliedsstaaten verbürgt ist, dürfte die Risikoprämie deutlich unter der individuellen Risikoprämie des



notleidenden EU-Mitgliedslandes liegen und deshalb attraktiv sein – allerdings müssen sich die kreditnehmenden Länder mit der EU-Kommission und dem IWF, der sich zusätzlich mit 250 Mrd. € am Sicherungspaket beteiligt, auf wirtschafts- und finanzpolitische Anpassungsprogramme einigen. Die Zweckgesellschaft – der ‚Europäische Währungsfonds‘ – ist allerdings zunächst auf 3 Jahre befristet.

Mit diesem ‚Schutzschirm für Europa‘ hat die EU gezeigt, dass sie in der Lage und Willens ist, den Euro zu verteidigen. Die Logik des Schutzschirmes besteht in seiner abschreckenden Wirkung: Die Spekulanten werden abgeschreckt, gegen das Fortbestehen der Eurozone in der jetzigen Form zu spekulieren. Die Mitgliedsländer werden abgeschreckt, sich auf die dauerhafte Solidarität der anderen Mitgliedsländer zu verlassen: Entweder würde der Schutzschirm bei tatsächlichem Kreditausfall faktisch zurückgezogen werden oder die notleidenden Länder würden faktisch ihre Haushaltssouveränität verlieren. In diesem Sinne sind die Debatten, die die ‚Belastungen‘ des deutschen Steuerzahlers herausstellten, wenigstens populistisch – tatsächlich wird Deutschland als Kreditgeber an Inanspruchnahmen des Schutzschirmes verdienen.

Wer nun aber glaubt, mit dem ‚Euro-Rettungspakt‘ sei die Krise in der EU überwunden,

übersieht einerseits, dass damit zwar den Spekulanten ein Spekulationsobjekt genommen, nicht aber der eigentliche Handlungsraum beschnitten wurde. Eine Regulierung der internationalen Finanzmärkte steht weiterhin aus – und um dem ‚Spielcasino‘ wenigstens seine destruktive realwirtschaftliche Wirkung zu beschneiden, müssen zweifellos radikalere Maßnahmen ergriffen werden, als eine Finanzmarkttransaktionssteuer. Der Charme dieses Instruments liegt

allerdings darin, nicht nur eine Lenkungswirkung zu erzeugen, sondern auch Einnahmen zu generieren, die z.B. als genuin übernationaler Steuer einer künftigen europäischen Wirtschaftsregierung die finanzielle Erstattung liefern könnte. Damit wären wir bei den größeren Herausforderungen, denen sich die EU mittelfristig zu stellen hat: 1) die anhaltenden Leistungsbilanzungleichgewichte in der E(W)U sind inakzeptabel und bedrohen den Fortbestand der EWU strukturell stärker als die gegenwärtige ‚Griechenland-Krise‘. 2) die mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte immer noch verbundene Vorstellung von drastischen Ausgabenkürzungen und weitere Verschärfung des SWP droht die EU in eine lang anhaltende Stagnationsphase zu stürzen. Die eigentliche Herausforderung besteht darin, eine Wirtschafts- und Finanzpolitik in der EU zu gestalten, die ein Herauswachsen aus der Schuldenproblematik ermöglicht. ■

☞ Dr. Arne Heise ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg.

Die Jugend zurückgewinnen

von Sascha Vogt

Die SPD hat sich nach der verlorenen Bundestagswahl auf den Weg der Erneuerung gemacht. Dieser Weg ist angesichts der Dramatik des Ergebnisses richtig und muss nun konsequent weiter gegangen werden. Dabei wird es nicht ausreichen, einige bescheidene kosmetische Veränderungen der eigenen Regierungspolitik zu beschließen. Vielmehr muss die SPD wieder die Partei werden, die einen Zukunftsentwurf glaubwürdig verkörpert und eine Antwort auf die Frage gibt, wie Gerechtigkeit (und eben nicht nur Fairness) in einer sich verändernden Gesellschaft in praktische Politik übersetzt werden können.

Dies gilt umso mehr, wenn die SPD auch die Partei sein will, die ein attraktives Politikangebot für die junge Generation bereithält. Denn in kaum einer anderen Gruppe der WählerInnen waren die Einbußen bei der Bundestagswahl so dramatisch: Das Ergebnis in dieser Gruppe wurde nahezu halbiert. Davon profitieren konnten die kleineren Parteien – zu etwa gleichen Anteilen. So wurde die SPD in der Gruppe der 25- bis 34-Jährigen nur noch drittstärkste Partei hinter der FDP. Offensichtlich verkörperten die kleinen Parteien genau das, woran es der SPD mangelte: Sie hatten ein klares Profil mit dem sie unterschiedliche Zielgruppen der jungen WählerInnen für sich begeistern konnten.

Dabei waren es erneut die Jusos, die bundesweit engagiert für ein gutes Ergebnis der SPD gekämpft haben – trotz einiger Zweifel an der eigenen Regierungspolitik. Fakt ist aber, dass junge Menschen bei der Wahl eben die SPD und nicht die Jusos wählen und mit ihrer Wahlentscheidung das Profil der Partei und nicht des Jugendverbandes bewerten.

Und die Bewertung der Regierungspolitik fällt auch aus Perspektive der jungen Generation ernüchternd aus:

- In keinem Jahr konnten ausreichend Ausbildungsplätze bereitgestellt werden, der Ausbildungspakt war letztlich nicht mehr als ein Lippenbekenntnis. Auch damit wurden Zukunftsperspektiven verbaut.
- Der Leistungsdruck in Schulen und Hochschulen, unter anderem durch den völlig falsch umgesetzten Bologna-Prozess, hat deutlich zugenommen. Damit fehlen jungen Menschen Freiräume für die eigene Entwicklung und auch für gesellschaftliches Engagement.
- Prekäre Beschäftigungsverhältnisse haben sich gerade für junge Menschen massiv ausgeweitet, gerade von der Wirtschaftskrise waren sie am stärksten betroffen – im schlimmsten Fall durch Arbeitslosigkeit. Eine wirkliche Sicherheit für die eigene Lebensplanung gibt es so für die wenigsten.
- Die Hartz-Gesetze haben junge Arbeitslose unter 25 Jahren durch die Kürzung von Leistungen stärker in die finanzielle Abhängigkeit ihrer Eltern gebracht. Damit wurde ihnen der Weg in ein selbstbestimmtes Leben verbaut.
- Es mag ein Erfolg gewesen sein, dass durch den neu eingeführten Armutsbericht Armut transparent gemacht wurde. Unter dem Strich ist aber ein Anstieg der Kinder- und Jugendarmut festzustellen. Das bedeutet nichts anderes als die gesellschaftliche Ausgrenzung einer immer größer werdenden Gruppe junger Menschen.
- Durch verschiedene Reformen wurden die Kommunen so stark unter finanziellen Druck gesetzt, dass sie viele Jugend-

treffs- und Zentren schließen mussten. Damit aber fehlt jungen Menschen oft ein Ort, an dem sie ihre Freizeit verbringen können.

Nun liegen hinter all diesen Entwicklungen nicht nur politische Entscheidungen einer Bundesregierung, sondern es sind unterschiedliche Faktoren, die diese Tendenzen begünstigen. Man muss aber von der SPD erwarten können, die aufgeworfenen Probleme ernst zu nehmen und Antworten auf diese zu geben. Und anscheinend hatte die SPD diese Antworten nicht mehr oder zumindest wurde ihr auch von jungen WählerInnen nicht mehr zugetraut, ihre Probleme lösen zu können. Angesichts solcher Wahrnehmungen nützt auch der beste und engagierteste Wahlkampf nichts mehr.

Auf der anderen Seite zeigt sich, dass die Jusos es sehr wohl schaffen, ein attraktives Politikangebot für engagierte linke junge Menschen anzubieten. Seit 2007 hat der Verband – entgegen dem Trend der abnehmenden Bindungskraft von Großorganisationen – steigende Mitgliedszahlen, gerade nach der Bundestagswahl haben viele junge Menschen den Weg zu den Jusos gefunden.

Wahr ist aber auch: Die Bereitschaft, sich in einer Partei zu engagieren, hat in den vergangenen Jahrzehnten allgemein deutlich abgenommen, was auch an den Jusos nicht spurlos vorüber gegangen ist. Und ein großes Problem der Jusos ist und bleibt auch, dass der Verband noch immer stark studentisch geprägt ist, was natürlich Folgen für die Ausstrahlungskraft in andere Milieus hat.

Das heißt: Man kann sich keinesfalls zurücklehnen. Vielmehr ist es eine der zentralen Aufgaben der Jusos dafür zu sorgen, dass Jusos und die SPD als Vertreterinnen der Interessen auch der Jugend wieder ernstgenommen werden. Dabei muss klar sein, dass es ‚die Jugend‘ nicht gibt, sondern sich diese genauso wie die restliche Gesellschaft in unterschiedliche Milieus



Foto: www.photocase.de, © Altwecklack

ausdifferenziert hat¹. Deswegen kann es weder ‚die Antwort‘ geben, um die junge Generation zurück zu gewinnen, noch gelingen, alle jungen Menschen von Jusos und SPD zu begeistern.

Gleichzeitig gibt es aber milieuübergreifende Trends, die verdeutlichen, dass eine große Mehrheit junger Menschen durchaus für unsere Ziele offen ist. So ordnen sich Jugendliche noch immer mehrheitlich dem linken Lager zu, ebenso werden Grundwerte wie Gerechtigkeit und Solidarität mehrheitlich geteilt. Und darüber hinaus sind es eigentlich die ‚klassischen Themen‘ der Jusos, die viele junge Menschen für besonders relevant halten: Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen die Themen Arbeit und Ausbildung². Und innerhalb dieses Themenfeldes ist es neben der Einkommenssituation besonders die mangelnde Sicherheit, einen Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zu bekommen bzw. wieder zu verlieren, die vielen jungen Menschen Angst bereitet³. Eng damit verbunden ist ein zunehmender Leistungsdruck, um den Anforderungen des Arbeitsmarktes ge-

1 Vgl. BDKJ & Misereor (Hrsg.) (2007): Wie ticken Jugendliche? Sinus-Milieu-Studie U27. Düsseldorf.

2 Vgl. Shell Deutschland Holding (Hrsg.) (2006): Jugend 2006. Eine pragmatische Generation unter Druck.

3 Vgl. DGB-Jugend (Hrsg.) (2010): Arbeitsqualität aus Sicht von jungen Beschäftigten. Sonderauswertung des DGB-Index Gute Arbeit 2009. Gesamtbericht. Berlin.

recht zu werden– quer durch alle Schichten. Natürlich gibt es einige die sich damit besser arrangieren als andere. Das muss aber nicht heißen, dass erstere unbedingt glücklich über diesen Zustand sind. Und nicht zuletzt sorgen die neuen prekären Arbeitsverhältnisse dafür, dass viel mehr junge Menschen trotz aller Anstrengungen den Einstieg und Verbleib in den Arbeitsmarkt nicht schaffen und damit von der Gesellschaft ausgeschlossen werden.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen liegt es auf der Hand, dass ein Ansatzpunkt für die Ansprache der jungen Generation ein neues milieuübergreifendes Projekt sein könnte, mit dem jungen Menschen wieder Sicherheit und ein gutes Leben in Unabhängigkeit ermöglicht werden. Dazu bedarf es zweierlei. Zum einen muss die Programmatik der Partei grundlegend überarbeitet werden. Zum anderen müssen es aber die Jusos schaffen, auch andere Zielgruppen wie Auszubildende oder junge Beschäftigte für die Mitarbeit zu gewinnen, um von deren Lebenserfahrungen für die Positionsentwicklung profitieren und die eigene Programmatik auch authentisch vertreten zu können.

Für den inhaltlichen Diskurs sind das unter anderem folgende Punkte:

- Es muss sichergestellt werden, dass alle jungen Menschen einen Ausbildungs- oder Studienplatz ihrer Wahl erhalten können, weil sonst der Einstieg in die Arbeitswelt verbaut ist.
- Das Bildungssystem muss durchlässiger gestaltet werden und vor allen Dingen noch stärker alternative Bildungsbiographien ermöglichen. Wer zum Beispiel nach der Ausbildung nicht übernommen wird, muss die Möglichkeit zu einem höheren Bildungsabschluss haben.
- Der Arbeitsmarkt muss stärker reguliert werden, um prekäre Beschäftigungsver-

hältnisse zu verhindern oder sie zumindest so weit wie möglich einzuschränken. Gleichzeitig müssen im Sinne einer gestaltenden Arbeitsmarktpolitik Übergänge zwischen verschiedenen Beschäftigungsphasen ermöglicht werden.

- Die sozialen Sicherungssysteme müssen auch für andere Gruppen wie etwa nicht-abhängige Beschäftigte geöffnet werden, um eine soziale Absicherung zu gewährleisten.
- Über Mindestlöhne, Mindestausbildungsgelüngen und eine angemessene soziale Absicherung muss ein selbstbestimmtes Leben für alle jungen Erwachsenen ermöglicht werden.

Die beste Programmatik wird aber wenig bringen, wenn der Juso-Verband es nicht parallel schafft, an die Lebensrealitäten junger Menschen anzuknüpfen. Das bedeutet, dass auf allen Ebenen aktiv auf unterrepräsentierte Gruppen wie etwa junge Auszubildende und junge Erwerbstätige aber auch MigrantInnen zugegangen werden und das Gespräch mit ihnen gesucht werden muss, um die eigene studentische Prägung zu durchbrechen. Dabei darf aber nicht der Fehler gemacht werden, diese gleich zu einer Mitarbeit bei den Jusos zu drängen. Vielmehr kommt es darauf an, sich wirklich für die Lebenssituation junger Menschen zu interessieren. Dazu gibt es viele Möglichkeiten: Von Gesprächen in einem Jugendzentrum über die Diskussion mit einer Jugendauszubildendenvertretung bis zu gemeinsamen Aktionen und Kampagnen mit anderen Organisationen und Verbänden. Die Mitarbeit bei den Jusos – sei es punktuell oder kontinuierlich – wird damit automatisch attraktiv. Denn politisches Engagement ist für junge Menschen immer dann besonders interessant, wenn sie damit auch tatsächlich etwas bewegen können. ■

↳ Sascha Vogt ist stellvertretender Bundesvorsitzender der Jusos

Rezension:

Antisemitismus als negative Leitidee der Moderne

von Sascha Howind

Der Sozialwissenschaftler Samuel Salzborn verfolgt in seiner aktuellen, interdisziplinären Studie, mit der er sich jüngst an der Universität Gießen habilitiert hat und die nun im Campus-Verlag erschienen ist, nicht weniger als das Vorhaben, eine Skizze zur politischen Theorie des Antisemitismus zu entwerfen, die den verschiedenen Erscheinungsformen des antisemitischen Ressentiments gerecht wird. Zu diesen Erscheinungsformen zählt der Verfasser unter anderem den christlich-religiösen Antijudaismus, den biologisch argumentierenden Antisemitismus, den antizionistischen oder den islamischen Antisemitismus.

Im Nachkriegsdeutschland am stärksten verbreitet ist wohl der sekundäre oder Schuldabwehrantisemitismus, den Salzborn auch besonders hervorhebt. Antisemitische Ressentiments werden hier als Aufhebung phantasierter Denkverbote von der Öffentlichkeit befürwortet. Dies weist der Autor anhand der politischen Rezeption von Äußerungen des Schriftstellers Martin Walser und des Politikers Jürgen Möllemann überzeugend nach - und erzeugt damit ein verstörendes Bild. So sind nach Erkenntnis von Salzborn antisemitische Einstellungen im Nachkriegsdeutschland nicht die Ausnahme, sondern die Regel, äußerten sich etwa in der Unterstützung von Möllemanns Kurs durch die Parteiführung der FDP (199-219).

Zentral geht es Salzborn jedoch nicht bloß darum, antisemitische Äußerungen als Ausnahmefälle zu deklarieren. Vielmehr besteht sein Anliegen darin, den modernen Antisemitismus als ein strukturelles Element der bürgerlichen Gesellschaft zu entlarven. Salzborn betrachtet das Phänomen des Antisemitismus, angelehnt an die *Dialektik der Aufklärung*



nicht als einen Aspekt bürgerlicher Vergesellschaftung, sondern als bürgerliche Vergesellschaftung selbst.

Die Studie gliedert sich in einen theoretischen und einen empirischen Teil. Zwischen den theoretischen und den empirischen Arbeiten zum Thema Antisemitismus konstatiert der Autor eine „befremdliche und, forschungspragmatisch betrachtet, weitgehend überflüssige Dichotomie“ (26). So berücksichtigt die empirische Forschung überwiegend einzelne Akte von Antisemitismus, während die theoretische Forschung sich auf abstrakte Strukturen bezieht. Um diese Dichotomie zu überwinden, verdichtet Salzborn beide Ebenen im dritten

Teil der Studie zu einem integrativen Outline des politischen Antisemitismus.

Für den ersten Teil wählte Salzborn sozialwissenschaftliche Theorien aus, die eine konsistente Interpretation des Antisemitismus bieten. Die Auswahl der Theorien umfasst psychoanalytisch geprägte gesellschaftstheoretische Ansätze (Freud, Adorno, Horkheimer, Sartre, Simmel, Grunberger, Holz) sowie politikwissenschaftliche und soziologische Ansätze (Parsons, Ahrendt, Volkov, Postone und Bauman). Der Theorieteil beschreibt die historische Genese der sozialwissenschaftlichen Antisemitismusforschung, stellt umfangreich die Rezeptionsgeschichte und die gegenseitige Beeinflussung der einzelnen Theoriestränge dar. Dabei ist er auch als instruktiver Überblick zu lesen, allerdings betont der Autor selber, dass sich diese Theorien allesamt auf christlich geprägte Gesellschaften beziehen. Die Untersuchung des Antisemitismus in islamisch geprägten Gesellschaften erfordere demnach eine eigene Untersuchung.

Im Empirieteil präsentiert Salzborn eine eigene, qualitative Studie. Basierend auf den im Zuge einer repräsentativen Befragung der Forschungsgruppe „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ gewonnenen Daten, an deren Erhebung der Verfasser ebenfalls mitgewirkt hat, führte der Autor Telefoninterviews durch. Die dort gewonnenen Erkenntnisse verwendet Salzborn, um damit die Theorien kritisch zu überprüfen. Dabei wird deutlich, dass die gesellschaftliche Wahrnehmung zahlreicher Probanden von antisemitischen Vorstellungen geprägt ist und dass diese zumeist ohne unmittelbaren Gesprächsanreiz geäußert werden.

Abschließend entwirft Salzborn eine Skizze zur politischen Theorie des modernen Antisemitismus. Aus meiner Sicht besonders hervorzuheben ist hierbei die Entdeckung einer sozialpsychologischen Dynamik, die dazu führt, dass sich die Relationen zwischen Indi-

viduum und Gesellschaft durch das antisemitische Vorurteil verkehren und die Wahrnehmung von der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch das antisemitische Vorurteil gesteuert wird. So unterscheidet der moderne Antisemitismus sich vom christlich-religiösen Antijudaismus im Wesentlichen durch eine wahnhaftige Abstraktionsleistung. Das antisemitische Vorurteil bezieht sich nicht auf den „realen Juden“, sondern auf den „fiktiven Juden“, der vom Antisemiten fremd definiert wird „und für den es keine hypothetische Möglichkeit mehr gibt, sich dem antisemitischen Wahn zu entziehen“ (320). Der moderne Antisemitismus braucht somit keine Juden, nur Judenbilder. Diese Bilder sind Projektionen; den Juden wird dabei vorgeworfen, die Ambivalenz und Abstraktheit der Moderne zu verkörpern, unter der das antisemitische Subjekt leidet. Stellvertretend für die gesellschaftlichen Strukturen, die dieses Leiden letztlich verursachen, werden „die Juden“, zum abstrakten Objekt der Aggression gewählt. Damit wird die Umwelt an die wahnhaftige Struktur des antisemitischen Individuums angepasst und die Wirklichkeit außerhalb dieser umgeformten Innenwelt abgelehnt. Auf diese Weise gelingt es dem Antisemitismus, sich zu reproduzieren, ohne dabei die realen sozialen Bedingungen zu verändern.

Insgesamt ist es Salzborn mit seiner Skizze gelungen, die theoretischen und empirischen Erkenntnisse sinnvoll zu verdichten und die strukturelle Verwobenheit des Phänomens Antisemitismus mit der modernen Gesellschaft im allgemeinen zu verdeutlichen als auch die gesellschaftspolitische Brisanz, die sich aus dieser Verwobenheit ergibt. So lässt sich die Akzeptanz von antisemitischen Ressentiments nicht nur am rechten Rand festmachen sondern auch in Kreisen, die sich selber als progressiv und „links“ verstehen, wie der breite Zuspruch zum kürzlich erschienenen antisemitischen Artikel von Iris Hefets in der taz zeigt. ■

☞ Sascha Howind ist Sozialwissenschaftler an der Uni Hannover. Derzeit: Promotionsprojekt über die NS-Organisation „Kraft durch Freude“, das von der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt wird.

Rezension: Erinnerungen an Peter von Oertzen

von Thilo Scholle

Am 16.3.2008 ist Peter von Oertzen in Hannover gestorben. Zwei Publikationen versuchen nun, die Erinnerung an den ehemaligen spw-Mitherausgeber, sozialistischen Politiker und politischen Wissenschaftler wach zu halten.

In dem kleinen Sammelband „Politik für die Sozialdemokratie. Erinnerungen an Peter von Oertzen“ sind Vorträge enthalten, die im September 2009 auf einer u.a. vom SPD-Bezirk Hannover ausgerichteten Veranstaltung gehalten worden sind. Einleitend würdigt Wolfgang Jüttner von Oertzen als einen „oftmals unbequemen Ratgeber und kritischen, aber immer solidarischen Wegbegleiter sozialdemokratischer Politik“. Im Anschluss daran legt Klaus Wettig eine gut lesbare biographische Skizze des Wirkens Peter von Oertzen - besonders in Bezug auf die Programmatik der SPD von den 1970er Jahren bis hin zum Berliner Programm von 1989 - vor.

Inge Wettig-Danielmeier erinnert sich sodann als damalige Landtagsabgeordnete der SPD aus der Perspektive einer Zeitzeugin an Peter von Oertzens schulpolitisches Wirken. Besonders der Kampf um die Einführung der Gesamtschule wird hier als zentral herausgestellt, der mit der Einführung der Orientierungsstufe in den Jahrgängen 5 und 6 zunächst auch dauerhafte Ergebnisse erzielte. Nach Wettig-Danielmeier war die spätere Abschaffung dieser Errungenschaft durch eine sozialdemokratische Landesregierung nicht nur für Peter von Oertzen ein besonders bitterer Moment. Auch Klaus Wettig vermutet in seinem Artikel hier einen der Gründe für den Austritt von Oertzens aus der SPD im Jahr 2005 zu finden.

Michael Vester nimmt sodann Peter von Oertzens hochschulpolitische Arbeit in den Blick. Dabei macht er als zentrale politische Ziele eine dreifache Öffnung der Hochschulen



aus: wissenschaftlich durch die Einbürgerung bzw. Wiedereinbürgerung zuvor diskriminierter kritische Wissenschaften, sozial durch die Erweiterung des Hochschulzugangs für Frauen, Angehörige sozial benachteiligter Schichten sowie von Berufstätigen und Frauen ohne Hochschulreife, strukturell durch Aufhebung der Autokratie der Professoren und mehr Mitbestimmung jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, der Studierenden und des Verwaltungspersonals.

Anschließend greift Michael Schumann mit dem Stichwort „Wirtschaftsdemokratie“ eines der zentralen wissenschaftlichen Themen Peter von Oertzens auf. Prägend sei hier vor allem die Erkenntnis gewesen, dass es ohne selbstbestimmte Menschen in den Arbeitsprozessen keine Demokratie geben kann.

Im Schlusswort geht Matthias Miersch auf das Spannungsfeld zwischen politischer Theorie und Praxis ein, an dem sich auch von Oertzen zeitlebens abarbeiten musste – als geradliniger politischer Denker und gradliniger politischer Praktiker. Miersch unterstreicht, dass sich dieses Verhältnis nur dann aushalten lässt, wenn es auch in Regierungsverantwortung politische Schmerzgrenzen für das eigene Handeln gibt.

In Gedenken an Peter von Oertzen widmet sich die Flugschriftenreihe „Kritische Interventionen“ dem Thema „Zur Funktion des linken Intellektuellen – heute“. Im Mittelpunkt der insgesamt acht Beiträge steht dabei nicht so sehr die Biographie von Oertzens, sondern die produktive Beschäftigung mit seinem wissenschaftlichen und politischen Erbe.

Den einzigen Beitrag mit stark biographischen Bezügen hat Michael Buckmiller verfasst. Er arbeitet die Entwicklung von von Oertzens Forschungen über die Bedeutung der Rätebewegung in der Revolution 1918 auf, und zeigt zugleich, welchen Schwierigkeiten von Oertzen bereitet wurden, bis dieser sich letztlich doch mit diesem Thema Habilitieren konnte. In der Sache habe von Oertzen maßgebliches geleistet, um die unausgeschöpften Potentiale des Rätegedankens in der Revolution herauszuarbeiten.

Gregor Kritidis steuert einen sehr lesenswerten Beitrag über die Ausgestaltung von Arbeiterbildung mit dem Ziel der sozialen und politischen Emanzipation der Arbeiterinnen und Arbeiter bei. Auch hier handelt es sich beim Blick auf die aktuelle Bildungsarbeit von Gewerkschaften und mehr noch der Sozialdemokratie eher um einen historischen Beitrag, was – wie die im Beitrag vorgestellten grundsätzlichen Überlegungen zum Thema beweisen – sehr schade ist.

Klaus Meschkat wendet sich der Geschichte des Internationalismus in der Bundesrepublik zu. Interessant ist sein Fokus auf das Problem

der zum Teil sehr einseitigen und verengten Blickwinkel, aus denen von linken InternationalistInnen die Situation in anderen Weltgegenden betrachtet wurde. Beispiele sind für Meschkat einerseits die unkritische Unterstützung der Befreiungsbewegung in El Salvador, andererseits die fehlende Unterstützung von Oppositionsgruppen in Osteuropa, beispielsweise in Polen, die möglicherweise mit dazu beigetragen habe, dass in das Vakuum nach dem Zusammenbruch des Systems keine linke Alternative ernsthaft öffentliches Gehör finden konnte.

In einem abschließenden Beitrag stellt Michael Vester noch einmal ausführlich das Forschungsdesign und die Ergebnisse der von ihm, Peter von Oertzen und anderen gemeinsam betriebenen Hannoveraner Forschung zu sozialen Milieus und ihren politischen Bedeutungen vor.

Grundsätzlich wird bei der Lektüre beider Bücher deutlich, wie schwierig es ist, als linker Wissenschaftler oder Politiker in der Bundesrepublik politischen und wissenschaftlichen Einfluss zu erhalten, und diesen dann auch in tatsächliches politisches Handeln umzusetzen zu können. Die meisten Menschen entscheiden sich für eines der beiden Felder – wissenschaftliche Arbeit oder politisch-praktische Tätigkeit. Die Folge ist oft, dass die Vermittlung zwischen beiden Felder scheitert, und sich beide Stränge irgendwann von einander entkoppeln. Gerade die Sozialdemokratie hat in den letzten Jahren fast jeden Bezug zu kritischer Wissenschaft verloren. Wie ein solcher Bezug aussehen könnte, zeigt auch die Lektüre der Texte Peter von Oertzens selbst.¹

Neben einer beeindruckenden politischen und wissenschaftlichen Biographie erinnert das Gedenken an Peter von Oertzen daher auch daran, wie wichtig es für eine Partei ist, wissenschaftliche Politiker und politische Wissenschaftler in den eigenen Reihen zu haben. ■

¹ Vgl. die schöne Zusammenstellung von Texten in: Peter von Oertzen, Demokratie und Sozialismus zwischen Politik und Wissenschaft, Hannover 2004.

Crossover 2.0

Die Zeitschrift „prager frühling - magazin für freiheit und sozialismus“ beschäftigt sich in der aktuellen Ausgabe mit den Möglichkeiten von Rot-Rot-Grün. Im Sinne eines Crossover 2.0 kommen Autoren von allen drei linken Parteien sowie der Wissenschaft zu Wort, um die Eckpfeiler eines fortschrittlichen Projekts zu umreißen. Die von der Redaktion des prager frühling erstellten einleitenden Thesen wurden von spw kommentiert. Dabei wurden zunächst unterschiedliche Traditionen und Sichtweisen deutlich, die ohne Zweifel bestehen. Dieser Umstand ist kein Hindernis! Vielmehr ist der produktive Streit notwendig, um die politische Linke zu stärken und um gesellschaftliche Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Unsere beiden Zeitungen haben sich für die nächsten Monate vorgenommen, den inhaltlichen Austausch zu intensivieren. Über den Fortgang berichten wir in den nächsten Ausgaben.

- Die Thesen und weitere Beiträge zu Crossover sind unter www.spw.de und www.prager-fruehling-magazin.de eingestellt.

ProMS-Nord e.V und spw – Tagung Wirtschaftsdemokratie

ProMS Nord veranstaltet mit spw am **25. September 2010** eine Tagung zu den Perspektiven der Wirtschaftsdemokratie. Im Zuge der Einschränkung von Gestaltungsspielraum der Beschäftigten, z.B. durch Privatisierung sowie an kurzfristiger Rendite orientierten Managementstrategien, sind Fragen der Mitbestimmung zu diskutieren. Darüber hinaus wird es angesichts der Krise des finanzgetriebenen Kapitalismus um weitere Elemente der Wirtschaftsdemokratie wie z.B. demokratische Investitionssteuerung, wirksame Begrenzung wirtschaftlicher Macht sowie eine europäische Wirtschaftsverfassung gehen. Diese Aspekte behandelt die Tagung aus dem Blickwinkel der

betrieblichen, regionalen und internationalen Ebene. Als Referenten werden u.a. Jutta Blankau/spw-Mitherausgeberin und Vorsitzende IG Metall Küste, Dieter Scholz/DGB Berlin-Brandenburg, Richard Detje/Sozialismus und Uwe Polkaehn/DGB-Nord erwartet.

- **Veranstaltungsort:** DGB Haus Hamburg, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg;

- **Programm:** Demnächst unter www.proms-nord.de und www.spw.de

Mit Linksreformismus aus der Krise? Call for Papers der Berliner Debatte Initial zum 31.7.10

Klima. Verteilung. Wachstum. Menschenrechte. Die Dringlichkeit der Probleme in diesen Bereichen zu Beginn des 21. Jahrhunderts befördert die Sehnsucht nach radikaler Kritik und Lösungen. Dies ist der Raum für linkreformistische Politik. Zur Realisierung dieses Potentials bedarf es allerdings dreierlei: – konkrete Politikprojekte, Mobilisierungsstrategien und linksreformistische Theorie. Zu diesen drei Bereichen lädt das Projekt „Linksreformismus“ ein, Beiträge zu verfassen, die im Rahmen einer Tagung diskutiert und in der Folge in geordneter Form publiziert werden sollen. Das Projekt findet in Kooperation mit der Zeitschrift Berliner Debatte Initial zusammen mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Hans-Böckler-Stiftung, der Heinrich-Böll-Stiftung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung statt. Bis 31. Juli 2010 sollen Kurzfassungen mit ca. 7.000 Zeichen an call@linksreformismus.de gesandt werden. Die fertigen Beiträge mit höchstens 30.000 Zeichen müssen bis 31. Oktober 2010 vorliegen und werden im Rahmen einer Tagung von 28.-30.01. 2011 in Berlin präsentiert, zu der die VerfasserInnen eingeladen sind.

- **Weitere Informationen:** www.linksreformismus.de

Fünf Fragen an... Christian Z. Schmitz



➔ Christian Z. Schmitz

Foto: privat

Christian Zlatko Schmitz, geb. 1975 in Trier, ist Diplom-Geograph und Promotionsstipendiat der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zwischen 1996 und 1999 war er Vorsitzender des Juso-Bezirktes Rheinland/Hessen-Nassau und von 1999 und 2003 Vorsitzender des Juso-Landesverbandes Rheinland-Pfalz. Er ist heute Vorstandsmitglied der SPD auf kommunaler, regionaler und Landesebene. Seit 1999 und bis 2005 war er Vorstandsmitglied und Vorsitzender in Gremien der deutschen Gewerkschaften auf regionaler, Landes- und Bundesebene und 2001 bis 2003 stellvertretender Juso-Bundesvorsitzender. Seit 2002 ist er als Gründungsmitglied im Netzwerk für Demokratie und Courage RLP e.V. tätig und Präsidiumsmitglied des Interregionalen Gewerkschaftsrates Saar-Lor-Lux-Trier-Westpfalz. Christian ist Mitglied des Bundesvorstands der Demokratischen Linken 21 (DL 21) e.V.

spw: Es gab in Deiner Zeit im Juso-Bundesvorstand eine Auseinandersetzung zwischen AnhängerInnen der Regulationstheorie und denen, die eher klassisch interessenbezogen analysieren und argumentieren. Kannst Du kurz diesen Streit erklären?

» **CS:** Hinter dem symbolischen Streit, wer „modern“ und wer „marxistisch“ sein wollte, steckte ein handfester strategischer, der sich aus der Theorie ergab: Hat sich im Ak-

kumulationsregime soviel verändert, dass von einer neuen „Form“ des Kapitalismus gesprochen werden muss? Die Wortschöpfungen reichten vom digitalen und globalisierten über den Netzwerk-Kapitalismus zu immer neueren „Formen“. Der Beitrag zur Analyse bleibt mir schleierhaft, es vernebelt den Blick auf die Reproduktion der Produktionsverhältnisse.

Dieser Ausgangspunkt führte zur „Trennung“ der Linken: Die RegulationstheorikerInnen glaubten, eine neue Regulationsweise (mit er)finden zu müssen. Politik wurde auf die Gestaltung des Artikulationsverhältnisses, also einer geschickten Art der Moderation und undemokratische Kommissionserfindungen, reduziert. So gab es in Teilen der Juso-Linken Sympathien zur Politikgestaltung und z.T. zu den unsozialen Inhalten Schröders. Der Teil der Linken, der u.a. die fehlende Krisentheorie der Regulationstheorie kritisierte, sah im Kampf für die sozialen Errungenschaften neben dem moralisch Gebotenen ein (nicht das Einzige) Mittel, Interessen zu vertreten und dadurch Klassenbewusstsein zu „schaffen“. Die Trennung in „Netzwerk Linkes Zentrum (NWLZ)“ und „Traditionalisten“ war eine logische Folge.

spw: Was heißt das in die heutige Zeit übersetzt?

» **CS:** Es bleibt eine aktuelle Frage, als Kern einer Strategiediskussion der Linken. Wenn die Verteidigung der Errungenschaften des Sozialstaats als „alte Linke“ abgetan wird und man nur auf neue Themen setzt, um nach den Mediengesetzen „stattzufinden“ oder „sexy“ zu sein, wird man weder mehrheitsfähig, noch seinem eigenen Anspruch gerecht. Die Aufhebung (im philosophischen Sinne) eigener Positionen heißt nicht, die Aufgabe oder Ignoranz. **spw:** Als Arbeiterkind mit Migrationshintergrund, welche Positionen rätst Du der SPD, um den Themen Migration und Integration und den davon betroffenen Menschen gerecht zu werden?

» CS: Die Aufgabe des sozialen Fortschritts- und Gerechtigkeitsglaubens ist das Ende der SPD als Bewegung und ihrer Tradition als Freiheitsbewegung. Das kann durch kein Thema ersetzt werden. Es ist das Image, die Arbeitsgrundlage, alles. Und dies entspricht auch der praktischen Hoffnung der MigrantInnen. Wahlrecht, Ausgrenzung, etc. klar, alles wichtige Fragen. Aber ohne die soziale Freiheit, ohne das Gebot der Gleichheit, ist alles nichts.

spw: Du bist jetzt DGB-IChef der Region Trier geworden. Mit Deiner Gewerkschaftserfahrung gesehen, welches wären notwendige Schritte, um die alte Geschlossenheit zwischen Gewerkschaften und SPD wieder herzustellen?

» CS: Das Mannheimer Abkommen war dem Parteivorsitzenden Schröder wohl nicht bekannt. „Agenda 2010“ ist das Memento und der Katalysator des Vertrauensverlustes und es wird nie mehr so sein, wie es war. Die SPD wird nur eine, hoffentlich eine beliebte, Option für die Gewerkschaften sein, das ist die Realität der veränderten Parteienlandschaft, selbst wenn der Vertrauensverlust in einer Generation verarbeitet wird. Zur Strategiefrage habe ich Einiges gesagt, um die „Entfremdung“ schneller zu reduzieren.

spw: Wie beurteilst Du die Strukturbeschlüsse des DGB-Gewerkschaftstages, eine ganze Ebene von Hauptamtlichkeit auf Ehrenamtlichkeit umzustellen?

» CS: Aus meiner Kenntnis der Zahlen (der Mitgliedsentwicklungen und des Haushaltes), sind die Beschlüsse ein möglicher Weg sich den schlechten Zeiten anzupassen. Von den zur Wahl gestandenen Alternativen, finde ich sie richtig und notwendig.

Dann bin ich der erste Regionsgeschäftsführer des DGB, andere werden folgen. Ich komme aus einer Region, die zufrieden ist,

dass die Bezirke künftig für die Existenz und Ausgestaltung der Regionen zuständig sind und nicht der Bund. Im Gegensatz zur Intention deiner Frage, wäre das im anderen Fall nicht klar, dass z.B. meine Region langfristig gesichert wäre. Dann sorgen die Beschlüsse auch für mehr Gerechtigkeit zwischen Bund und Bezirken/Regionen.

Kern des Anliegens ist es, langfristig in der Fläche präsent zu sein. Kritik an den Beschlüssen ist gerechtfertigt, aber an anderen Punkten. Es kann z.B. nicht sein, dass sich die Mitgliedsgewerkschaften aus der Fläche zurückziehen, dem DGB mehr Aufgaben, aber keine Rechte, übertragen und am Ende niemand zufrieden ist. Wir brauchen eine ehrliche Aufgabenkritik, sie hätte am Anfang einer solchen Diskussion stehen müssen. ■

☞ Das Interview führte Thomas Gutsche.

■ Trialektischer, trinitarischer oder geographischer Materialismus:

Henri Lefébvre setzte dem dialektischen Dualismus und seiner beruhigenden Finalität in der Aufhebung eine dreidimensionale dialektische Figur entgegen. Er schafft eine neue Konstruktion, die zwischen einfachen relationalen Interdependenzen und der dialektischen Gerichtetheit auf die Aufhebung liegt. Dieses Dreieck bezeichnete er mit verschiedenen Bedeutungen, die sich allerdings nicht überlappen. Eine davon ist, dass „die Realität“ (Produktion des Raumes) durch eine Gesamtheit von drei dialektisch miteinander verknüpften Produktionsprozessen erfasst werden könne: der Produktion von materiellen Gegebenheiten, der Produktion von Wissen und der Produktion von Bedeutungen. Je nach Erkenntnisinteresse und Sprache lässt sich das Dreieck mit dem Wahrgenommenen, dem Konzipierten und dem Erlebten bilden. Durch diese epistemologische und methodologische Grundlage wird der „Marxismus“ sinnvoll erweitert und zum hervorragenden Schlüssel jedweder Gesellschaftsanalyse.

Biografien

Thesen

Erinnerungen

Dokumentationen

Ideen

Argumente

Geschichten, Gedanken, Meinungen und Erlebnisse der Sozialdemokratie wollen erzählt werden!

Festschriften

Ereignisse

Streitschriften

Memoiren

Persönlichkeiten

Jubiläen

**Wir bieten Euch diese Möglichkeit und veröffentlichen
Eure Texte unkompliziert und professionell als Buch.
Und das zum fairen Preis von 495,- Euro.**

Mehr Meinung! Mehr Vielfalt! Aber immer rot!
www.rotation-verlag.de
kontakt@rotation-verlag.de
Tel.: 030 25594-492

 **rotation**